

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

5. Sitzung

Hannover, den 22. Oktober 1986

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	313	Grill (CDU)	324
Schröder (SPD)	313	Frau Tewes (SPD)	325, 327
Stock (CDU)	315	Reckmann (SPD)	325, 327
Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) ..	316	Bruns (Reinhausen) (SPD)	325
Hildebrandt (FDP)	317	Kempmann (Grüne)	326, 327
Nichtzivile, gentechnologische Forschungsprojekte an der Tierärztlichen Hochschule Hannover — Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/211	318	Frau Dr. Schole (Grüne)	327
Frau Dr. Schole (Grüne)	318	Engels (SPD)	328
Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst	319, 320, 321, 322	Drogenkonsum im niedersächsischen Strafvollzug — Dringliche Anfrage der Fraktion der FDP — Drs 11/213	328
Trittin (Grüne)	320	Frau Schneider (Berenbostel) (FDP) ...	328
Frau Hammerbacher-Richter (Grüne)	320, 322	Remmers, Minister der Justiz	328, 330, 331
Schörshusen (Grüne)	321	Fischer (Buxtehude) (FDP)	329
Mönninghoff (Grüne)	321	Trittin (Grüne)	330
Schmalstieg (SPD)	321	Frau Alm-Merk (SPD)	330
Frau Langendorf (Grüne)	322	Aktuelle Stunde	331
Vorhaben mit gegenläufiger Zielsetzung in der Dannenberger Marsch — Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 11/212	322	Strahlenschutzvorsorge durch bundeseinheitliche Grenzwerte — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/190	332
Bartels (SPD)	322, 326	Grill (CDU)	332
Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	323, 324, 325, 326, 327, 328	Bartels (SPD)	333
		Dr. Remmers, Umweltminister	334, 338
		Kempmann (Grüne)	335
		Dr. Hruska (FDP)	337

Konsequenzen aus der jüngsten Waldschadenserhebung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/193 339

Frau Dr. Schole (Grüne)..... 339

Dr. Ritz,
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 340

Bruns (Reinhausen) (SPD) 341

Dr. Hruska (FDP) 342

Vajen (CDU) 343

Millionenverluste bei der Erhebung der Förderzinsabgabe durch die Landesregierung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/195 345

Aller (SPD) 345

Hirche,
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 347, 351

Schörshusen (Grüne) 348

Dr. Hruska (FDP) 349

Rippich (SPD) 350

Übersichten über Beschlüßempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/197 und Drs 11/210 — Änderungsanträge der Fraktion der Grünen — Drs 11/220, Drs 11/222 und Drs 11/223 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 11/221 352

Beschluß 353

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987 — HG 1987 —) — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/170 353

Breuel,
Ministerin der Finanzen 353

Streichung von Lottomitteln für Forschungsförderung im „Forschungsland Niedersachsen“ — Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. 10. 1986 — Drs 11/174 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/233 362

Wernstedt (SPD) 362

Dr. Cassens,
Minister für Wissenschaft und Kunst 365, 375

Graetsch (FDP) 367

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne) .. 368

Teyssen (CDU) 369

Kirschner (SPD) 372

Hildebrandt (FDP) 375

Jüttner (SPD) 376

Gewalt gegen Frauen und Mädchen — Große Anfrage der Fraktion der Grünen vom 7. 10. 1986 — Drs 11/175 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/234 377

Frau Deppe (Grüne)..... 377, 388

Breuel,
Ministerin der Finanzen 378

Frau Stoll (CDU) 380

Frau Lemmermann (CDU) 382

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP) ... 384

Frau Schreiner (Grüne) 385

Frau Hammelstein (SPD) 386

Erste Beratung: NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX '87 — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/166 388

Kempmann (Grüne) 388

Hasselmann,
Minister des Innern 390

Bartling (SPD) 390

Trittin (Grüne) 392

Gansäuer (CDU) 393, 396

Rehkopf (FDP) 394

Schröder (SPD) 395

Beschluß 399

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers und der Elbmündung — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/135 399

Remmers,
Minister der Justiz 399

Ausschußüberweisung 400

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Zuständigkeit für die Zulassung zur Prüfung als vereidigter Buchprüfer nach § 131 Absatz 3 und als Wirtschaftsprüfer nach § 131c Absatz 5 der Wirtschaftsprüferordnung — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/171 . 400

Hirche,
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 400

Ausschußüberweisung 401

Nächste Sitzung 401

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Ravens (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teysen (CDU)
Schriftführerin Auerbach (SPD)
Schriftführerin Lemmermann (SPD)
Schriftführer Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei
Minister des Innern Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Haabengier, Ministerium des Innern
Ministerin der Finanzen Breuel (CDU)	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Ministerium der Finanzen
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium
Kultusminister Oschatz (CDU)	Staatssekretär Schaeede, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Hirche (FDP)	Staatssekretär Dr. Wien, Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Ritz (CDU)	Staatssekretärin Dr. Meseke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz Remmers (CDU)	Staatssekretär Dr. Cromme, Ministerium der Justiz
Minister für Bundesangelegenheiten Jürgens (FDP)	Staatssekretär Dr. Diekwisch, Ministerium für Bundesangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	Staatssekretär Dr. Börner, Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Umweltminister Dr. Remmers (CDU)	Staatssekretär Reinke, Umweltministerium

Beginn: 10.17 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 5. Sitzung im 3. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode. Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Es sind drei Dringliche Anfragen eingegangen, die ich gleich aufrufen werde.

Im Ältestenrat sind für die Beratung der einzelnen Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sollen grundsätzlich wie folgt aufgeteilt werden: Einbringung bzw. Bericht ein Teil, CDU und SPD jeweils zwei Teile, Grüne und FDP jeweils ein Teil, Landesregierung ein Teil. Ich werde die im Ältestenrat vereinbarten Redezeitbeschränkungen bei den einzelnen Punkten bekanntgeben. Dabei gehe ich davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt werden muß. — Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Ich möchte jetzt noch auf eine Ausstellung hinweisen. Schon zum zweitenmal ist die Universitätskunstsammlung der Georg-August-Universität Göttingen mit einer Ausstellung in unserem Hause zu Gast. In der Wandelhalle wird in den nächsten vier Wochen die Schenkung Stechow gezeigt, und zwar mit einer Auswahl aus der insgesamt mehr als 200 Blätter umfassenden Sammlung, die der bedeutende Kunsthistoriker Prof. Dr. Wolfgang Stechow bis zu seinem Tode im Jahre 1974 zusammentrug. Es handelt sich um eine Schenkung der Witwe Stechows. Ich habe die Ausstellung vor einigen Tagen eröffnet. Besonders bemerkenswert ist, daß Professor Stechow, der wegen der Ereignisse, die zum Dritten Reich führten, seine akademische Karriere nicht hier bei uns fortführen konnte, sondern emigriert ist, dennoch die Bindung an die Stadt Göttingen bewahrt hat. Ich hoffe, daß möglichst viele von Ihnen Gelegenheit nehmen werden, sich die Ausstellung anzusehen.

Das Ende der heutigen Sitzung ist für etwa 18.30 Uhr vorgesehen. Ich erinnere noch an die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr.

Schließlich begrüße ich noch zwei Gäste in der Loge. Auf Einladung der Stiftung VW-Werk sind heute hier in Niedersachsen zu Gast Herr Rektor Prof. Dr. Tola und der Kurator Hernandez der Katholischen Universität von Lima, Peru. Beide waren beim Universitätsjubiläum in Heidelberg und besuchen auf Einladung der VW-Stiftung nun auch uns in Hannover.

(Beifall.)

Ich hoffe, daß die Projekte, die die VW-Stiftung in Peru durchführt, ein Erfolg sind und zu einer weiteren Verbesserung — wenn das überhaupt noch möglich ist — der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen.

Ehe ich eine Meldung des Kollegen Schröder zur Tagesordnung aufrufe, folgen die geschäftlichen Mitteilungen der Schriftführer. — Ich stelle fest, es gibt nichts mitzuteilen. — Dann erhält der Kollege Schröder das Wort zur Tagesordnung.

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion beantrage ich, den Tagesordnungspunkt 3, also die erste Lesung des Haushaltsplans 1987, von der Tagesordnung abzusetzen. Ich möchte das begründen. Ich habe hier den Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Umweltministeriums. Dies ist er.

(Der Redner zeigt das Blatt für den Einzelplan 15.)

Auf der Rückseite steht: „Der Einzelplan 15 wird in einer vorgesehenen Ergänzungsvorlage dargestellt.“ Ich stelle fest: Das war bislang nicht der Fall. Nun weiß ich, daß man eine Ergänzungsvorlage auch während der Beratungen in den Ausschüssen nachreichen kann. Dieses prinzipielle Recht will auch überhaupt keiner in Frage stellen. Nur stellt sich die Frage, ob es mit parlamentarischem Brauch übereinzubringen und ob es Respekt vor dem Budgetrecht des Parlaments ist, wenn der Haushalt eines ganzen Ministeriums zur ersten Lesung nicht vorliegt.

(Beifall bei der SPD.)

Nun haben Kollegen aus meiner Fraktion versucht, wenigstens für die bereits am Montag beginnenden Ausschußberatungen etwas über die Struktur dieses Haushalts und damit natürlich auch über die Vorstellungen der Politik des Umweltministeriums zu erfahren; denn die haben doch wohl mit Haushalt zu tun. Meine Kollegen haben den Haushaltsreferenten angerufen und

Schröder

gefragt, ob er dem zuständigen Arbeitskreis meiner Fraktion am Freitag zur Verfügung stünde und Unterlagen mitbringen könnte. Können er nicht, hat er gesagt. Die Unterlagen seien nicht gedruckt. Dann hat man ihn gefragt, ob er denn zur Ausschusssitzung am Montag etwas reichen könne. Können er nicht, hat er gesagt, aber er hat einen Ausweg gewiesen. Er hat gebeten, doch die Haushaltspläne des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitzubringen. Man wolle dann gemeinsam sehen, welche Einzelposten aus welchen Haushalten genommen und in der Ausschusssitzung zu so etwas Ähnlichem wie dem Haushalt des Umweltministers zusammengefügt werden könnten.

(Lachen bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, jeder definiert ja sein parlamentarisches Selbstverständnis selbst. Nur: Wenn eine Regierung nicht in der Lage ist, zur ersten Lesung für jedes Ministerium einen Haushalt vorzulegen, dann halte ich es für unter der Würde des Parlaments, daß die erste Lesung durchgeführt wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich sage Ihnen, Herr Präsident, dem ganzen Parlament: Die Regierung ist gegenüber dem Parlament im Vorteil. Sie hat einen Apparat, den wir nicht haben. Um so mehr ist sie verpflichtet, ihren Apparat wenigstens dafür zu nutzen, jedem einzelnen Abgeordneten, gleich, welcher Fraktion er angehört, Beratungsmöglichkeiten zu geben, und diese haben nun einmal mit Beratungsgrundlagen, und zwar mit vollständigen Beratungsgrundlagen, und entsprechender Zeit zu tun. Wie gesagt: Jeder definiert sein parlamentarisches Selbstverständnis für sich selbst, auch jede Fraktion definiert es für sich selbst. Ich sage Ihnen: Unseres ist so, daß wir es für unter der Würde des Parlaments halten,

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Haushalte zu beraten, die wir nicht kennen, die wir uns mühsam zusammenklauben müssen. Wenn Sie ein anderes Verständnis vom Parlamentarismus haben, habe ich eine Bitte: Reden Sie dann wenigstens nicht weiter über den Verfall des Parlamentarismus; denn Sie führen ihn selbst mit herbei.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU. — Grill [CDU]: Ausgerechnet Sie! — Unruhe.)

Nun habe ich ein paar Einwände zur Kenntnis genommen. Das sei früher schon so gewesen, hat

man mir erstens entgegnet. Ich weiß nicht, ob das zutrifft, es interessiert mich auch nicht sonderlich; denn wenn es früher schon so gewesen ist, dann war es auch früher falsch. Man muß den Fehler ja nicht immer wiederholen.

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens habe ich folgenden ganz seltsamen Hinweis vernommen: Dieser Antrag könne zu einem politischen Bumerang werden; denn der Haushalt des Umweltministers in Hessen sei viel später vorgelegt worden. — Meine Damen und Herren, dazu muß ich Ihnen folgendes sagen, und dabei spreche ich insbesondere Sie von den Grünen an: Soll es Auswirkungen auf die Beratungen im Niedersächsischen Landtag haben, wenn Joschka Fischer seine Hausaufgaben nicht macht?

(Beifall bei der SPD und Lachen von Gansäuer [CDU].)

Es kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein, daß wir in dem, was wir uns hier bieten lassen,

(Unruhe)

auf die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit anderer Minister Rücksicht nehmen!

(Gansäuer [CDU]: Sie sollten vom Leineschloß in den Ballhof wechseln, Herr Schröder! — Zuruf von Döring [CDU]. — Horrmann [CDU]: Landesschauspiel!)

— Nein, das ist ja gesagt worden.

Drittens ist gesagt worden, mittelfristige Finanzplanung und Haushalt könnten später beraten werden; man könne das ja in die Ausschusssitzungen einführen. — Diesbezüglich gilt das, was ich prinzipiell, und zwar für alle Zeiten, feststellen möchte,

(Oh! bei der CDU und bei der FDP — Lachen bei der CDU — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Vorsichtig! — Unruhe)

für mich jedenfalls: Ich habe eine bestimmte Auffassung von den Rechten des Parlaments und von den Pflichten der Regierung gegenüber dem Parlament skizziert.

(Gansäuer [CDU]: Je länger Sie reden, desto peinlicher wird es!)

Es ist typisch, so meine ich, was ich hier von rechts so höre, wenn über diese Rechte geredet wird. Sie sollten ein ureigenes Interesse daran haben, sich selbst darüber klarzuwerden, daß Sie sich Ihrer eigenen Rechte begeben, wenn Sie in dieser Weise mit sich umspringen lassen.

(Beifall bei der SPD. — Unruhe.)

Mir scheint, meine Damen und Herren, daß dann, wenn Sie selber aus Koalitionsinteressen oder aus Profilinteressen nicht in der Lage sind, die Rechte des Parlaments wahrzunehmen, die Opposition das für Sie tun muß.

(Zustimmung bei der SPD.)

Sie hat es hiermit getan und bittet Sie, sich noch einmal zu überlegen,

(Gansäuer [CDU]: Sie können jetzt aufhören! Wir sind vollzählig, Herr Schröder! — Lachen bei der CDU)

ob Sie nicht doch unserem Antrag zustimmen wollen oder ob Sie ihn in einer Koalition aus Arroganz und Kindergarten ablehnen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Schröder, für die Begründung des Antrags der Fraktion der SPD.

Für die Fraktion der CDU hat der Kollege Stock das Wort. Ich weise vorsorglich darauf hin, daß wir in der Geschäftsordnungsdebatte nur bis zu fünf Minuten reden können.

Stock (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Verfahren, das hier von Herrn Schröder kritisiert wird, ist nicht neu. Was neu ist, ist Herr Schröder, der sich in einer Art und Weise zu Themen aufgeschwungen hat,

(Unruhe bei der SPD — Zuruf von der SPD: Das ist schlichtweg die Unwahrheit!)

denen Sie in keiner Weise gerecht werden. Natürlich stellt sich für das Parlament die Frage, ob wir in der ersten Lesung hinreichend beratungsfähig sind. Das ist völlig klar. Diese Frage ist für unsere Beratung in der ersten Lesung sicherlich wichtig. Nur, meine Damen und Herren, seit die CDU im Lande regiert, ist es immer unsere Absicht gewesen, den Haushalt rechtzeitig vorzulegen.

(Auditor [SPD]: Da müßt ihr schneller arbeiten! — Weitere Zurufe: Wir verstehen nichts!)

— Die kriegen das im Laufe des Jahres noch hin.

(Bruns [Emden] [SPD]: Die Mikrofon-Technik muß geändert werden; das kann so nicht bleiben!)

— Die Technik ist Mist, das ist wahr.

Wir haben von Anfang an das Bestreben gehabt, den Haushalt rechtzeitig vorzulegen, um ihn rechtzeitig verabschieden zu können.

(Zustimmung bei der CDU.)

Als ich 1974 in den Landtag gekommen bin, habe ich es noch miterlebt, wie die SPD Haushalte eingebracht hat. Die Haushalte wurden im Dezember eingebracht und im Mai oder Juni des folgenden Jahres verabschiedet. Nehmen Sie den Mund also nicht so voll.

(Beifall bei der CDU. — Theilen [SPD]: Aber zumindest die Unterlagen müssen doch vorliegen! — Zempel [SPD]: Die Unterlagen müssen doch da sein! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das erkläre ich Ihnen doch eben! Hören Sie einmal gut zu. Am 23. November 1972 wird der Haushaltsplan für 1973 von der SPD-Regierung eingebracht. Die Ergänzungsvorlage kommt am 20. März 1973, also vier Monate später; die Mipla kommt am 14. November 1973, also ein Jahr später. Das war die Praxis bei der SPD!

(Hört, hört! bei der CDU. — Zurufe von der SPD. — Schultze [SPD]: Damals war das noch ein ordentlicher Haushalt!)

— Das spielt, wenn Sie das Verfahren kritisieren, Herr Schultze, keine Rolle. — Der Haushaltsplan für das Jahr 1974 wurde seinerzeit von der SPD-Regierung am 26. September 1973 eingebracht. Dreieinhalb Monate später kam dann die Ergänzungsvorlage, ein Jahr später die dazugehörige Mipla.

(Waike [SPD]: Sagen Sie doch einmal, wann die Einzelpläne vorgelegen haben!)

Die Einbringung des Haushaltsplans 1975 erfolgte am 11. Dezember 1974. Fast vier Monate später folgte die Ergänzungsvorlage und wiederum vier Monate später die Mipla.

(Zuruf von der SPD: Das hat schon Bismarck kritisiert!)

— Ich sage das ja nicht, weil ich der Meinung bin, es habe keine Gründe gegeben, so zu verfahren. Wenn wir früh einbringen und früh verabschieden wollen, ist es oft nicht anders möglich, als daß wir uns mit Eckwerten zufriedengeben, die ja auch vorliegen.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Auditor [SPD].)

Und diese Eckwerte bedeuten: Es liegt ein kompletter Haushaltsplanentwurf 1987 vor, die komplette Mipla liegt vor.

(Schröder [SPD]: Wo ist der MU-Haushalt?)

Die Veränderungen der Ergänzungsvorlage sind bekannt und liegen nach Informationen der Regierung mindestens in der Zahlenauflistung zur Beratung vor.

Stock

Ich meine, wir können beraten. Die Ergänzungen, die vorgeschlagen werden, bewegen nicht einmal ein Prozent des Gesamthaushalts.

(Schröder [SPD]: Sollen wir Ihnen das glauben?)

— Natürlich! Wenn Sie es nicht glauben, können Sie nicht rechnen. Es ist doch bekannt, daß es sich um 200 Millionen DM handelt und daß der Haushalt 28 Milliarden DM umfaßt. Sie werden ja wohl zur Not noch ausrechnen können, daß das weniger als ein Prozent ist.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage jedenfalls: Für uns hat das Prinzip nach wie vor Vorrang, daß der Haushalt frühzeitig eingebracht wird, um ihn rechtzeitig verabschieden zu können.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Stock, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aller zu? Ich weise allerdings nochmals auf die Fünf-Minuten-Regelung hin.

Stock (CDU):

Nein.

Wir wollen nicht zurück zu den früheren Zeiten der SPD-Regierungen, schon einmal nicht aus politischen Gründen, aber auch aus Verfahrensgründen nicht. Ein rechtzeitig vorgelegter Haushalt sichert eben auch, daß wir rechtzeitig verabschieden können. Das hat zur Folge, daß die Fakten frühzeitig im Land bekannt sind. Das hat auch Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf Investitionen und auf die Finanzierung der Kommunen.

Ich denke, wir können die Beratung aufnehmen. Wir werden den Antrag der SPD ablehnen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter für die Fraktion der Grünen.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich hoffe, Sie können mich verstehen.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Das ist bei dieser Mikrofonanlage etwas unsicher.

(Unruhe. — Heiterkeit bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Beginnen Sie bitte mit Ihren Ausführungen. Das Plenum möchte ich bitten, der Rednerin zuzuhören.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident, ich möchte gern beginnen, sobald das Parlament in der Lage ist — Herr Schröder hat so ausführlich über die Würde des Parlaments gesprochen —, jemandem, der hier spricht, auch zuzuhören,

(Beifall bei den Grünen und bei der CDU)

und nicht wegen einiger technischer Schwierigkeiten in wenig motiviertes Gelächter ausbricht.

Herr Schröder, mit der Würde des Parlaments ist es so eine Sache. Sie kann doch nicht daran bemessen werden, ob der Einzelplan für ein neu geschaffenes Ministerium ein oder zwei Tage früher oder später vorliegt. Ich denke, die Würde des Parlaments manifestiert sich in der Art der Auseinandersetzung mit dem, was tatsächlich an Problemen vorliegt, also mit den sozialen, den ökologischen und den ökonomischen Problemen, für deren Bearbeitung wir in das Parlament gewählt worden sind.

Die Form der Einbringung, die Sie ansprachen, und die Verfahrensprobleme haben natürlich einen Einfluß darauf, wie beraten wird. Das ist schon richtig. Wäre es so gewesen, daß der Einzelplan 15 beim Einstieg in die Einzelplanberatungen gefehlt hätte, so wären wir Ihrem Antrag gefolgt.

(Bruns [Emden] [SPD]: Der ganze Haushalt besteht doch aus Einzelplänen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

So ist es aber nicht, Herr Schröder. Er fehlt heute im Rahmen einer Generaldebatte,

(Kaiser [SPD]: Das ist doch ein wichtiger Bereich! — Bruns [Emden] [SPD]: Ausgerechnet der ökologische Haushalt fehlt! Ausgerechnet der grüne Haushalt! Damit seid ihr einverstanden! Das ist eine tolle Opposition!)

in der wir alle und auch Sie nicht auf Einzelfragen eingehen werden; vielmehr werden wir uns mit der finanzpolitischen Grundlinie auseinandersetzen, die die Landesregierung verfolgt. Von daher wie auch von der rechtlichen Seite her, die dahintersteht, gibt es keinen Grund, diese Frage in der Form hochzuziehen, in der Sie das hier tun.

Man kann das im einzelnen kritisieren. Das tun wir auch. Aber es gibt keinen Anlaß für die völlig

überzogene Form, in der Sie mit dem Problem umgehen.

(Bruns [Emden] [SPD]: Sie kritisieren auch, aber ganz langsam! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Herr Präsident, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die SPD-Fraktion vielleicht doch ermahnen könnten, den Geräuschpegel etwas niedriger zu halten.

(Beifall bei der CDU. — Oh! bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Frau Kollegin, Sie meinen sicherlich eine Mahnung in bezug auf den Geräuschpegel. Die spreche ich allerdings an alle Mitglieder des Hauses aus.

(Stock [CDU]: Nee, nee!)

Es wird mit Recht darüber geklagt, daß die neue Anlage technisch noch nicht befriedigend ist. Ein Grund ist, daß sie — so sagen die Techniker — offenbar so feinfühlig ist, daß sie auch das aufnimmt, was an Geräuschen aus dem Plenum kommt. Aufgrund dessen wird die Verständigung schwierig, wenn alle durcheinanderreden. Ich bitte also, der Rednerin zuzuhören.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Es sind lediglich noch zwei Punkte, die ich ganz kurz ansprechen möchte.

Sie, insbesondere die Damen und Herren von der SPD, können sicher sein, daß es in diesem Hause keine Partei gibt, die das, was der neue Umweltminister tut, so kritisch beobachtet und beurteilen wird wie die Partei der Grünen.

(Beifall bei den Grünen. — Unruhe bei der SPD. — Glogowski [SPD]: Da bin ich mir nicht mehr so sicher!)

Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Substanz der Vorschläge, die die SPD gerade zum Einzelplan 15 machen wird, der Radikalität ihres verbalen Auftretens hier entspricht.

(Beifall bei den Grünen und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt für die Fraktion der FDP.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einbringung des Landeshaushalts ist Sache der Landesregierung und liegt in deren Verantwortung, und die Beratung des Landeshaushalts ist natürlich Sache des Parlaments. Ich muß Ihnen sagen, Herr Schröder, so lange ist die Zeit der Opposition für die FDP noch nicht vorbei, und so sehr sind wir auch noch nicht im Regierungsfraktionsdenken verankert,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Aber meistens sind Sie dabei!)

daß wir uns nicht an unsere eigene Kritik erinnern können, die wir wegen einer späten Vorlage des Haushaltsplanentwurfs in der Vergangenheit geübt haben. Ich will Ihnen ganz offen sagen, die jetzige Situation ist in der Tat nicht berauschend.

(Wernstedt [SPD]: Hört, hört!)

Sicherlich könnten das Verhältnis zwischen Parlament und Landesregierung etwas entspannter und die Beratungen sicherlich auch im Detail etwas besser gestaltet werden. Nur, Herr Schröder, die Keule, die Sie jetzt schwingen, ist der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Schröder, Ihnen geht es eigentlich gar nicht darum, die Würde des Hauses zu retten

(Schröder [SPD]: Woher wissen Sie das? — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Show!)

und das Verhältnis zwischen Parlament und Landesregierung eindeutig im Sinne des Parlaments zu klären; vielmehr geht es Ihnen darum, mal wieder die Nagelprobe zu machen und möglicherweise eine Chance zu nutzen, die Mehrheit vorzuführen; d. h. darzustellen, daß wir nicht ausreichend bestückt sind.

(Kaiser [SPD]: Das sagt ein Liberaler! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das ist der vertiefte Eindruck, den ich aus dem gesamten Verhalten des Kollegen Schröder, seitdem wir gemeinsam in diesem Hause sitzen, haben muß.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Lassen Sie mich abschließend bekräftigen, was Frau Kollegin Hammerbacher-Richter bereits gesagt hat. Die Eckdaten liegen vor; der finanzpolitische Rahmen ist hier diskutierbar. Bei der Abwägung zwischen der Art des Verfahrens, über das auch wir nur wenig begeistert sind, einerseits und der Möglichkeit, den Haushaltsplanentwurf zügig zu beraten und die Beratungen frühzeitig

Hildebrandt

abzuschließen, andererseits erscheint uns letzteres wichtiger, weil es für die Menschen in unserem Lande wichtig ist,

(Küpker [FDP]: Genau darauf kommt es an!)

daß wir die Haushaltsplanberatungen zügig abschließen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Kollege Schröder, ein Hinweis zum weiteren Ablauf. Wenn der Antrag so angenommen wird, wie Sie ihn formuliert haben — darüber sollte Klarheit herrschen —, dann heiße das, erste Beratung in der nächsten Sitzung im November

(Schröder [SPD]: So ist es!)

und zweite und dritte Beratung im März statt im Februar 1987

(Schröder [SPD]: So ist es!)

oder Verkürzung der Ausschußberatung, was sicherlich auch nicht beabsichtigt ist.

(Bruns (Emden): [SPD]: Machen wir erst eine Ältestenratssitzung!)

Wer für den Antrag ist, den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen, der möge das Handzeichen geben. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

(Unruhe bei der SPD.)

Die Tagesordnung ist damit in der vorgeschlagenen Form bestätigt worden.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD.)

— Ich bitte um Ruhe!

Wir kommen nun zu den Dringlichen Anfragen. Ich rufe zunächst die Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen auf.

(Anhaltende Unruhe.)

— Es ist wirklich schwer, akustisch durchzudringen, wenn nicht alle zuhören!

(Stock [CDU]: Das ist aber jetzt eindeutig die SPD!)

Ich rufe auf:

Nichtzivile, gentechnologische Forschungsprojekte an der Tierärztlichen Hochschule Hannover — Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/211

Bitte schön!

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Die Rednerin ist akustisch nur schwer zu verstehen. — Unruhe.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Bruns [Emden] [SPD]: Wir können nichts hören! — Wernstedt [SPD]: Es ist nicht zu fassen! Wir müssen die Sitzung unterbrechen!)

Nichtzivile, gentechnologische Forschungsprojekte an der Tierärztlichen Hochschule — — —

(Die Rednerin ist akustisch nur schwer zu verstehen. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Blanke:

Ich möchte noch einmal um Ruhe bitten! Ich kann die Mängel der Technik von hier aus nicht beseitigen.

(Zurufe.)

Die zuständigen Mitarbeiter sind ständig um die richtige Einstellung bemüht.

(Hildebrandt [FDP]: Man hätte sich vorher bemühen sollen!)

Im Interesse des zügigen Ablaufs unserer Beratungen möchte ich Sie noch einmal bitten, Ruhe zu bewahren und dem jeweiligen Redner zuzuhören, damit er akustisch zu Ihnen durchdringen kann.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 1983 läuft am Institut für Virologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover ein Forschungsvorhaben „Herstellung monoklonaler Antikörper gegen Bakterien“. Aus dem Ergänzungsantrag zum Forschungsvorhaben (BA III 1 — E/B 31 E/C0205/75459) des Instituts für Virologie von 1986 geht hervor, daß dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Wehrwissenschaftlichen Institut in Munster fortgeführt werden soll.

Seit dem 1. September 1985 läuft am Virologischen Institut der Tierärztlichen Hochschule ein zweites, nichtziviles Forschungsprojekt „Immunprophylaxe bei Arbovirus-Infektionen“. Dieses Projekt wird ebenfalls — entgegen Dementis der Tierärztlichen Hochschule — im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums durchgeführt, wie eine Stellungnahme der Bundesregierung bestätigt. Bei diesem Forschungsvorhaben handelt es sich, wie ein Protokoll einer nichtöffentlichen

Anhörung vor dem Deutschen Bundestag erkennen läßt, um das erste und bislang vermutlich einzige militärische gentechnologische Projekt in der Bundesrepublik.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind die Landesregierung und — nach § 35 Abs. 3 des damals gültigen Niedersächsischen Hochschulgesetzes im Rahmen der Drittmittelverordnung — Hochschulleitung und Fachbereich über diese Forschungsprojekte und ihre militärischen Zielsetzungen informiert worden?

2. Trifft es zu, daß das Institut für Virologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover im Rahmen des Monoklonalen Antikörperprojektes aus der Stammsammlung des Wehrwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in Munster aktive oder inaktivierte Erreger von Maltafieber, Pest, Milzbrand, Typhus oder anderen potentiellen Biowaffen beziehen sollen oder bezogen haben?

3. Befürwortet die Landesregierung gentechnologische Vorhaben mit militärischer Zielsetzung an niedersächsischen Hochschulen?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Für die Landesregierung antwortet der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Dringliche Anfrage wie folgt: Am Institut für Virologie der Tierärztlichen Hochschule Hannover wird ein Forschungsvorhaben „Monoklonale Antikörper gegen Bakterien und Bakterientoxine“ bearbeitet. Es dient der Verbesserung der Früherkennung bakterieller Erkrankungen. Es ist identisch mit dem in der Frage genannten Projekt „Herstellung monoklonaler Antikörper gegen Bakterien“. Das Projekt läuft am 31. Dezember 1986 aus und soll über diesen Termin hinaus nicht mehr fortgeführt werden. Ein Ergänzungsantrag ist weder vom Institut für Virologie noch von einem dort tätigen Professor oder wissenschaftlichen Mitarbeiter gestellt worden.

Am Institut für Virologie wird ebenfalls das andere namentlich mit „Immunprophylaxe gegen Arbovirus-Infektionen“ bezeichnete Forschungsvorhaben durchgeführt. Ziel dieses Projektes ist die Entwicklung eines Impfstoffes gegen Viruserkrankungen, die durch Insekten übertragen werden, zum Beispiel die Zecken-Enzephalitis.

Die Finanzierung erfolgt mit Mitteln aus dem Etat des Bundesministeriums für Verteidigung. Es ist unzutreffend, daß die Tierärztliche Hochschule Hannover diesen Sachverhalt jemals demontiert hat. In beiden Fällen handelt es sich um eine medizinische Forschung mit veterinär- und humanmedizinischer Relevanz. Die Forschungsergebnisse beider Vorhaben sind nicht geheim. Die Ergebnisse sind bzw. werden veröffentlicht.

Dies vorausgeschickt, nehme ich zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

Zu 1: Der Rektor ist gemäß § 35 Abs. 3 NHG informiert worden. Ein Fachbereich war an der Tierärztlichen Hochschule nicht zu beteiligen, da diese nicht in Fachbereiche gegliedert ist. Auch der MWK wurde, obwohl nach dem NHG hierzu keine Verpflichtung besteht, unterrichtet.

Zu 2: Die Tierärztliche Hochschule hat allein den Erreger von Maltafieber in inaktivierter Form aus der wissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr in Munster bezogen. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß inaktivierte Erreger in ihrer Vermehrungsfähigkeit abgetötet und daher nicht mehr krankheitserzeugend sind. Damit liegen die bakteriellen Erreger in einer ungefährlichen Form vor, so daß alle weiteren Arbeiten ohne zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und ohne Gefährdung des Laborpersonals durchgeführt werden können. Vergleichbare Erreger werden nach ähnlicher Vorbehandlung in medizinischen Untersuchungsämtern für die Routinediagnostik menschlicher und tierischer Infektionen eingesetzt.

Nachdrücklich möchte ich feststellen, daß weder aktive noch inaktivierte Erreger von Pest, Milzbrand, Typhus oder andere Erreger bezogen worden sind.

Zu 3: Gemäß Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes ist die wissenschaftliche Forschung frei. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts heißt es hierzu:

„Das in Artikel 5 Abs. 3 GG enthaltene Freiheitsrecht schützt als Abwehrrecht die wissenschaftliche Betätigung gegen staatliche Eingriffe und steht jedem zu, der wissenschaftlich tätig ist oder tätig werden will ... Dieser Freiraum des Wissenschaftlers ist grundsätzlich ebenso vorbehaltlos geschützt, wie die Freiheit künstlerischer Betätigung gewährleistet ist. In ihm herrscht absolute Freiheit von jeder Ingerenz“

— d. h. Einmischung —

„öffentlicher Gewalt.“

Dr. Cassens

Dementsprechend hat die Landesregierung auf die Inhalte der in niedersächsischen Hochschulen betriebenen Forschung keinen Einfluß genommen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Eine Zusatzfrage stellt der Abgeordnete Trittin.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, bezüglich Ihrer Ausführungen zu Frage 3 frage ich Sie: Trifft es nicht auch zu, daß diese Form militärischer gentechnologischer Forschung ohne Mittelvergabe von staatlichen Stellen überhaupt nicht denkbar wäre und daß von daher die Diskussion über die Freiheit der Wissenschaft als Abwehrbegriff gegenüber staatlichen Eingriffen völlig obsolet und gar nicht Gegenstand unserer Frage ist?

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, der Ausgangspunkt Ihrer Frage ist falsch. Sie vermuten in Ihrer Fragestellung eine Verbindung, daß hier an B-Waffen Forschung betrieben wird. Das Gegenteil ist der Fall. Hier wird die Verbesserung der Schutzmöglichkeiten im Rahmen der Virologie untersucht. Das wird sowohl in der Humanmedizin als auch in der Veterinärmedizin untersucht. Von daher ist es schon wichtig, daß gerade diese Schutzfunktionen erforscht werden. Daß diese Forschungsarbeit in diesem Sinne unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Menschen beim Einsatz derartiger schlimmer Waffen geleistet wird, ist allerdings durchaus sinnvoll und in Verbindung mit staatlichen Aufträgen zu bringen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Eine weitere Zusatzfrage stellt die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Minister, wie Sie zunächst ausgeführt haben, handelt es sich hierbei um eine Forschungstätigkeit, die lediglich der Abwehr von Risiken für die allgemeine Gesundheit dienen soll. Können Sie bitte erläutern, warum diese Forschungs-

tätigkeit nicht aus Mitteln des Bundesministers für Forschung und Technologie, sondern aus Mitteln des Bundesministers der Verteidigung finanziert wird? Ich bitte Sie, in diesem Zusammenhang auch dazu Stellung zu nehmen, ob es sich hier nicht vielmehr um Forschungsprojekte handelt, die in den Rahmen einer sogenannten militärischen Defensivforschung einzuordnen sind.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Verehrte Frau Abgeordnete, selbstverständlich hätten diese Aufträge von jedem anderen Ressort kommen können, nicht nur vom Ministerium für Forschung und Technologie, sondern selbstverständlich auch aus dem Bundesministerium für Gesundheit.

(Lachen bei den Grünen.)

Ihnen ist wohl völlig entgangen oder nicht bekannt, daß das Verteidigungsministerium selbstverständlich auch über einen sehr großen Bereich des Sanitätswesens und auch des Krankenhauswesens verfügt. Die Bundeswehr unterhält beispielsweise in Koblenz eine sehr große Klinik. Es soll ja auch hervorragende Politiker geben, die sich dort schon haben behandeln lassen. Daraus wird deutlich, daß auch in diesem Bereich ein ganz erheblicher Forschungsbedarf sowohl in der Humanmedizin als auch in der Veterinärmedizin besteht. Von daher hat der Auftrag mit dem Einsatz überhaupt nichts zu tun.

Ich darf wiederholen: Erstens. Keine Forschung an B-Waffen, sondern es geht um die Entwicklung von Impfstoffen, und es geht um die Früherkennung von Viruserkrankungen sowohl bei Menschen als auch bei Tieren. Zweitens. Da es sich auch um Tiere handelt, wurde das Institut für Virologie hier in Hannover eingeschaltet.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Kollege Trittin, gilt Ihre Wortmeldung noch?

(Trittin [Grüne]: Ja!)

— Eine weitere Zusatzfrage, eine!

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Herr Minister, angesichts der eben gegebenen Antwort

frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, daß es in der Forschung im Zusammenhang mit biologischen Waffen forschungstechnologisch prinzipiell überhaupt keinen Unterschied gibt zwischen der Forschung zum Schutze vor Biowaffen und der Erforschung von Biowaffen? Das ist genau ein und dieselbe Forschung!

(Oestmann [CDU]: Und was soll die Frage?)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Genau diese Auffassung, Herr Abgeordneter, ist falsch.

(Lachen bei den Grünen.)

Hier geht es um die Schutzmaßnahmen, um die Erforschung vor solchen Gefährdungen. Ich glaube, es ist richtig, daß wir vor diesen Gefährdungen nicht die Augen verschließen, sondern auch die Wissenschaftler in diese wissenschaftlich hervorragenden Möglichkeiten einbinden, neue Erkenntnisse zu finden, wie auf den Gebieten der Virologie Menschen und Tiere besser geschützt werden können. Dies ist eine legitime Aufgabe.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Schörshusen!

Schörshusen (Grüne):

Herr Minister Cassens, können Sie ausschließen, daß die Ergebnisse der hier beschriebenen Forschung an der Tierärztlichen Hochschule Hannover auch für die biologische Kriegsführung interessant sein und genutzt werden können?

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ja, genau das kann ich ausschließen, weil hier nicht mit pathogenen Erregern gearbeitet wird. Das Entscheidende ist zweierlei:

Erstens. Die Forschungsergebnisse werden veröffentlicht. Das Zweite ist — auch das darf ich Ihnen noch einmal verdeutlichen —: Die Entwicklung von Impfstoffen gegen potentielle B-Kampfstoffe ist ja nach dem B-Waffen-Abkom-

men aus dem Jahre 1972 als Schutzmaßnahme erlaubt. Von daher ist es zulässig, solche Forschungsarbeiten zu betreiben und zu fördern.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Kollege Mönninghoff!

Mönninghoff (Grüne):

Frage 1: Ist der Landesregierung bekannt, auf welchen Gebieten von der Bundesregierung welche Forschungsprojekte zur biologischen Kriegsführung in Munster durchgeführt werden?

Frage 2: Kann die Landesregierung gewährleisten, daß die Bevölkerung in Niedersachsen durch die dort durchgeführte Forschung nicht beeinträchtigt wird?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, auf diese Fragen darf ich zwei Antworten geben:

Erstens. In der Bundesrepublik wird keine B-Waffen-Forschung betrieben.

(Mönninghoff [Grüne]: Doch!)

Die Bundesregierung ist der Vereinbarung über das B-Waffen-Abkommen aus dem Jahre 1983 beigetreten. Dieses hat mittlerweile Gesetzeskraft erhalten, ist also eine Sache, die sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung bindet.

Im übrigen wird hier keine Waffenforschung betrieben, sondern es wird — das ist entscheidend — eine Forschung zum Schutze der Menschen vor virologischen Erkrankungen betrieben. Hier werden Erkenntnisse gesammelt, die wichtig sind. Die Wissenschaftler gerade an der Tierärztlichen Hochschule haben hervorragende Arbeit geleistet, und sie haben nicht Diskriminierung, sondern die Zustimmung auch dieses Parlaments verdient.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Herr Abgeordneter Schmalstieg!

Schmalstieg (SPD):

Herr Präsident! Herr Minister, haben Sie den Eindruck, daß die Tierärztliche Hochschule Hanno-

Schmalstieg

ver Abgeordneten dieses Parlaments verweigert, Einblick in die Forschungsunterlagen zu nehmen?

Zweitens. Ist Ihnen bekannt, daß die Tierärztliche Hochschule Hannover den Fraktionen dieses Landtages angeboten hat, über diese Frage zu informieren, und daß offensichtlich die Fraktion der Grünen und derjenige, der sich in dieser Frage besonders engagiert hat, dieses Angebot bisher noch nicht angenommen haben?

(Jahn [CDU]: Interessant!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter Schmalstieg, ich kann Ihnen dies nur bestätigen. Sie haben von der Möglichkeit, die Ihnen die Tierärztliche Hochschule unterbreitet hat, persönlich Gebrauch gemacht, die Forschungsergebnisse vor Ort einzusehen. Dieses Angebot war selbstverständlich an alle Abgeordneten dieses Hauses gerichtet. Ich muß Ihnen sagen, daß vor allem die Damen und Herren der Fraktion der Grünen von diesem Angebot leider keinen Gebrauch gemacht haben.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Langendorf!

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne] meldet sich zu einer Zusatzfrage.)

— Frau Kollegin Hammerbacher-Richter, Sie haben Ihre zwei Fragen schon verbraucht.

Frau Langendorf (Grüne):

Herr Minister, sind Sie der Meinung, daß man über Immunprophylaxe forschen und Maßnahmen zum Schutz entwickeln kann, ohne im Besitz der Krankheitserreger zu sein?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Ich darf bescheiden den Wunsch äußern, daß wir allmählich zur zweiten Dringlichen Anfrage kommen. — Herr Minister!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Verehrte Frau Abgeordnete, die Wissenschaftler sagen, genau das, was Sie verneinen, sei möglich.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Frau Kollegin Hammerbacher-Richter, zur Geschäftsordnung?

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Ja!)

Bitte schön!

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident, zur Geschäftsordnung möchte ich erklären, daß entgegen dem Eindruck, den Herr Schmalstieg eben erweckt hat, die Fraktion der Grünen sehr wohl gesprächsbereit gewesen ist, aber — — —

Präsident Dr. Blanke:

Ich muß Sie leider unterbrechen. Das ist eine inhaltliche Frage und keine Frage der Geschäftsordnung, d. h. des Beratungsablaufes in diesem Hause.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Es sind noch zehn Worte, Herr Präsident! — Die Tierärztliche Hochschule war nicht bereit, die von uns vorgeschlagenen Gesprächspartner — — —

Präsident Dr. Blanke:

Ich muß Ihnen wirklich das Wort entziehen, weil Sie obendrein jetzt selbst Antworten geben. Das ist zu diesem Tagesordnungspunkt ein Recht und — ich hoffe — eine vornehme Pflicht der Landesregierung.

Wir kommen zur zweiten Dringlichen Anfrage:

Vorhaben mit gegenläufiger Zielsetzung in der Dannenberger Marsch — Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 11/212

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gebiet der Dannenberger Elbmarsch ist durch unterschiedliche Boden- und Reliefverhältnisse auf kleinstem Raum charakterisiert. Sie beherbergt derzeit noch eine Vielzahl naturraumtypischer und zum Teil vom Aussterben bedrohter bzw. gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung ist die Dannenberger Marsch in Teilbereichen Bestandteil des Feuchtgebietes von internationaler Bedeutung gemäß Ramsar-Konvention und Kern-

stück einer von der Europäischen Gemeinschaft ausgewiesenen „Important Bird Area“. Vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist die Dannenberger Marsch 1982 als Gebiet mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung anerkannt und sind Ankaufmittel zur Sicherung besonders schutzwürdiger Bereiche in der Größenordnung von 1,4 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden. Die Laufzeit war von 1982 bis Ende 1986 terminiert. Der Landkreis als Träger des Projekts war bisher jedoch nicht in der Lage, ein Naturschutzkonzept zu erstellen. Die Mittel konnten deshalb nicht in vollem Umfang abgerufen werden. Im gleichen Zeitraum wurden dem „Wasser- und Bodenverband Dannenberger Marsch“ auf Antrag aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft Mittel in Höhe von 1,05 Millionen DM, die durch Bundes- und Landesmittel auf 3,15 Millionen DM aufgestockt wurden, zur Veränderung des Wasserhaushalts genehmigt.

Die bereits ausgeführten und noch geplanten wasserbaulichen Maßnahmen verändern den Wasserhaushalt der oben beschriebenen Naturräume negativ und entwerten sie. Gleichzeitig werden Teilbereiche der Dannenberger Marsch durch Flurbereinigungsmaßnahmen betroffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die Tatsache, daß in dem unbestritten schutzwürdigen Landschaftsraum Dannenberger Marsch wasserbauliche und Flurneuordnungsmaßnahmen — gefördert mit erheblichen Landesmitteln — durchgeführt werden sollen, die die Bedeutung des Raumes für die Tier- und Pflanzenwelt nachteilig beeinflussen?

2. Was hat die Landesregierung in der Vergangenheit unternommen, um die Einstufung der Dannenberger Marsch als Gebiet von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung, als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung und um die Zielsetzung des Landes-Raumordnungsprogrammes auch durch konkrete Maßnahmen umzusetzen?

3. Welche konkreten Schritte gedenkt die Landesregierung zu veranlassen, damit entsprechend der internationalen, nationalen, aber auch landesraumordnerischen Bindungen die Dannenberger Marsch in ihrer ökologischen Bedeutung nicht gemindert wird und der Landwirtschaft ausreichende Hilfen als Ausgleich für die erschwerten Bedingungen gewährt werden?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Die Frage wird beantwortet vom Herrn Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Dringlichen Anfrage der SPD-Fraktion nehme ich wie folgt Stellung:

Die Dannenberger Marsch ist eines der für den Naturschutz wichtigen Gebiete in Niedersachsen. Der herausragende Wert insbesondere der Elbniederung wurde vor allem durch die Kartierung der für den Naturschutz wertvollen Bereiche, die 1982 nach dem ersten Durchgang vorläufig abgeschlossen wurde, deutlich und fand seinen Niederschlag in der Darstellung als Vorranggebiet für Natur und Landschaft im Landes-Raumordnungsprogramm 1982.

Bereits seit 1979 hat der Deutsche Bund für Vogelschutz seine Förderung durch den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Rahmen der Projektförderung „Einrichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ für das Projekt Gartow-Höhbeck erhalten. Diese Förderung vor allem des Flächenankaufs ist inzwischen beendet.

Parallel dazu hat der Landkreis Lüchow-Dannenberg 1982 die Aufnahme des Gebietes Dannenberger Marsch mit Unterstützung des Landes Niedersachsen in die Projektförderung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erreichen können. Der Bundesminister stellte bis zu 1,44 Millionen DM für eine vorläufige Laufzeit von vier Jahren in Aussicht. Das für die Förderung grundlegende Konzept liegt dem inzwischen zuständigen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vor, so daß nunmehr die Umsetzung des Projektes voll weiterlaufen kann.

Die Dannenberger Marsch ist seit Jahrhunderten Standort bäuerlicher Familienbetriebe. Die dort vorherrschenden agrarstrukturellen und gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse kennzeichnen diesen Raum als benachteiligtes Gebiet. Zur Verbesserung der Infrastruktur solcher Gebiete hatte die Europäische Gemeinschaft 1981 ein Sonderprogramm des Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft aufgelegt. Der Wasser- und Bodenverband „Dannenberger Marsch“ erhielt für ein Bauprogramm von insge-

Dr. Ritz

samt 3,5 Millionen DM einen Zuschuß von 1,028 Millionen DM aus diesem Programm. Mit den geplanten Maßnahmen soll nicht eine tiefgreifende Veränderung der Landschaft bewirkt werden, sondern ein Mindestmaß an Hochwasserschutz für die bei Elbehochwasser unter mangelnder Vorflut und Qualmwasserüberflutung leidenden landwirtschaftlichen Nutzflächen erreicht werden. Das inzwischen fertiggestellte Hochwasserschöpfwerk an der Tauben Elbe bildet deshalb das Kernstück des Planes.

Dies vorausgeschickt, nehme ich zu den Einzelfragen wie folgt Stellung:

Zu 1: Die Sicherung der Existenzgrundlagen der in der Dannenberger Marsch ansässigen landwirtschaftlichen Familienbetriebe hält die Landesregierung nicht nur für eine soziale Verpflichtung; sie dient auch der Erhaltung und Pflege der alten Kulturlandschaft. Diese Maßnahmen sind mit der ökologischen Bedeutung der Dannenberger Marsch abgestimmt. Sie verändern oder beeinträchtigen den Naturhaushalt dieses Gebietes nicht. An vorflutverbessernden Maßnahmen sind neben dem fertiggestellten Schöpfwerk an der Tauben Elbe lediglich der Austausch nicht ausreichend bemessener Straßen- und Wegedurchlässe vorgesehen sowie die Umrüstung des Schöpfwerkes Penkefitz.

Durch die Bodenordnungsmaßnahmen in der Flurbereinigung sollen die sich verstärkenden Konflikte zwischen Ökologie und Landwirtschaft entflochten, die Wirtschaftsbedingungen aber gleichzeitig maßvoll verbessert werden.

Die erforderlichen Planungen werden in enger Zusammenarbeit aller Stellen durchgeführt. In Vorgesprächen sind die Probleme zwischen den Dienststellen und Verbänden erörtert worden. Dabei konnte grundsätzlich ein Konsens erzielt werden. Die Landesregierung geht davon aus, daß mit diesen Maßnahmen die Interessen der Landschaftspflege und der Landwirtschaft gleichrangig koordiniert und zukunftsorientiert gefördert werden.

Zu 2 und 3: Die Darstellung des Vorranggebietes für Natur und Landschaft im Landes-Raumordnungsprogramm 1982 geht im wesentlichen auf die grundlegende landesweite Kartierung der für den Naturschutz wertvollen Bereiche zurück.

Die Verdichtung der landesweiten Erhebung um regionale Gesichtspunkte wurde vom Landkreis Lüchow-Dannenberg vorgenommen und floß in ein Gesamtkonzept der oberen Naturschutzbehörde über Entwicklungsziele zur Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft

in der Dannenberger Marsch ein. Dieses Konzept stellt die Grundlage für alle weiteren Maßnahmen der öffentlichen Hand dar. Grundlinie ist vor allem die Integration der Landwirtschaft in die Naturschutzbestrebungen bei gleichzeitiger Sicherung des Fortbestandes der ortsansässigen bäuerlichen Betriebe. Es soll insbesondere die Bewirtschaftung der Grünlandflächen durch die vorhandenen Betriebe sichergestellt werden. Dabei werden Hilfen sowohl durch Flächenankauf als auch durch Tausch, Verpachtung, die Zahlung von Erbschwermissausgleich, Stilllegungsprämien und Pachtpreinsnachlaß für öffentliche Flächen im Verbund umgesetzt werden müssen.

Alle Maßnahmen, die zu Eingriffen in Natur und Landschaft führen, werden auf das unbedingt notwendige Maß der Beeinträchtigung begrenzt. Hier ist insbesondere an Maßnahmen der Wasserwirtschaft — Deichbau, Flutrinnenschaffung und Vorfluterbau —, des Straßenbaus sowie der Agrarstruktur zu denken. Der langfristige Erfolg der oben geschilderten Maßnahmen wird durch die Erklärung von Naturschutzgebieten, Naturdenkmalen und geschützten Landschaftsteilen gestützt. Ausschlaggebend ist weiterhin die Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Die erste Zusatzfrage stellt — wie könnte es anders sein? — ein Bewohner der Marsch, der Abgeordnete Grill.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung, ob die Behauptung der sozialdemokratischen Fraktion richtig ist, daß der Landkreis Lüchow-Dannenberg zur Frage des Naturschutzes in der Dannenberger Marsch bisher kein Konzept vorgelegt hat.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Herr Kollege Grill, dies ist so nicht richtig. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat ein Konzept vorgelegt.

(Bartels [SPD]: Wann?)

Dies wird sicherlich nicht in vollem Umfang umgesetzt sein, aber wie ich eben bereits geschildert habe, arbeiten die Gremien bereits daran,

sich auf ein Konzept für die Dannenberger Marsch zu verständigen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tewes.

Frau Tewes (SPD):

Herr Minister! Ist die Landesregierung bereit, auch in den Randzonen der Naturschutzgebiete den Landwirten eine Erschwerniszulage zu zahlen?

(Oestmann [CDU]: Das hat mit der Frage nicht mehr viel zu tun!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ein Erschwernisausgleich wird sicherlich nur in den Gebieten gezahlt werden, die bereits unter Naturschutz gestellt worden sind. Nicht auszuschließen ist, daß sich bei der Gesamtplanung ergeben könnte, daß es Randzonen gibt, die auch unter besonderen Belastungen leiden. Ich denke in diesem Zusammenhang daran, daß auch im Dümmer-Konzept eine solche Überlegung, etwa für die Pufferzone, enthalten ist. Dies wird dann die konkrete Durchführung der Maßnahmen ergeben.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Reckmann!

Reckmann (SPD):

Herr Präsident! Herr Minister, was hat die Landesregierung unternommen, um den Landkreis Lüchow-Dannenberg beim Erarbeiten eines Naturschutzkonzeptes zu unterstützen, und wie erklären Sie sich die zeitliche Verzögerung; warum hat das vier Jahre gedauert?

(Grill [CDU]: Das stimmt doch nicht, Herr Reckmann! — Reckmann [SPD]: Das hat er doch gerade gesagt! — Dehn [SPD]: Sehr richtig, laß dir das nicht gefallen!)

Präsident Dr. Blanke:

Bitte, Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Es hat eine ständige fachliche Beratung des Landkreises Lüchow-Dannenberg durch die Naturschutzbehörde der Bezirksregierung, aber auch durch unser Haus, stattgefunden.

Präsident Dr. Blanke:

Danke. — Herr Abgeordneter Bruns (Reinhausen)!

(Oestmann [CDU]: Der Rächer der Dannenberger Marsch!)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Herr Minister, ich frage die Landesregierung: Ist ihr bekannt, daß den von der Unterschutzstellung betroffenen Bauern in der Dannenberger Marsch, vor allem denen im Dorf Penkefitz, Nutzungsentschädigungen nur entsprechend der Haushaltslage des Landes zugesagt wurden und daß die Domänenpachten des Domänenstreulandes inzwischen erhöht worden sind?

Ist die Landesregierung daher bereit, den betroffenen Landwirten langfristig und gesetzlich abgesichert Nutzungsentschädigungen zu zahlen, damit sie ihre sowohl im Naturschutzgebiet als auch in den Randzonen liegenden wertvollen Flächen ohne Existenzgefährdung auch weiter bewirtschaften können?

(Grill [CDU]: Nach dem, was ihr wollt, geht das gar nicht! — Gegenruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege Bruns, dies sind natürlich drei auch in der Sache sehr gravierende Fragen. Ich will versuchen, sie zu beantworten. Zunächst zum Erschwernisausgleich: Sie wissen von der Absicht der Landesregierung — sie ist in der Regierungserklärung noch einmal deutlich geworden —, diese Ausgleichszahlung gesetzlich zu verankern, so daß der bisherige Hinweis auf die Haushaltslage entfällt. Das ist, so glaube ich, in Ordnung. Das gilt für den gesamten Bereich des Naturschutzes.

Zu Ihrer Frage betreffend die Pachtflächen kann ich Ihnen mitteilen — das habe ich gerade gehört —, daß das inzwischen einvernehmlich geklärt sei, auch durch Teilrücknahme.

Dr. Ritz

Nun habe ich den dritten Teilaspekt Ihrer Frage nicht mehr ganz im Kopf. Ich bitte um Nachsicht, Herr Kollege Bruns. Das kann bei Zusatzfragen, noch dazu, wenn drei hintereinander gestellt werden, vorkommen. Sie haben sie schriftlich vorliegen, ich nicht.

(Zuruf von Schröder [SPD]. — Oestmann [CDU]: Die dritte Frage ist auch außerhalb der Geschäftsordnung!)

Präsident Dr. Blanke:

Fahren Sie ruhig fort, Herr Minister. Der Kollege Bruns hat seine Fragen gestellt.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Sehen Sie, sehr verehrter Herr Kollege Bruns, ich bin so bemüht, alle Fragen so gut wie möglich zu beantworten,

(Schröder [SPD]: Ohne daß Sie es selber merken!)

daß ich noch einmal nachfrage.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Bartels!

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, können Sie bestätigen, daß es erst jetzt Leitlinien der Bezirksregierung Lüneburg zu dem Naturraum „Dannenberg Marsch“ gibt und daß aufgrund der Tatsache, daß diese Leitlinien erst jetzt vorgelegt worden sind, in der Vergangenheit die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht abgerufen werden konnten? Weil Sie sich bisher immer nur allgemein zu dem Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ausgelassen haben, stelle ich folgende zweite Frage: In welcher Höhe sind Mittel erforderlich, um die von der Bezirksregierung erarbeiteten Leitlinien auch in die Praxis umzusetzen, und in welcher Höhe wird die Landesregierung in Zukunft Mittel bereitstellen?

(Oestmann [CDU]: In ausreichender Höhe!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir sind uns aber darüber einig, daß wir hier keine vorweggenommenen Ausschlußberatungen führen. — Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege Bartels, es sind zwar bereits Mittel aus diesem Bundesprogramm abgeflossen, aber es ist sichergestellt, daß sie auch weiterhin fließen können, was mir das Entscheidende zu sein scheint. Die Durchführung der Maßnahme setzt voraus, daß sie auch haushaltsmäßig abgesichert wird. Wenn jetzt gesagt würde, wann welche Mittel konkret in den Haushalt eingestellt werden, so würde man in der Tat dem derzeitigen Beratungs- und Sachstand nicht gerecht. Deshalb bin ich auch nicht in der Lage, die Frage jetzt so konkret zu beantworten, wie Sie das wollen. Wichtig ist, daß die Mittel, die uns vom Bund zur Verfügung stehen, nicht etwa verfallen, weil wir etwas zögerlich an den Einkauf herangegangen sind, sondern daß sie durch Übertragung auch jetzt entsprechend ausgegeben werden können.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Kempmann!

Kempmann (Grüne):

Herr Minister, können Sie ausführen — Sie haben das vorhin angesprochen —, an welchen Punkten denn das Naturschutzkonzept des Landkreises Lüneburg-Dannenberg bezüglich der Dannenberger Marsch aus Ihrer Sicht nicht umgesetzt werden kann?

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bitte wirklich um Verständnis, Herr Kollege. Damit bin ich überfragt. Ich kann nur sagen: Die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und oberer Naturschutzbehörde ist so eng, daß ein hohes Maß an Übereinstimmung erreicht worden ist. Mit der Frage, welche Elemente nun dort oder dort nicht zum Tragen kommen, bin ich im Augenblick wirklich überfragt. Ich bitte um Nachsicht. Es ist ein sehr langer Prozeß, bis man zu einem Gesamtkonzept kommt. Durch die gute Zusammenarbeit dort vor Ort — übrigens auch unter Mitwirkung der Landwirte — ist es eben möglich geworden, sich jetzt auf ein Konzept zu verständigen.

(Zustimmung von Grill [CDU].)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Reckmann, ich habe mir notiert, daß Sie schon zwei Fragen gestellt haben. Wenn Sie mir sagen, daß es nur eine gewesen ist, dann glaube ich Ihnen das und erteile Ihnen noch einmal das Wort.

Zwischendurch möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß wir nach dem jetzigen Stand einen Zeitrückstand von etwa 20 Minuten haben. Hinzu kommt, daß wir noch die dritte Dringliche Anfrage behandeln müssen.

Herr Kollege Reckmann!

Reckmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich habe noch eine Frage bezüglich der Mittel: In welcher Höhe sind Landesmittel notwendig — das werden Sie bestimmt wissen, Herr Minister —, um das Konzept zu verwirklichen?

Präsident Dr. Blanke:

Bitte, Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Dies, Herr Kollege, hängt von der stufenweisen Umsetzung des Programms ab und kann insoweit jetzt nicht beantwortet werden.

(Reckmann [SPD]: Nein?)

Es kann nicht beantwortet werden. Das ist ganz normal.

Präsident Dr. Blanke:

Der Abgeordnete Kempmann stellt eine zweite Zusatzfrage.

Kempmann (Grüne):

Herr Minister, angesichts der so guten Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und dem Land frage ich Sie: Sehen Sie denn diese gute Zusammenarbeit in Zukunft gefährdet, und zwar vor dem Hintergrund, daß die Mehrheitsfraktion im Landkreis Lüchow-Dannenberg gerade den Naturschutzbeauftragten entlassen hat?

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich sehe diese Zusammenarbeit nicht gefährdet. Es wäre schlimm, meine Damen und Herren, wenn die Durchführung von Maßnahmen nur von Einzelpersonen abhängig wäre. Dies ist wirklich auf einer sehr breiten Basis erarbeitet worden und wird deshalb auch unabhängig von einer einzelnen Person zu einem guten Ende geführt werden.

Präsident Dr. Blanke:

Danke sehr, Herr Minister.

Eine zweite Zusatzfrage stellt die Abgeordnete Frau Tewes.

Frau Tewes (SPD):

Herr Minister, wie wollen Sie sicherstellen, daß keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden?

(Kohlenbach [CDU]: Die müssen doch geschaffen werden! — Zuruf von der CDU: Das ist eine tolle Frage! — Weitere Zurufe von der CDU. — Zuruf von der SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Es tut mir leid, auch ich kann die Frage nicht ganz nachvollziehen.

(Schröder [SPD]: Sie sollen Sie beantworten und nicht nachvollziehen! Was ist denn das für ein Verhalten, Herr Präsident?)

Es ist ja gerade der Sinn von Abstimmungsprozessen, eben nicht vollendete Tatsachen so oder so zu schaffen, sondern ein Gesamtkonzept realistisch durchzuführen.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Schole!

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, daß die in der Dannenberger Marsch geplanten Entwässerungsmaßnahmen gegen die EG-Vogelschutzrichtlinien verstoßen und daß die von der EG dafür bereitgestellten Zuschüsse eventuell zurückgefordert bzw. gesperrt werden könnten?

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Ritz

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich teile diese Auffassung nicht, Frau Kollegin, weil die vorgesehenen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen die Wasserstände nicht wesentlich beeinflussen und von daher auch keine negativen Auswirkungen auf den Bereich des Naturschutzes zu erwarten sind.

Präsident Dr. Blanke:

Danke. — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Engels!

Engels (SPD):

Herr Minister, trifft es zu, daß zur Entwässerung der erwähnten Flächen schon ein Schöpfwerk gebaut worden ist, und warum ist dieses Schöpfwerk überhaupt gebaut worden?

(Grill [CDU]: Diese Frage beweist, daß Sie von der Sache überhaupt keine Ahnung haben, Herr Engels!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Engels, diese Frage habe ich vorhin beantwortet. Es ist nicht nur ein Schöpfwerk geplant, sondern es wurde bereits eines gebaut. Dieses dient ausschließlich dem Ziel, das Hochwasser der Elbe und das sogenannte Qualmwasser so in den Griff zu bekommen, daß eine vernünftige Landbewirtschaftung möglich bleibt.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön.

Ich rufe jetzt auf:

Drogenkonsum im niedersächsischen Strafvollzug — Dringliche Anfrage der Fraktion der FDP — Drs 11/213

Bitte sehr, Frau Kollegin Schneider!

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Laut Presseberichten schätzt der Anstaltsleiter Bauer der Justizvollzugsanstalt Hannover, daß etwa 15 % bis 20 % der 850 Häftlinge Rauschgift nehmen, obwohl nur 5 % bis 10 % der Strafgefangenen im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten verurteilt wurden. Junge Straftäter, die nie etwas

mit Rauschgift zu tun hatten, seien erst im Verlaufe des Strafvollzugs süchtig geworden. Da nicht gewährleistet werden könne, daß keine Rauschgifte in die Anstalt kommen, da eine Isolation der Strafgefangenen weder aus strafrechtlichen, sozialtherapeutischen noch aus politischen Gründen sinnvoll und wünschenswert ist, bedürfe es einer intensiven und effektiven Drogenberatung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit ist es zutreffend — wie jüngst in der Presse berichtet wurde —, daß die Drogenberatung in der Justizvollzugsanstalt Hannover nicht gewährleistet ist und Hilfesuchende in der Justizvollzugsanstalt bis zu vier Wochen auf einen Gesprächstermin warten müssen?
2. In welcher Höhe ist sie bereit, die Mittel für die Drogenberatung, welche durch das Auslaufen der Bundesförderung entfallen, zu übernehmen und gegebenenfalls aufzustocken?
3. Welche Möglichkeiten sieht sie, Strafgefangene im niedersächsischen Vollzug mehr als bisher vom Drogenkonsum fernzuhalten?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister Remmers!

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich bemerken, daß die in der Presse veröffentlichten Angaben über die Zahl der Drogenabhängigen im niedersächsischen Strafvollzug und insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Hannover frei geschätzt sind und nicht auf nachprüfbaren Daten beruhen.

Schon in der letzten Legislaturperiode habe ich in meiner Antwort vom 27. Mai 1983 auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Schmidt darauf hingewiesen, daß sich der Anteil der drogenabhängigen — wie übrigens auch der der tabletten- und alkoholabhängigen — Gefangenen im Justizvollzug nicht einmal annähernd genau ermitteln läßt, da viele Gefangene — was, wie ich meine, verständlich ist — versuchen, ihre Abhängigkeit zu verbergen. — Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage wie folgt:

Zu 1: Drogenabhängige bzw. suchtgefährdete Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Hannover haben Gelegenheit, sich von Vollzugsbediensteten, namentlich von den Angehörigen des ärztlichen und des sozialen Dienstes, und von externen Fachkräften, nämlich von Mitarbeitern des

Jugend- und Drogenberatungszentrums Hannover — einer Einrichtung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes —, beraten zu lassen. Dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Hannover ist allerdings bekanntgeworden, daß Gefangene während der Sommerurlaubszeit länger als sonst darauf haben warten müssen, ein Gespräch mit Mitarbeitern des Jugend- und Drogenberatungszentrums führen zu können. Die Beratungsstelle hat sich deshalb allerdings nicht mit der Anstaltsleitung in Verbindung gesetzt. Die Gefangenen hätten sich, wenn ihnen in dieser Zeit an einer umgehenden Beratung gelegen gewesen wäre, auch an Bedienstete der Vollzugsanstalt wenden können.

Zu 2: In den Jahren 1984 bis 1986 sind aus dem Bundesmodell „Aufsuchende Sozialarbeit für betäubungsmittelabhängige Straftäter“ auf Initiative des Sozialministeriums zwölf Stellen für Niedersachsen — das ist mehr als in jedem anderen Bundesland — gefördert worden. Bei Einrichtung dieser Stellen ist mit der freien Wohlfahrtspflege und den Trägern vor Beginn des Modells abgesprochen worden, daß diese und nicht das Land für eine Anschlußfinanzierung aufkommen werden.

Durch die ASS-Mitarbeiter konnten dann zahlreiche betäubungsmittelabhängige Straf- und Untersuchungsgefangene beraten und betreut und viele davon auch in therapeutische Maßnahmen vermittelt werden.

Aus diesem Grunde hat sich das Sozialministerium bemüht, diese positive Arbeit insbesondere in den Justizvollzugsanstalten fortsetzen zu lassen. Diese Bemühungen haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Erstens. Zwei ASS-Projekte — es handelt sich dabei um die Vorhaben in Meppen und Braunschweig — werden vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit für ein Jahr weitergefördert.

Zweitens. Ein ASS-Projekt — dabei handelt es sich um das Vorhaben in Lingen — wird ebenfalls vom zuständigen Bundesministerium für weitere drei Jahre gefördert.

Aus dem Nachfolgeprogramm zur aufsuchenden Sozialarbeit erhält Niedersachsen für das Diakonische Werk in Osnabrück für die nächsten drei bis fünf Jahre jährlich ca. 200 000 DM für eine alternative ambulante Betreuung. Dabei handelt es sich um einen weiteren Versuch ambulanter Therapie für Drogenabhängige. Für die therapeutische Gemeinschaft Daytop wird in Waake bei Göttingen ebenfalls in den nächsten drei bis fünf

Jahren ein sogenannter Abbruchberater finanziert. Die beiden Projekte werden auch betäubungsmittelabhängigen Gefangenen zugute kommen.

Bei dieser Gelegenheit ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß die von mir angesprochene ambulante Arbeit eine Aufgabe der Suchtberatungsstellen ist. Davon gibt es landesweit 89. Um den Ausbau und um die weitere Qualifizierung der Beratungsstellen bemüht sich die Landesregierung ständig.

Zu 3: Bereits jetzt werden Beratungen angeboten und gezielte Kontrollen durchgeführt. Beratung und Betreuung erfolgen, wie ich bereits in meiner Antwort zu Frage 1 ausgeführt habe, sowohl durch Fachkräfte der Vollzugsanstalten als auch durch die Mitarbeiter externer Einrichtungen. Für die Kontrollen stehen besonders geschulte Bedienstete zur Verfügung. Erforderlichenfalls werden Polizeikräfte hinzugezogen.

Der Rückgang der Zahl der Gefangenen, der in der letzten Zeit festzustellen ist, ermöglicht es uns nunmehr, darüber hinaus die Gefangenen zukünftig noch intensiver als bisher durch die Vollzugsbediensteten beraten, betreuen und beaufsichtigen zu lassen. Bereits durchgeführte und vermehrt vorgesehene Fortbildungsmaßnahmen sollen die Bediensteten noch mehr als bisher in die Lage versetzen, Versuche zum Einbringen, zum Verbreiten oder zum Konsum von Drogen zu unterbinden, gefährdete Gefangene angemessen zu betreuen und süchtige Gefangene darin zu unterstützen, sich einer Therapie zu unterziehen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Für eine Zusatzfrage hat sich der Abgeordnete Fischer gemeldet.

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, können Sie bestätigen, daß die vorsichtig geschätzten Zahlen durch die tatsächlichen Verhältnisse überschritten werden, weil in diese Schätzung Alkohol- und Medikamentenmißbrauch mit Sicherheit nicht einbezogen sind? Welche Überlegungen bestehen in Ihrem Hause dahingehend, verlässliche Zahlen auf den Tisch zu legen?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Remmers

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schätzungen können wir in keiner Weise kontrollieren. Bei einer ähnlichen Gelegenheit habe ich im Jahre 1983 schon einmal gesagt, daß wir im Rahmen unserer Forschungsgruppe versucht haben, systematisch an diese Zahlen heranzukommen. Es muß berücksichtigt werden — das dürfen wir bei den ganzen Problemen, über die wir hier diskutieren, nicht vergessen —, daß wir im Vollzug die volle Breite der besonders problematischen Menschen zu betreuen haben. Wir kommen an die wirklichen Zahlen nicht heran.

Bei den Zahlen, die in der Presse gehandelt und im Vorspann der Anfrage genannt worden sind, handelt es sich allerdings — wenn ich das richtig verstanden habe — um solche, die sich nur auf Drogen beziehen. Diese Zahlen sind gegriffen, und ich kann sie weder nach oben oder nach unten abgrenzen.

Wenn wir die Problematik der Alkoholabhängigkeit bzw. -gefährdung und der allgemeinen Tablettenabhängigkeit, die hier nicht unbedingt unter dem Begriff Drogen subsumiert werden muß, mit betrachten, dann kommen wir möglicherweise auf ganz andere Werte. Das muß ich aber dann auch wieder landesweit differenzieren; denn wir haben beispielsweise mit Lingen I eine Schwerpunktanstalt. Dort sind wegen der Nähe zu den Niederlanden und wegen der damit verbundenen Möglichkeiten große Gefährdungen zu konstatieren.

Ich wiederhole: Wir haben uns bereits bemüht, verlässliche Zahlen zu bekommen. Wir arbeiten ständig daran. Wegen der fehlenden Bereitschaft der Gefangenen zur Mitarbeit sind wir allerdings darauf angewiesen, uns ein wenig nach den Straftaten zu orientieren. Damit werden wir allerdings dem Sachverhalt im Ergebnis auch wieder nicht voll gerecht. Wir werden uns weiter bemühen. Erfolgsversprechen können insoweit aber nicht abgegeben werden.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Trittin!

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, würden Sie einen Schritt zur Reduzierung des Problems „Drogen im Strafvollzug“ nicht darin sehen, daß auf die unsinnige Praxis verzichtet würde, schwer Drogenabhängige, also Kranke, auch noch zu inhaftieren?

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister!

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich noch zu dem, was ich vorhin gesagt habe, etwas nachtragen. Ein Problem bei der Feststellung dieser Dinge ist natürlich immer, daß diejenigen, die wirklich Zugang zu den Gefangenen haben, etwa die Ärzte, wegen ihrer Schweigepflicht uns gegenüber die Dinge nicht so offenbaren können, wie wir sie eigentlich wissen müßten. Das ist das eine.

Das zweite ist nun folgendes. Zu der schlichten Forderung, wir als Justizministerium sollten auf den Unsinn verzichten, kranke Straftäter wegen irgendwelcher Straftaten zu belangen, kann ich wirklich nur sagen: Diese Möglichkeiten habe ich als Justizminister allemal nicht. Das Problem ist auch bei weitem nicht so einschichtig, Herr Trittin, als daß es die Möglichkeit gäbe, das, was Sie gesagt haben, drastisch zu dementieren oder auch nur mit einem vorsichtigen Ja zu versehen. Hier liegt in jedem Einzelfall die Entscheidung des Gerichts vor, das nach einer Abwägung zwischen Tat und Täterperson zu einem Urteil kommt, dem wir in Form des Vollzuges Rechnung zu tragen haben.

Bei dem, was wir dann leisten können, ergibt sich auf der einen Seite das Problem, wie wir sie im Vollzug behandeln. Auf der anderen Seite sind aber durch die Gesetzgebung — das ist insoweit unsere Chance — gerade im Bereich der Betäubungsmittelstrafbarkeit Möglichkeiten geschaffen worden. Ich will nur einmal stichwortartig an die Möglichkeiten erinnern, die wir etwa in Brauel haben. Hierauf näher einzugehen würde den Rahmen der Behandlung dieser Dringlichen Anfrage sprengen. Sie alle wissen, welche Schwierigkeiten wir zunächst hatten, die Akzeptanz bei den Richtern zu schaffen. Später hatten wir sie bei den Sozialarbeitern, und schließlich haben wir sie auch bei den Gefangenen.

Das alles ist sehr viel komplizierter, so daß ich nur wiederholen kann: Ich sage zu dieser Frage nichts Eindeutiges, Herr Trittin, wie Sie es gerne gehört hätten.

Präsident Dr. Blanke:

Frau Abgeordnete Alm-Merk!

Frau Alm-Merk (SPD):

Herr Minister, können Sie uns hier im Parlament sagen, was in den vielen anderen Justizvollzugs-

anstalten geschieht, die Sie nicht genannt haben und in denen offensichtlich keine Drogenberatung oder Drogenhilfe stattfindet?

Zweitens. Wie verantworten Sie es, daß Sie trotz der von Ihnen unwidersprochen gebliebenen Schätzungen zur Justizvollzugsanstalt Hannover hier keine Bereitschaft gezeigt haben, die Frage so zu beantworten, daß die Drogenberatung auch dann, wenn sie jetzt bundesseitig nicht mehr gefördert wird, von Ihnen weitergefördert wird?

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Minister!

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage zielte auf die Justizvollzugsanstalt in Hannover und betraf die Fortsetzung der Möglichkeiten hier in Hannover. Ich muß wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe: Dieses ASS-Programm ist geschaffen und mit einem erheblichen Mittelaufwand gefördert worden. Dabei ist unter anderem Drobs in Hannover in erheblichem Maße mitgefördert worden. Es ist auch mit dem Träger von Drobs, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, verabredet worden, daß nach Auslaufen des Bundesmodells und der Bundesförderung die Erkenntnisse dieses Modells verwertet werden und daß es auf deren Kosten weiterbetrieben wird. Wir geraten jetzt in die Situation, daß jemand, der etwas versprochen hat, versucht, es nicht halten zu müssen. Darüber müßte man im einzelnen noch einmal reden. Ich bin gar nicht sicher, ob der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hinter der Intention, die Sie hier gerade angesprochen haben, ohne weiteres steht; denn das würde im Grunde bedeuten, daß eine bereits gegebene Zusage nicht eingehalten wird.

Zum anderen muß man einfach auch einmal sehen, daß das Land Niedersachsen die 89 Beratungsstellen im Lande im Schnitt mit etwa 40000 DM im Jahr fördert. Diese 89 Beratungsstellen betreuen übrigens an den unterschiedlichsten Stellen auch den Vollzug. Die Fragestellung bezog sich bisher nur auf Hannover. Da bisher noch keine Aussage darüber gemacht wurde, welche Maßnahmen in den anderen Anstalten getroffen werden, möchte ich darauf hinweisen, daß alle Anstalten sowohl externe als auch interne Drogenberatungsstellen haben. Dazu möchte ich gleich noch ein Wort sagen.

Nun noch ein Wort zur Situation in Hannover. Wie gesagt, fördern wir die Beratungsstellen im

Durchschnitt jeweils mit etwa 40000 DM. Hannover ist mit einem allein landesseitigen Förderungsbetrag in Höhe von 300000 DM in diesem Bereich absoluter Spitzenreiter. Deswegen möchte ich mich hier nicht dazu hinreißen lassen, Verpflichtungserklärungen abzugeben, die uns hier in eine Finanzierungsnotwendigkeit bringen.

Zu der Situation in den Vollzugsanstalten möchte ich noch anmerken, daß in jeder Justizvollzugsanstalt wenigstens ein Sozialarbeiter zusätzlich mit besonderer Ausrichtung auf die Drogenproblematik ausgebildet worden ist und entsprechend beauftragt ist. Darüber hinaus sind auch die übrigen Sozialarbeiter in der Lage, sich um diese Dinge zu kümmern. Schließlich haben wir in einigen Schwerpunktanstalten — in Lingen, Vechta und Wolfenbüttel — besondere Teams für die Drogenarbeit gebildet. Ihnen gehören Psychologen, Sozialarbeiter und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes an. Den besonders Interessierten möchte ich die Ausarbeitung der Arbeitsgruppe aus Lingen zur gelegentlichen Lektüre empfehlen. Sie soll, wie ich gehört habe, demnächst auch auf Bundesebene veröffentlicht werden.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir kommen dann zu Punkt 1 unserer Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

Zur Aktuellen Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor, erstens ein Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend die Strahlenschutzvorsorge durch bundeseinheitliche Grenzwerte, zweitens ein Antrag der Fraktion der Grünen betreffend die Konsequenzen aus der jüngsten Waldschadenserhebung und drittens ein Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Millionenverluste bei der Erhebung der Förderzinsabgabe durch die Landesregierung. Nach unserer Geschäftsordnung dauert die Aktuelle Stunde 60 Minuten. Diese Zeit ist auf die vorliegenden Anträge gleichmäßig zu verteilen. Das bedeutet, daß für jeden Antrag 20 Minuten zur Verfügung stehen. Die von der Landesregierung in Anspruch genommenen Redezeiten werden dabei nicht angerechnet. Die Redezeit beträgt jeweils fünf Minuten, d. h. jeder Fraktion steht zu jedem Thema eine Wortmeldung zu, wenn die fünf Minuten immer ausgeschöpft werden.

Bevor ich die Beratung eröffne, möchte ich zum weiteren Ablauf bemerken, daß nach dem ausgedruckten Plan jetzt 11 Uhr sein sollte. Es ist aber

Präsident

bereits 11.45 Uhr. Das bedeutet, daß wir mit der Einbringung des Haushalts nach der Mittagspause um 15 Uhr beginnen, wenn es nicht irgendwelche anderen Absprachen geben sollte.

(Trittin [Grüne]: Die können wir ja zu Protokoll geben!)

Wir müssen damit rechnen, daß die Aktuelle Stunde bis kurz nach 13 Uhr dauert.

Wir beginnen die Beratung mit Punkt 1 a:

Strahlenschutzvorsorge durch bundeseinheitliche Grenzwerte — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/190

Ich wiederhole: Die Redezeit für die Fraktionen beträgt insgesamt 20 Minuten. Das Wort hat der Abgeordnete Grill.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktionen der CDU und der FDP haben die Frage der Strahlenschutzvorsorge auf die Tagesordnung der Aktuellen Stunde gesetzt, um deutlich zu machen, daß die Regierungskoalition in Niedersachsen das Vorhaben der Bundesregierung, für die Bundesrepublik Deutschland zu einer einheitlichen Strahlenschutzvorsorge zu kommen, nachhaltig unterstützt. Die Konsequenzen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl sind vielfältiger Natur. Es geht darum, daß wir uns als Konsequenz aus den vorgetragenen Sorgen der Bevölkerung mit den daraus resultierenden Notwendigkeiten beschäftigen. Dies hat zwei Ebenen. Die eine ist die Frage der internationalen Reaktionen, der internationalen Vereinbarungen. Dazu hat die Bundesregierung in Wien entsprechende Initiativen ergriffen, die auch von den anderen Ländern aufgegriffen worden sind.

Dazu gehört aber zweitens mit Sicherheit die Frage, inwieweit durch bundesgesetzliche und bundeseinheitliche Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland die Forderung nach einer verbesserten Vorsorge als Reaktion auf sicherlich nicht zu leugnendes Kompetenzgerangel infolge des Reaktorunglücks in der Sowjetunion erfüllt werden kann.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 18. Juli 1986 einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem er die Bundesregierung zu folgendem auffordert — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —:

„Die Bundesregierung wird gebeten,

1. unter Beteiligung der Länder Dosisgrenzwerte für die Bevölkerung festzulegen, bei deren Überschreitung bestimmte Gesundheitsvorsorgemaßnahmen erforderlich sind,
2. auf der Grundlage Berechnungsverfahren zu erstellen, mit deren Hilfe ...“

— ich will das hier nicht alles im einzelnen vorlesen —

„3. zu prüfen, ob und inwieweit zur Anordnung behördlicher Maßnahmen rechtliche Ermächtigungen zu schaffen sind, die dann auch die Haftungs- und Entschädigungsfragen abdecken müssen.“

Meine Damen und Herren! Die Länder haben mit diesem Beschluß des Bundesrates — ich betone das; denn dieses ist in einer so wichtigen und an Parteigrenzen schon allemal nicht haltmachenden Frage doch sehr wichtig — einvernehmlich deutlich gemacht, daß sie dieses von der Bundesregierung fordern.

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Strahlenschutzvorsorgegesetzes vorgelegt, das dem Minimierungskonzept folgt

(Lachen bei den Grünen)

und damit der Forderung der Bevölkerung gerecht wird, im Ernstfall die Fragen einer gesundheitlichen Gefährdung auf ein Minimum zu reduzieren, soweit das in diesem Bereich überhaupt in unserer Hand liegt, gerade wenn die Gefährdungen aus dem Ausland zu uns herüberkommen. Dieser Gesetzentwurf liegt uns nunmehr vor, und er muß in seinen technischen Details sicherlich auch beraten werden. Daran sind die Bundesländer ja auch beteiligt.

Auf der anderen Seite ist es aber völlig unakzeptabel, wenn die sozialdemokratischen Länder im Bundesrat eine einstimmige Resolution fassen, durch die die Bundesregierung aufgefordert wird, einen solchen Gesetzesschritt zu unternehmen, sich aber dann, wenn die Bundesregierung dieser einstimmigen Entschließung des Bundesrates folgt, im Bundestag hinzustellen und von Ermächtigungsgesetz zu sprechen und damit im Grunde in Deutschland eine Vorsorge in Sachen Strahlenschutz zu verhindern. Das ist die Realität sozialdemokratischer Politik!

(Beifall bei der CDU.)

Dieses ist nicht eine Frage des Wie, um das gleich aufzugreifen. Aus den Reden im Deutschen Bundestag sind zwei Dinge klargeworden: Die Sozial-

demokraten dort waren der Meinung, man müsse Grenzwerte in einem Gesetz festlegen. Jeder, der sich mit der Problematik von Technik und Gesetz, von Jurisprudenz und Wissenschaft beschäftigt, wird wissen, daß es ausgesprochen schwierig ist, in einem Gesetz Dinge zu formulieren, die nachher der Realität nicht angepaßt werden können. Deswegen ist die Verordnung das einzig richtige Mittel, um der Vorsorgeverantwortung der Bundesregierung gerecht zu werden.

Wir sind deswegen der Meinung, daß wir von hier aus das Bemühen der Bundesregierung bei den Konsequenzen aus dem Reaktorunfall in der Sowjetunion klar und deutlich unterstützen und signalisieren sollten, daß der Niedersächsische Landtag das Bemühen des Bundestages und der Bundesregierung um eine verbesserte Vorsorge in diesem Bereich nachhaltig unterstützt und sich nicht an solchen Fragen aufhängt, wie die Sozialdemokraten und die Grünen dieses im Bundestag dokumentiert haben.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Grill. — Das Wort hat der Abgeordnete Bartels für die Fraktion der SPD.

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist genau so gelaufen, wie ich es erwartet hatte. Lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen dazu machen:

Erstens. Ich habe in der Tat Verständnis für die Kollegen der CDU-Fraktion in diesem Hause, wenn sie nach den Pannen, nach den Peinlichkeiten, die dem zuständigen Minister für Bundesangelegenheiten in Niedersachsen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl passiert sind, nach der katastrophalen Informationspolitik und der schlimmen Verharmlosung, die von diesem Minister während dieser Zeit geleistet wurde,

(Oestmann [CDU]: Das ist ja nun schlicht falsch!)

heute demonstrieren wollen, daß sie aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl Lehren gezogen haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage Ihnen, es ist in der Tat grotesk, daß Sie das gerade an dem Strahlenschutzvorsorgegesetz festmachen wollen. Ich werde es gleich belegen.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von den Grünen.)

Zweitens. Ich sage Ihnen das Folgende ganz deutlich und werde von Ihnen mit Sicherheit Widerspruch bekommen, wenn ich es so sage: Wir beginnen, uns mit dem Strahlenschutzvorsorgegesetz auf den Alltag nach einer nuklearen Katastrophe, ob im militärischen oder im zivilen Bereich, einzustellen. Ich kritisiere dieses nicht, aber ich sage Ihnen ganz deutlich, Herr Oestmann: Dieses kann nur ein Schritt sein. Der zweite Schritt, der getan werden muß, wenn Sie aus Tschernobyl wirklich Lehren ziehen wollen, ist der, mit uns gemeinsam aus der risikobelasteten Kernenergie auszusteigen.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist eine falsche Politik, meine Damen und Herren, sich nur um die Wirkungen und nicht um die Ursachen eines nuklearen Störfalles zu kümmern.

Das Ziel des Gesetzes — der Kollege Grill hat es beschrieben — ist ein koordiniertes Vorgehen zwischen Bund und Ländern. Diese Zielsetzung ist zu begrüßen. Nur, die Art und Weise, wie dieses Gesetz erarbeitet und eingebracht worden ist, sowie die Inhalte dieses Gesetzes konterkarieren diese Zielsetzung von vornherein.

(Grill [CDU]: Sie haben es nicht gelesen, Herr Bartels!)

Ich sage Ihnen noch deutlicher und nehme damit Bezug auf die aktuellen Beratungen in den Bundsratsausschüssen: Das Gesetz ist in den Ausschüssen nicht besser geworden. Es ist in Hast und Eile dort durchgepeitscht worden.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist auch in den Ministerien in Hast und Eile gestrickt und an der Länderkammer vorbei als Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP in den Bundestag eingebracht worden. Eine Abstimmung mit den Bundesländern, die dieses Gesetz ja mittragen müssen, hat es in dieser Frage weder im formellen noch im informellen Bereich gegeben.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Wenn man sich den materiellen Gehalt des Gesetzes ansieht, dann erkennt man unschwer, daß dem Bundesumweltminister und der Bundesregierung eine uneingeschränkte Ermächtigung zum alleinigen Handeln gegeben werden, und nur darum geht es ja. Die Bundesländer werden durch das Gesetz, wenn es in Kraft tritt, entmündigt. Sie spielen letztlich nur noch die Rolle der Meßinstrumente. Daran ändert auch das nichts, was in den Bundsratsausschüssen in der letzten

Bartels

Woche und am Anfang dieser Woche dazu beraten worden ist. Das Gesetz ist durch diese Beratungen in sich eher noch unschlüssiger geworden, als daß es schlüssig und zustimmungsfähig geworden wäre.

Ich will das nun belegen. Der Gesetzentwurf legt keine rechtsverbindlichen Dosis- und Belastungswerte für ausgewählte Lebens- und Futtermittel sowie für Bodenbelastungen fest. Dieses bleibt späteren Rechtsverordnungen vorbehalten, für die dem Bundesumweltminister uneingeschränkte Vollmacht erteilt wird. Offen ist die Frage — auch dieses regelt nicht der Gesetzentwurf —, wann denn nun diese Rechtsverordnungen erlassen werden. Die Äußerungen des Bundesumweltministers deuten darauf hin, daß er sie erst im Schadensfall erlassen will. Außerdem, Herr Kollege Grill, werden diese Grenzwerte dann nicht nach dem Minimierungsgebot festgelegt, wie Sie es hier dargestellt haben, sondern nach dem Opportunitätsprinzip.

(Beifall bei der SPD. — Grill [CDU]: Doch; immer nach dem Minimierungsgebot!)

Zweiter Punkt. Sehen Sie sich das Gesetz an. Im Falle der Eilbedürftigkeit — § 6 regelt dieses — sieht der Entwurf ein Notstandsrecht für den Umweltminister vor, das auch deutlich macht, daß die Länder wiederum nicht beteiligt werden. Das Gesetz sagt auch, daß die Verhaltensregeln nur der Bundesminister geben darf.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Erstens. Dieser Gesetzentwurf, den Sie hier bejubeln wollen, ist nicht im entferntesten dazu geeignet, das verlorengegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Ehrlichkeit, in die Zuverlässigkeit und in die Angemessenheit staatlichen Handelns wiederherzustellen.

Zweitens. Die Bundesregierung hat ebenso wie die Bundesratsausschüsse — sicherlich auch unter wahltaktischen Gesichtspunkten — unter Ausschaltung der Bundesländer hastig einen Gesetzentwurf erarbeitet, bei dem der vorsorgende Gesundheitsschutz — hierauf lege ich den Akzent — auf der Strecke geblieben ist und bei dem dazu noch die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet wird. Der Bundesminister für Umwelt schafft sich einen Kompetenzrahmen, den er ausfüllen kann, den er im Ernstfall aber nicht ausfüllen muß. Dieser Gesetzentwurf ist in dieser Form für uns nicht zustimmungsfähig, auch nicht das, was die Bundesratsausschüsse in den letzten Tagen dazu beraten haben. Ich sage ganz deutlich: Hören Sie einmal bei Ihren Kollegen in den B-Ländern herum. Dann werden Sie hören, wie unzu-

frieden sie mit diesem Gesetzentwurf sind und wieviel Änderungsvorschläge sie machen würden, wenn sie nicht aus wahltaktischen Gründen den Mund halten müßten. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Bartels. — Das Wort hat zunächst Herr Minister Dr. Remmers, anschließend der Abgeordnete Kempmann für die Fraktion der Grünen.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung möchte ich zu diesem Antrag im Rahmen der Aktuellen Stunde erklären, daß uns die Ereignisse nach Tschernobyl natürlich deutlich gezeigt haben, daß wir ein geeignetes Instrumentarium brauchen, um genau festzustellen, was Sache ist und wie wir die Bevölkerung informieren können. Wenn wir nun mit einem Gesetzentwurf, der im Bundestag und im Bundesrat parallel beraten wird, darangehen, ein solches Instrumentarium zu entwickeln, dann sollte man nicht gleich mit Vokabeln wie „Das sind Notstandsgesetze, die hier geschaffen werden“ um sich werfen, Herr Bartels,

(Bartels [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

sondern hier geht es um das ehrliche Bemühen von Bundesregierung und Bundesrat, ein Instrumentarium zu erarbeiten, um aus der — wie wir alle meinen — verunglückten Reaktion auf die Ereignisse in Tschernobyl die Konsequenzen zu ziehen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das in Zukunft besser wird. Das ist das ehrliche Bemühen, und das sollte man zunächst einmal respektieren.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie sagen, es sei viel wichtiger, daß man sich darüber unterhält, wie wir denn nun aussteigen können usw., dann kann ich nur sagen: Darüber können wir uns gern unterhalten. Nur, aber auch dann, wenn wir Ihre Theorie, daß es nämlich möglich ist, in zehn Jahren auszusteigen, zugrunde legen, brauchen wir immer noch Regelungen und müssen diese Regelungen haben. Im übrigen sagen wir ja auch zu Recht, daß wir sie wegen der internationalen Situation sowieso noch brauchen. Das ist aber eine ganz andere Frage, meine Damen und Herren. Ich sage hier: Dieser Schritt, diesen Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundestag und im Bundesrat parallel zu beraten, ist eine vernünftige Sache. Ich füge hin-

zu, daß der Bundesrat schon im Juli 1986 — das wird schnell vergessen — eine EntschlieÙung gefaÙt hat.

(Bartels [SPD]: Das hat Grill schon zitiert!)

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Voraussetzungen für ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern zu schaffen. Die Bundesregierung hat dies aufgegriffen und in ihrem Arbeitsprogramm eine gesetzgeberische Initiative angekündigt und sie nunmehr auch in die Wege geleitet. Der von der Bundesregierung jetzt vorgelegte Entwurf eines Strahlenschutzgesetzes soll das bewirken, was ich bereits einleitend gesagt habe.

Nun möchte ich noch darauf hinweisen, wo und wie wir auch seitens der Niedersächsischen Landesregierung konstruktiv mitarbeiten werden, um diesen Gesetzentwurf in einer Reihe von Punkten zu verbessern. Ich möchte hier in der Aktuellen Stunde wenigstens drei Punkte erwähnen.

1. In der Umweltüberwachung und der Bewertung der MeÙdaten sollen einheitliche und klare Strukturen geschaffen werden.
2. Die Aufgaben der Länder sollen im Auftrag des Bundes durchgeführt werden, so daß die angestrebte Einheitlichkeit gewährleistet ist.
3. Die Länder sollen ein Zugriffsrecht auf die Daten aus den BundesmeÙnetzen erhalten.

Es gibt noch eine Reihe von weiteren Einzelheiten. Ich sage Ihnen: Hier werden wir mit allen Bundesländern und dem Bund in einer äußerst konstruktiven Weise zusammenarbeiten, um auf der Basis dieses Gesetzentwurfs zu einem Ergebnis zu kommen, angesichts dessen wir sagen können: Jawohl, das ist etwas, in das auch die besonderen Interessen des Landes sowie unsere sachlichen und fachlichen Überlegungen eingeflossen sind. — Alles, was ich in den bisherigen Verhandlungen, in die wir unterdessen längst eingeschaltet sind, habe erreichen können, deutet darauf hin, daß wir zu einer guten, in der Sache richtigen und auch die Länderinteressen und -kompetenzen berücksichtigenden Regelung kommen werden.

Ich sage deshalb, daß die Landesregierung diesen Gesetzentwurf begrüÙt. Sie begrüÙt ferner ausdrücklich, daß in dem Entwurf eine Ermächtigung des Bundes zur Festlegung von Dosisgrenzwerten und Berechnungsverfahren über Strahlenbelastung unter Beteiligung der Länder vorgesehen ist. Ebenso unterstützen wir das Ziel bundes einheitlicher Empfehlungen zur Minimierung der Strahlenbelastung.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle sind uns darüber einig, daß die Strahlenschutzgrenzwerte von Bund und Ländern unter Beteiligung von Sachverständigen sehr sorgsam festgelegt werden müssen. Wir wissen, daß der wichtigste Grundsatz unseres Strahlenschutzes — das wird häufig vergessen — darin besteht, Strahlenbelastungen soweit wie möglich überhaupt zu vermeiden. Das ist ein Grundsatz, der auch für die Bereiche unterhalb von gesundheitlichen Gefahrenschwellen gilt. Dieses Grundgesetz des Strahlenschutzes müssen wir bei den künftigen Beratungen immer im Auge behalten.

Ich kann also nur sagen: Wir werden konstruktiv mitarbeiten. Ich glaube, daß wir damit einen wichtigen Beitrag gerade in Konsequenz aus den Erfahrungen leisten werden. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Herr Abgeordneter Kempmann!

Ich weise die Redner zwischendurch noch einmal darauf hin, daß die untere Uhr bei fünf Minuten beginnt und gegen Null läuft. Eine Minute vor Ende leuchtet die rote Lampe auf. — Das richtet sich aber nicht gegen Sie, Herr Minister. Sie haben die Zeit genau eingehalten!

(Bartels [SPD]: Das war ja etwas Positives!)

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Atomstaat — das ist bekannt — hat seine eigenen und sehr undemokratischen Gesetze, und zwar insbesondere dann, wenn Atomfabriken versagen und Katastrophen wie die von Tschernobyl eintreten. Es ist bekannt, daß der Atomstaat und seine Repräsentanten in Industrie und Politik — sie sitzen auch hier — allein um des Profits willen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger mißachten und die Grundrechte nach ihren Interessen einschränken. Das wird auch bei dem in Bonn vorgelegten Gesetzentwurf deutlich.

Erinnern wir uns: Als nach Tschernobyl die großflächige radioaktive Verseuchung nicht mehr zu verheimlichen war, wurden von der Bundesregierung, aber eben leider auch von dieser Landesregierung, Grenzwerte für Nahrungsmittel festgelegt, die für Tausende von Menschen in diesem Lande in den nächsten Jahren den ebenso sicheren wie elenden Strahlentod bedeuten werden. Die Universität Kalifornien spricht von weltweit rund 1 Million Krebskranken und von rund

Kempmann

500 000 Krestoten infolge von Tschernobyl, das Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung spricht für die Bundesrepublik von 15 000 bis 60 000 Menschen, die an Strahlenkrebs zugrunde gehen werden. Diese Menschen werden sterben, weil Sie Grenzwerte festgelegt haben, die nichts anderes sind als das Produkt einer Kosten-Nutzen-Analyse, in der abgewogen wird zwischen den finanziellen Folgen eventueller Entschädigungsforderungen auf der einen Seite und den Folgen für die Gesundheit der Menschen auf der anderen Seite.

Bei dieser Regierung haben die Menschen eben Pech, und die Industrie hat Glück. Das wundert mich auch nicht bei einer Partei, deren hervorragendster Atomfachmann, Ihr Bundestagsabgeordneter Warrikoff, sich demnächst wegen des illegalen Betriebs von Atomanlagen vor Gericht verantworten muß.

(Beifall bei den Grünen.)

Das wundert mich auch nicht bei einer Partei, in der ein Herr Albrecht, offenbar leicht berauscht, davon schwafeln kann, daß die Sache mit der Radioaktivität — hören Sie genau zu! —

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Der hört schon wieder nicht zu!)

halt so sei wie mit dem Alkohol: Ein bißchen schadet gar nichts. — Das ist Ihre Meinung dazu.

Das einzige, was Union und FDP als Folge von Tschernobyl wirklich fürchten, ist nicht die radioaktive Verseuchung, sondern die Unruhe in der Bevölkerung, das ist die Gefahr, hier könnte etwas aus dem Ruder laufen, das ist die Gefahr, das Atomprogramm könnte Schaden nehmen. Deshalb sind Sie der Meinung, Ruhe und Ordnung sei die erste Bürgerpflicht. Genau deshalb wollen Sie in Zukunft mit Hilfe dieses Gesetzes einer Landesregierung wie der in Hessen, die auf Drängen von Joschka Fischer die niedrigsten Grenzwerte festgesetzt hat, den Mund stopfen.

(Oestmann [CDU]: Wo hat er die denn her?)

Mit diesem Gesetz wollen Sie aber auch im nachhinein die skandalöse und faktische Außerkraftsetzung der Strahlenschutzverordnung durch Wallmann legalisieren. Die moralische Rechtfertigung für Ihr Tun hat neulich Heiner Geißler gegeben. Er hat gesagt — ich zitiere —:

„Wer der Auffassung ist, mit dem Tod sei alles zu Ende, der kann halt mit dem Restrisiko naturgemäß weniger gut leben als derjenige, der diese irdische Existenz als eine

vorläufige und gleichzeitig auf ein ganzheitlich unendliches Ziel ausgerichtete begreift.“

(Lachen und Beifall bei den Grünen.)

Das ist die verquarzte Haltung Ihrer Führer zur christlichen Ethik. Das Ergebnis zeigt sich in Ihren Gesetzen.

(Grill [CDU]: Würden Sie die gesamte Rede einmal lesen?)

Sie weigern sich aber auch deshalb, Grenzwerte festzuschreiben, weil Sie gerade wieder dabei sind, für 4 000 weitere Bundesbürger den Strahlentod in Kauf zu nehmen. Diese werden nämlich sterben,

(Zuruf von Grill [CDU])

wenn das verseuchte Winterfutter in die Nahrungskette kommt.

Die Furcht vor einer weiteren Verschärfung der Energiedebatte macht Sie handlungsunfähig. Deshalb ist das Strahlenschutzvorsorgegesetz nichts anderes als ein Gesetz, das die Strahlenquellen vor den Bürgern schützt und nicht die Bürger vor den Strahlenquellen.

(Beifall bei den Grünen.)

Es ist in Wahrheit ein Ermächtigungsgesetz, das den Umweltminister dazu ermächtigt, mit Hilfe einer Verordnung über die Verseuchung der Bevölkerung zu entscheiden, und zwar ohne Kontrolle durch Parlamente nach dem Motto „Der Atomstaat liebt das Dunkel, und er scheut das Licht“. Ein Gesetz — das können Sie nachlesen —, das weder Inhalt noch Zweck noch Ausmaß der geplanten Ermächtigung festlegt, ist verfassungswidrig. Ich empfehle Ihnen, unter diesem Gesichtspunkt den Artikel 80 des Grundgesetzes zu lesen; dann werden Sie das feststellen.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Wir sind natürlich auch der Meinung, daß es einer gesetzlichen Grundlage zur Begrenzung der Radioaktivität in Lebensmitteln bedarf, solange weltweit noch ein einziges AKW läuft und solange es auf dieser Welt noch eine einzige Atomrakete gibt. Dabei ist selbstverständlich, daß die gesetzlich — das ist wichtig — festgelegten Grenzwerte entsprechend dem Strahlenminimierungsgebot unter den Grenzwerten der Strahlenschutzverordnung — dort gilt allein das 30 mrem-Konzept — liegen. Was Sie machen wollen, ist das Gegenteil. Sie wollen die aktuelle Belastung in Bayern — nach Aussagen der Strahlenschutzkommission 5 rem bis 7 rem — im Ordnungswege legalisieren. Das hat mit Gesundheitsvorsorge überhaupt nichts zu tun.

Hinzu kommt — damit will ich dann auch schließen —, daß das, was Sie in die Berechnungsgrundlage einführen wollen, nämlich den Sterblichkeitsfaktor, wirklich das allerletzte ist. Sie nehmen damit nämlich billigend in Kauf — § 6 Ihres Gesetzentwurfs —, daß Schilddrüsenkrebs, weil der nicht sofort zum Tode führt, von der Bevölkerung eben hinzunehmen ist.

(Zuruf.)

— Da können Sie laut schreien. Sie müssen da einmal hineinschauen! — Ich habe die Hoffnung, daß das Land Hessen dieses Gesetz — sollte es in Kraft treten — im Wege der Organklage beim Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen wird.

(Zuruf von Grill [CDU].)

Abschließend noch folgendes: Das einzige, was wirklich vor Radioaktivität schützt, ist die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und in dem Zusammenhang natürlich auch die Stilllegung der unionsgeführten Bundesregierung. In diesem Sinne sehe ich dann auch dem Januar mit Freude und Zuversicht entgegen.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska für die Fraktion der FDP.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Unfall in Tschernobyl hat uns in der Bundesrepublik — das ist wahr — tatsächlich unvorbereitet getroffen, unvorbereitet hinsichtlich der Kompetenzen, hinsichtlich der Informationsstränge und hinsichtlich der Maßnahmen zur Vorsorge gegen Kontamination durch Lebensmittel. Daß er uns so getroffen hat, hat die ganze Bevölkerung betroffen. Es hat die Verbraucher betroffen, es hat die Erzeuger betroffen, insbesondere die von Gemüse, und es hat den Einzelhandel betroffen. Die FDP begrüßt daher den im Bundesrat einstimmig verabschiedeten Entschließungsantrag, nach dem die Bundesregierung durch ein Gesetz hieraus die Konsequenzen ziehen soll. Hieran waren ja auch die Grünen beteiligt. Das Land Hessen war beteiligt.

(Zuruf von Kempmann [Grüne].)

Wenn Herr Joschka Fischer schon Verantwortung in Hessen trägt, Herr Kollege Kempmann,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Wieder nicht zugehört!)

dann muß er diese Verantwortung auch bis zu Ende tragen, dann muß er zu dieser Aufforderung stehen. Wenn dann die Bundesregierung dieser Aufforderung nachkommt,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

dann können Sie das nicht kritisieren.

(Kempmann [Grüne]: Hätten Sie mir zugehört, hätten Sie das jetzt nicht gesagt!)

— Im übrigen muß ich Ihnen sagen, Herr Kempmann, daß es schon eine Katastrophe ist, Ihnen zuzuhören.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von den Grünen.)

Sie haben uns hier erzählt, daß wir durch die Grenzwerte, die wir in der Bundesrepublik, z. B. im Land Niedersachsen, festgelegt hätten, billigend Tausende von Strahlentoten in Kauf genommen hätten.

(Zuruf von den Grünen: So ist es! — Weitere Zurufe von den Grünen.)

Wenn Sie das so sagen, dann spricht das entweder für Ihre völlige Ignoranz auf diesem Gebiet oder Sie zeigen damit, daß Sie in Kenntnis der Daten über die Folgen von Strahlen für die menschliche Gesundheit, in Kenntnis der entsprechenden Statistiken, durch Ihre Worte hier im Landtag eine erneute Verunsicherung in die Bevölkerung tragen, was noch viel schlimmer wäre, was eine weitere Katastrophe wäre.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich möchte jetzt drei Punkte aufgreifen, die Herr Bartels angesprochen hat, und darauf kurz eingehen. Erstens möchte ich auf Ihre Kritik an dem Gesetzentwurf eingehen. Wenn wir einheitliche Kompetenzen festlegen wollen, dann geht das immer zu Lasten eines anderen, dessen nämlich, der Kompetenzen verliert. Ich würde es sogar begrüßen, wenn wir diese Kompetenzen auf die EG-Ebene verlegten.

Zweitens. Das Minimierungsgebot wird ja gerade dadurch erfüllt, daß wir in dem Wissen, daß wir keine festen Grenzen festlegen können, wie das bei manchen toxischen Stoffen möglich ist — z. B. bei manchen Arzneien gibt es eine ganz scharfe Grenze zwischen der therapeutischen Dosis und der toxischen Dosis —,

(Zuruf von Kempmann [Grüne])

die Möglichkeit schaffen, flexibel zu sein, so flexibel, daß dann, wenn es denn möglich ist, die Grenze noch tiefer gesetzt werden kann, so daß

Dr. Hruska

die Belastung noch unter der liegt, die die Menschen in Chile seit Tausenden von Jahren aufgrund der natürlichen Strahlenbelastung ertragen müssen.

(Zuruf von Bartels [SPD].)

Das Minimierungsgebot ist also dadurch erfüllt, daß wir solche Grenzen eben nicht festlegen. Das Gesetz wird uns die Möglichkeit geben, über Dosiswerte zu sprechen, diese Dosiswerte in Millisievert umzurechnen und damit die Kontaminationswerte der Lebensmittel zu berechnen, je nach dem Warenkorb, den wir festlegen.

In diesem Gesetz haben wir die richtigen und flexiblen Antworten. Nur dadurch ist Minimierung möglich; denn wenn Sie Werte genau festlegen, können Sie nicht mehr unter den Wert minimieren, den Sie einmal festgelegt haben. Hierdurch ist also eine bessere Möglichkeit gegeben.

Was die Eilbedürftigkeit anbelangt und die Frage, ob hier die Bundesregierung allein zuständig sein sollte, so hat gerade Tschernobyl gezeigt, daß ein Gesetzgebungsverfahren mit Beteiligung des Bundesrates bei der Festlegung solcher Werte gar nicht möglich gewesen wäre, daß wir gerade dann dieses Minimierungsgebot nicht hätten erfüllen können. Wir brauchen dieses Gesetz, und wir brauchen dieses Gesetz auch, wenn Sie sich mit Ihrer Absicht durchsetzen sollten, von heute auf morgen alle Kernkraftwerke abzuschalten. Ich habe übrigens noch gar nicht gehört, daß Sie gegen die Wiederinbetriebnahme und gegen die Weiterführung des Werkes in Tschernobyl protestiert haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

An die Adresse der Grünen gerichtet, muß ich sagen: Solange wir Kernkraftwerke haben, brauchen wir eine entsprechende Vorsorge. Die Bundesregierung ist mit diesem Gesetz auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke sehr. — Das Wort hat Minister Dr. Remmers.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es völlig normal — das gehört zum Parlament —, daß wir uns hier streiten und unsere Meinungen austauschen über die Fragen: Was versteht man unter Minimierungsgebot? Wie machen wir das am besten? Welche Regelungen treffen wir als Konsequenz aus Tschernobyl? Wir sol-

len und dürfen uns unsere jeweiligen Auffassungen wechselseitig vorhalten bzw. sie kritisieren. Ich habe gelernt, daß Demokratie institutionalisierter Streit ist, aber eben in der Sache, indem wir versuchen, uns gegenseitig zu sagen: Ich akzeptiere deine Auffassung, ich akzeptiere, daß du sie so vertrittst, aber ich meine, dagegen muß ich folgendes sagen. Was vorhin von den Grünen gemacht worden ist, daß sie mit Verunglimpfungen gearbeitet haben, daß sie der Regierung unterstellt haben, sie handele unverantwortlich, sie nehme den Tod von Tausenden von Menschen in Kauf, das ist doch keine sachliche Auseinandersetzung mehr,

(Kempmann [Grüne]: Das wollen Sie nicht hören; deswegen halten Sie es für unsachlich! — Aller [SPD]: Denken Sie einmal an vorhin!)

sondern das ist eine Verunglimpfung von Politik, von Demokratie, und damit verlassen Sie die Basis des Parlamentarismus und der Demokratie!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich weise es in aller Form zurück, wenn man hier sagt, daß unsere zuständigen Stellen wissend und billigend in Kauf genommen haben, daß hier Tausende an Krebs sterben. Dies ist eine falsche Aussage, und dies ist vom Stil her eine Unmöglichkeit in der parlamentarisch-demokratischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von Kempmann [Grüne] und Mönninghoff [Grüne].)

— Melden Sie sich doch zu Wort! Schreien Sie doch nicht herum!

(Heiterkeit bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Bitte keine Wortmeldung mehr! Ich könnte sie nicht zulassen!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Sie haben gesagt, die Bundesregierung solle stillgelegt werden. Nun will ich Ihnen einmal sagen, was Sie verdient haben: Sie müssen nicht rückholbar endgelagert werden!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Kempmann [Grüne]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Wir sind damit am Ende der Beratung des ersten Themas der Aktuellen Stunde.

Ich rufe nun auf:

Konsequenzen aus der jüngsten Waldschadenserhebung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/193

Wer von der Fraktion der Grünen möchte sprechen? — Bitte sehr, Frau Abgeordnete Schole! In Zukunft geben Sie bitte vorher möglichst eine schriftliche Wortmeldung ab.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wiederum eine negative Waldschadensbilanz in diesem Jahr. Das Waldsterben schreitet weiter fort. In Südniedersachsen, im Harz, an der Küste sind besonders verheerende Ausmaße des Waldsterbens zu verzeichnen. Die Entwicklung bei den Laubbäumen gibt zu allergrößter Besorgnis Anlaß. 59 % aller Buchen und 56 % aller Eichen sind bereits erkrankt, 18 % dieser Bäume bereits so, daß sie nicht mehr zu retten sind.

Vor einem Jahr waren es erst halb soviel. Hinzu kommt, daß in diesem Anteil von 18 % auch junge, kräftige Bäume enthalten sind. Das heißt, diese Statistik ist geschönt.

Bei den Bäumen, die mehr als 60 Jahre alt sind, sieht es noch wesentlich schlechter aus. Bei den mehr als 60jährigen Buchen stieg der Anteil der nicht mehr zu rettenden Bäume von 4 % im Jahr 1984 über 10 % im Jahr 1985 auf 26 % im Jahr 1986. Auch diese Bilanz erscheint besser, als sie ist. Denn in dieser Bilanz sind die toten Bäume, die ausgeholzt worden sind, nicht enthalten. Auch die ausgeholzten Fichten und Tannen — bei diesen Baumarten ist der Hieb zu 100 % schadensbedingt — werden durch die Statistik nicht mehr erfaßt.

Meine Damen und Herren! Würde diese Entwicklung heute gestoppt, so wäre trotzdem ein Drittel der Altbuchenbestände verloren. Geht diese Entwicklung so weiter — und es ist so, daß diese Entwicklung weitergeht —, dann haben wir tatsächlich in zwei Generationen keinen Wald mehr. Geht sie so weiter wie bisher, werden wir mit lebensbedrohenden Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts rechnen müssen, sowohl was die Verfügbarkeit des Trinkwassers als auch was den Zustand unserer Oberflächengewässer angeht. In meinem Wahlkreis im Hils sind zum Beispiel sämtliche Bäche aufgrund des sauren Regens tot.

(Grill [CDU]: Was? Wie können Sie den Beweis dafür antreten?)

Ohne Wald haben wir keine Speicherkapazität des Bodens, haben wir kein Trinkwasser.

(Vajen [CDU]: Was trinken Sie denn da?)

Wir haben keine saubere Luft, wir haben eine verminderte Sauerstoffbildung. Ohne Wald kommt es zum Aussterben einer großen Zahl von Tier- und Pflanzenarten.

Angesichts der Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung zur Reduzierung dieser Schadstoffe kann man nicht umhin anzunehmen, daß weder die Bundesregierung noch die Niedersächsische Landesregierung das Ausmaß der sich anbahnenden Umweltkatastrophe auch nur annähernd erfaßt haben.

(Zustimmung bei den Grünen. — Vajen [CDU]: Aber Sie haben das erfaßt, ja?)

Die Bundesregierung erläßt eine Großfeuerungsanlagenverordnung, die durch die außergewöhnliche Definition des Begriffs der Altanlagen charakterisiert ist und die eine ausreichende Reduzierung der SO₂-Belastung verhindert. Die Landesregierung schließt sich dem an — Stichwort Buschhaus. Der gegenwärtige Stand der Luftreinhaltung entspricht in keiner Weise dem Stand der technischen Möglichkeiten, auch in Niedersachsen nicht. Entsprechende Maßnahmen werden auch in Niedersachsen nicht gefördert. Die Landesregierung unternimmt auch nichts, um sicherzustellen, daß die Entschwefelung von Großkraftwerken in Niedersachsen schneller durchgeführt wird, als es in der Verordnung vorgesehen ist.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Die Durchschnittsgeschwindigkeit auf den bundesdeutschen Autobahnen ist im letzten Jahr wiederum um 3 % gestiegen. Die Bundesrepublik steht als einziges Land in ganz Europa ohne eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung als unrühmliches Schlußlicht da. Die Niedersächsische Landesregierung hat es verstanden, in Niedersachsen und auch in der Bundesrepublik die Einführung eines Tempolimits zu verhindern.

Stickoxide, die größtenteils vom Autoverkehr emittiert werden, sind für das Waldsterben mindestens ebenso zentral verantwortlich wie das Stickstoffdioxid. Die steuerlichen Regelungen zur Stickoxidreduzierung im Autoverkehr sind ein entsetzliches Trauerspiel.

(Beifall bei den Grünen.)

Der Erfolg der Maßnahmen bisher: Die vom Straßenverkehr emittierten NO_x-Mengen sind gegenüber 1984 um 4,5 % und gegenüber dem Vorjahr um 2 % gestiegen.

(Zustimmung von Schörshusen [Grüne].)

Frau Dr. Schole

Meine Damen und Herren! Derzeit sind etwa drei Millionen Pkw in der Bundesrepublik als schadstoffarm anerkannt. Jedoch bei nur 1 % der 25 Millionen zugelassenen Pkw ist — bewirkt durch den Dreiwegkatalysator — tatsächlich eine Verminderung des Stickoxidausstoßes eingetreten. Alle anderen als schadstoffarm definierten Autos sind Kleinwagen oder Dieselfahrzeuge. Das heißt, sie wurden als schadstoffarm eingestuft, ohne daß ein Gramm weniger an Schadstoffen emittiert würde.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Das Waldsterben stellt für Natur und Mensch eine existentielle Bedrohung dar. Ich hoffe sehr, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Niedersächsische Landesregierung dies endlich begreifen und dieser Erkenntnis Taten folgen lassen mögen.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Frau Kollegin Schole, auch für die gute Einhaltung der Redezeit. — Das Wort hat der Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg ein Wort zur Schadenssituation sagen. Die Waldschadeninventur für Niedersachsen weist in diesem Jahr eine Zunahme der Schäden um einen Prozentpunkt, also eine Steigerung von 36 % auf 37 %, aus. 26 % der Waldbestände müssen danach als leicht geschädigt, 11 % als deutlich geschädigt angesehen werden.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Der Schadensverlauf ist unterschiedlich. Er ist weniger stark bei den Nadelhölzern; eine deutliche Zunahme ist allerdings bei den Laubhölzern festzustellen. Mit anderen Worten: Es gibt überhaupt keinen Grund, von einer Gesundung oder von einer Verbesserung der Situation zu sprechen, und es gibt überhaupt keinen Grund zur Entwarnung auf diesem Gebiet. Darin, so glaube ich, besteht Einigkeit. Einigkeit besteht auch wohl darin, daß die entscheidenden Ursachen für die Waldschäden in den Luftschadstoffen und in deren Umwandlungsprodukten liegen. Auch insoweit sehe ich keine Meinungsverschiedenheiten. Auch die indirekte Wirkung der Luftverun-

reinigung auf das Ökosystem Wald konnte bestätigt werden.

(Schörshusen [Grüne]: Denken Sie an Buschhaus!)

Meine Damen und Herren! Deshalb ist auch die Luftreinhaltepolitik das entscheidende Instrument zur Überwindung der Waldschäden. Hierbei gilt es eben, vor allem die Ursachen zu bekämpfen. Ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Luftreinhaltung ist eingeleitet worden. Wir können darauf vertrauen, daß er Wirkung zeigen wird. Der Einbau von Abgasreinigungsanlagen im Industrie- und Verkehrsbereich wird zunehmend vorangetrieben. Alle in Niedersachsen mit Rauchgasentschwefelungsanlagen nachzurüstenden Kraftwerke werden ihre Anlagen ein bis zwei Jahre vor dem gesetzlich festgelegten Termin — auch das zu dem Vorwurf, Niedersachsen hätte auf diesem Gebiet nichts getan — in Betrieb nehmen. Die Schwefeldioxidemissionen durch Großfeuerungsanlagen werden dadurch gegenüber 1983 auf rund ein Drittel zurückgehen. 1993, wenn die nicht nachgerüsteten Anlagen stillgelegt und kleinere Anlagen teilschwefelt sein müssen, ist mit einer Schwefeldioxid- und Stickoxidreduzierung auf rund ein Fünftel des Ausgangswertes zu rechnen. Der Einbau von Entschwefelungsanlagen in Kohlekraftwerken ist in Niedersachsen nach unserer Kenntnis als einzigem Bundesland durch nachträgliche Anordnung den Betrieben rechtsverbindlich bis Ende 1988 aufgegeben worden.

Wir haben auch ganz bewußt am vergangenen Freitag im Bundesrat der Entschließung zugestimmt, mit der gefordert wird, das bleifreie Benzin durch eine weitere Spreizung zu verbilligen. Wir können nur an alle appellieren, schon jetzt von der Möglichkeit des Kaufs des billigeren bleifreien Benzins umfassend Gebrauch zu machen.

Ich füge an dieser Stelle allerdings hinzu, meine Damen und Herren: So wichtig und richtig es ist, daß wir diesen Weg konsequent weitergehen, so wichtig bleibt es auch, daß wir auf internationaler Ebene weitere Fortschritte erzielen; denn 50 % aller Schadstoffe in der Luft kommen nicht aus unserem Land, sondern aus Nachbarländern. Wir brauchen also Fortschritte in der EG, aber auch bei unseren östlichen Nachbarn. Daran will ich keinen Zweifel lassen.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch ein Wort zu der Forderung sagen, die Kernkraftwerke unverzüglich abzuschalten. Das paßt sich sehr gut an die vor-

herige Debatte im Rahmen der Aktuellen Stunde an. Wer wie die Grünen zwei Drittel aller Kernkraftwerke sofort abschalten will, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er, wie noch vor Tschernobyl, die Waldschäden nicht ernst nimmt. Meine Damen und Herren, wer noch vor zwei Jahren das Sterben des Waldes als eine Vorstufe des Sterbens der Menschheit gesehen hat und heute so tut, als spiele es keine Rolle, ob man Kernkraftwerke abschaltet oder nicht,

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Sie hätten zuhören sollen, was gerade gesagt worden ist! — Gegenruf von Vajen [CDU]: Sie sollten zuhören, was der Minister Ihnen zu sagen hat!)

der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß — mit der entsprechenden sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe — 30 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten zusätzlich verfeuert werden müßten, um das, was mit der Forderung, die Kernkraftwerke abzuschalten, verbunden wäre, aufzufangen zu können.

(Frau Pistorius [SPD]: Den Teufel mit Beelzebub austreiben!)

Meine Damen und Herren! Wir sind ja auf dem richtigen Wege. Ich will die forstwirtschaftlichen Maßnahmen, die nicht der Ursachenbekämpfung, sondern nur der Stabilisierung dienen — von der Kalkung bis hin zum Anbau resistenter, robuster Pflanzen —, nicht im einzelnen aufzählen. Wir sind sowohl in unseren eigenen Wäldern als auch — durch die Förderung des Landes — in den Privatwäldern auf einem guten Weg. 50 000 ha wurden im vergangenen Jahr gedüngt, 40 000 ha werden es in diesem Jahr sein.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister, wenn Sie Ihren Blick nach rechts richten, dann sehen Sie ein rotes Licht und die Sekunde 0. Sie haben das Recht, sich ein zweites Mal zu melden, wenn das erforderlich sein sollte.

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen. — Wir brauchen heute nicht über neue Maßnahmen nachzudenken; vielmehr werden wir die konsequente Politik der vergangenen Jahre im Hinblick auf die Überwindung der Waldschäden fortsetzen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Dann sieht es ja schlecht aus!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Bruns (Reinhausen) für die Fraktion der SPD.

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Ergebnis der Waldschadenserhebung 1986 für unser Land Niedersachsen gibt — das hat auch der Herr Minister gesagt — nicht den geringsten Anlaß zur Beruhigung oder zum Nachlassen bei allen Bemühungen, die zum Abbau der Belastungen sowie zur Gesundung und zum Überleben unserer Wälder beitragen. Zwar wurde — wie das von Ihnen hier auch schon gesagt wurde — in den Wäldern Niedersachsens im Jahre 1986 eine Zunahme der Schäden insgesamt um nur 1 %, und zwar von 36 auf 37 %, festgestellt; aber schon dieser Schadensanteil ist nicht hinnehmbar. Es kommt noch hinzu, daß 1986 ein Anstieg der Schäden allein bei den Laubbäumen um 12 % festgestellt wurde; der Schadenszuwachs bei den Eichen belief sich auf 9 %.

Es ist geradezu erschreckend, daß in dem laubholzreichen südniedersächsischen Bergland die Schädigung inzwischen auf 54 % angestiegen ist. Das ist nur 1 % weniger als in dem in Niedersachsen von Schäden am stärksten betroffenen Waldgebiet, dem Harz.

Die Konsequenzen, die aus dieser bedrückenden Entwicklung zu ziehen sind, liegen auf der Hand. Zum einen muß die Luftschadstoffbelastung in jedem Land schneller und radikaler reduziert werden. Zum anderen sind alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, andere Streßfaktoren abzubauen, den Wald zu stabilisieren und ihm Überlebenschancen einzuräumen. Beim Abbau der Luftschadstoffe, Herr Minister, dürfen nicht die derzeitigen Grenzwerte und Übergangsfristen Maßstab des Handelns sein. Hier ist aufgrund der heute schon vorhandenen Technik die Möglichkeit gegeben, bei allen Kraftwerken und Industriebetrieben eine optimale Reduzierung aller Luftschadstoffe durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Das Selbstlob der Landesregierung, das wir ständig hören, hilft unseren Wäldern gar nicht.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Als ein Beispiel für die Nachlässigkeit könnte ich das Heizkraftwerk in Göttingen anführen.

Angesichts der Zunahme der Waldschäden muß es auch skandalös erscheinen, daß die Umstellung auf schadstoffarme Pkw und vor allem Lkw so

Bruns (Reinhausen)

lasch vorangebracht wird. Die Technik und das Geld zur kurzfristigen Entgiftung aller Fahrzeuge wären vorhanden. Anscheinend fehlt es der Bundes- und Landesregierung hier aber an politischem Willen.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Den Bürgern fehlt es daran!)

Die Waldschadensentwicklung müßte auch die scheinheilige Diskussion über Geschwindigkeitsbegrenzungen auf unseren Straßen beenden und endlich den Anstoß geben, auch bei uns — wie das in allen anderen zivilisierten Industriestaaten der Fall ist — zu wirksamen Begrenzungen zu kommen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Oestmann [CDU].)

Bei der Diskussion über Konsequenzen aus dem Fortschreiten des Waldsterbens sind CDU und FDP dazu übergegangen, der SPD vorzuwerfen, sie würde mit dem geforderten schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie eine neuerliche Zunahme der Luftverschmutzung in Kauf nehmen.

(Knemeyer [CDU]: So ist es!)

Dieser Behauptung muß ich energisch widersprechen,

(Beifall bei der SPD — Zuruf von Gansäuer [CDU])

weil wir überzeugt davon sind, daß durch konsequente Entschwefelung und Entstickung nach dem neuesten Stand der Technik

(Jahn [CDU]: Wie in Ibbenbüren etwa!)

und durch systematische Energieeinsparung auch beim Ausstieg aus der Kernenergie ein weiterer Luftschadstoffabbau gesichert werden kann. Wir sind nicht bereit, hinzunehmen, daß die Luft weiterhin so belastet wird.

(Gansäuer [CDU]: Wie in Ibbenbüren bei Herrn Rau!)

Zur Stabilisierung unserer Wälder und zur Erhöhung ihrer Widerstandskraft und damit zur Einräumung von Überlebenschancen wären folgende Maßnahmen erforderlich: Rechtzeitige, ausreichende Läuterung und optimale Pflege; ausreichende Schutzmaßnahmen vor anderen Stressfaktoren; systematische, standortangepaßte Wiederbestockung gelichteter und abgestorbener Bestände mit widerstandsfähigen Baumarten; bedarfsgerechte Kalkung und Nährstoffversorgung verarmter Böden.

Die Landesregierung weigert sich trotz der Zunahme der Waldschäden und der Bedeutung des

Waldes, das erforderliche Fachpersonal vor allem in den besonders bedrohten und geschädigten Gebieten zur Verfügung zu stellen. Gerade der bedrohte und kranke Wald erfordert die individuelle Beobachtung und Betreuung der Bestände durch Revierförster, die Zeit haben, den vermehrten Anforderungen in Pflege, Hieb und Wiederbestockung gerecht zu werden. Anstatt angesichts der Waldschäden und der Arbeitslosigkeit einen ausreichenden Stamm ortsansässiger, gut geschulter Waldfacharbeiter aufzubauen, die ihren heimatischen Wald kennen und lieben, baut diese Landesregierung das ortsansässige Stammpersonal ab und läßt den Wald durch Selbstwerber, ungeschulte Fremdarbeiter und nicht ortskundige Kräfte betreuen.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Bruns, die Uhr macht auch bei Ihrer Rede nicht halt.

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident, ich bitte, für uns Ältere hier eine Eieruhr hinzustellen. Dann fällt es uns leichter, die Zeit zu beachten.

(Heiterkeit. — Oestmann [CDU]: Sie meinen, damit man sie zurückdrehen kann!)

Wenn die gewissenhaften, ihren Wald liebenden Forstleute ehrlich und ohne Schaden ihre Meinung sagen dürften, so würden Sie feststellen, daß die Landesregierung die sich aus dem sichtbaren Waldsterben ergebenden Konsequenzen nicht in ausreichendem Maße zieht. Herr Minister, wenn Sie unsere Kritik nicht berührt, dann nehmen Sie doch die Kritik des Herrn Bundespräsidenten von Weizsäcker entgegen, der neulich im Schwarzwald an uns alle appelliert sowie die Nachlässigkeit und Inkonsequenz der Regierenden kritisiert hat. Diese Kritik von Herrn von Weizsäcker gilt Ihnen genauso wie uns allen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Minister Dr. Ritz.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Für die Fraktion der FDP hat das Wort der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle haben wohl keine andere Waldschadensbilanz erwartet als diejenige, die uns vorgelegt worden ist. Denn keiner kann erwarten, daß Schädigungen, die im Laufe von Jahrzehnten

eingetreten sind, selbst bei aller Anstrengung, die die Bundesregierung unternimmt und die wir gemeinsam unternehmen, von heute auf morgen zu stoppen sind. Die Schadensbilanzen werden weitergehen. Es ist wahrscheinlich auch nicht verwunderlich, daß wir nun auch bei den Laubhölzern eine verstärkte Schadenszunahme haben. Die Laubhölzer reagieren mit einem Zeitverzug auf die Schädigungen, die direkt aus der Luft und nicht aus dem Boden kommen, da sie sich jedes Jahr durch den Laubfall einer gewissen Menge Schadstoff entledigen können, was bei den Nadelhölzern nicht der Fall ist. Dadurch reichern sich aber die Schadstoffe im Boden an, und mit einem gewissen Zeitverzug haben wir dann die Schädigungen bei den Laubhölzern.

Es ist sicherlich richtig, und wir sind uns alle darin einig, daß der Schaden bei der Ursache bekämpft werden muß, d. h. wenn wir die Ursache allgemein in den Luftemissionen sehen, müssen wir in diesem Bereich mehr tun. Wir haben ja dazu schon Anstrengungen unternommen.

Zu den Grünen möchte ich folgendes sagen. Sie persönlich waren damals nicht dabei, weil Sie ja immer wechseln; lassen Sie sich das aber von Ihren Vorgängern einmal erzählen. Als die FDP-Fraktion hier im Landtag einen Antrag gestellt hatte, die Emissionsgrenzwerte über den Bundesrat drastisch zu senken — wir hatten damals im Landtag die Mehrheit; denn damals waren nicht alle Bänke besetzt, und wir hätten die Mehrheit gehabt, wenn SPD, FDP und die Grünen zusammen gestimmt hätten; die SPD hat unserem Antrag zugestimmt —, haben Sie diesen Antrag abgelehnt

(Küpker [FDP]: Hört, hört!)

und dadurch eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen verhindert.

Wir sind uns darin einig, daß wir zur Schadstoffsenkung mehr tun müssen. Die Frage ist, wie das geht. Der Herr Minister hat schon darauf hingewiesen, daß 50 % unserer Schadstoffe importiert sind. Das heißt, selbst dann, wenn wir eine 100prozentige Senkung aller Emissionen in der Bundesrepublik erreichen würden — was nicht möglich ist —, würden wir hier nur eine 50prozentige Senkung erreichen. Wir müssen daher, wenn wir mehr Erfolg haben wollen, sehen, daß alle Länder an einem Strang ziehen. Das hat ja gerade im Bereich des Verkehrs, im Bereich der bei den Pkw und Lkw bewirkten Senkungen des Schadstoffausstoßes zu Schwierigkeiten in der Abstimmung mit der EG geführt. Wir wären, wenn es allein auf den Willen der Bundesregie-

rung angekommen wäre — ich wehre mich dagegen, daß man den Willen der Regierung anzweifelt, hier etwas zu tun —, hier sicherlich weiter vorangegangen. Wir hätten dann aber möglicherweise einen annehmbaren Kompromiß verhindert, der auch die Schadstoffemissionen jenseits der Grenze senkt. Aus dem Grunde nehme ich es — wenn auch schweren Herzens — in Kauf, daß wir hier erst langsam vorangekommen sind.

Die FDP-Fraktion hält die Anreize über das Portemonnaie für sinnvoll, um hier zu einer Schadstoffsenkung zu kommen. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie sagen, daß solche Pkw, die vorher schon angemeldet waren, die schadstoffarm sind und die nachher eine Steuerbegünstigung bekommen sollen, diese Steuervergünstigung nicht bekommen sollten. Leute, die sich schon vorher ohne Zwang entweder ein Dieselfahrzeug oder ein Fahrzeug mit Katalysator angeschafft haben, soll man doch von der Belohnung nicht ausnehmen, die man als Anreizwirkung haben will.

Zum letzten Thema, zum waldbaulichen Bereich, Herr Kollege Bruns, folgendes: Die Landesregierung ist bereit, hier mehr zu tun. Aufgrund der Koalitionsvereinbarung mit der FDP sollen neue Stellen im gehobenen Forstdienst eingerichtet werden. Sie wissen aber selbst, daß das aufgrund der Kapazitätsenge der Fachhochschule in Göttingen nicht mit Riesenschritten möglich ist. Daher konnten wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, aber auch im Rahmen des Abgangs aus der Fachhochschule nur in kleinen Schritten vorangehen. Ansonsten stimme ich Ihnen zu, daß dieses — obwohl es nur ein Kurieren an Symptomen ist — wichtige Schritte sind, die Sie dazu genannt haben.

Ich glaube, die Einigkeit, hier etwas zu tun, ist in diesem Hause größer, als es die Diskussion vermuten läßt. Zerreden wir nicht unser gemeinsames Wollen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Der Abgeordnete Vajen hat das Wort für die Fraktion der CDU.

Vajen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Fraktion der Grünen fragt hier in der aktuellen Stunde nach den Konsequenzen aus der jüngsten Waldschadenserhebung. Ich darf Ihnen sagen: Ich freue mich, daß der kranke Wald nicht ganz in Vergessenheit gerät, daß die Diskussion über den Wald fortgesetzt wird.

Vajen

Ich kann Ihnen zugleich aber auch sagen, daß eine Aktuelle Stunde nach meinem Dafürhalten nicht ausreicht, alle Erkenntnisse — auch neuen Erkenntnisse — aus der Forschung zu besprechen und die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen.

(Engels [SPD]: Ihr sollt nicht reden, ihr sollt was tun!)

Ich meine, daß eine Große Anfrage uns mehr Raum gelassen hätte.

Ich darf Herrn Engels sagen — ich komme darauf noch zu sprechen —: Wir tun schon eine ganze Menge. Das ist der SPD-Fraktion wohl auch nicht verborgen geblieben.

(Schörshusen [Grüne]: Wo denn?)

Aber die SPD-Fraktion sollte dann auch einmal zugeben, daß gerade in Niedersachsen eine ganze Menge für den Wald getan wird.

Wer nun meint, daß mit der Waldschadenserhebung 1986 auch gleich eine Handlungsanweisung mitgeliefert worden wäre, der irrt. Wenn das so einfach wäre, dann könnte man auch entsprechende Mittel bereitstellen und beschließen, daß das Waldsterben meinetwegen 1987 zu Ende ist.

Aus der Sicht des Forschungsbeirates ist die Waldschadensforschung noch lange nicht abgeschlossen. Es besteht weiterer Bedarf an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Deshalb dürfen und können wir nicht in blanken Aktivismus verfallen, irgendwelche Dinge in Angriff nehmen, die wissenschaftlich nicht gründlich und nicht gut belegt sind.

Meine Damen und Herren! Die Hauptverursacher für die neuartigen Waldschäden sind bekannt. Es sind eben die Schadstoffe in der Luft. Minister Ritz hat deutlich gesagt, welche Maßnahmen dagegen nun angelaufen sind. Gerade Niedersachsen hat hier eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Forstwirtschaftliche Maßnahmen zur Vitalitätssteigerung des Waldes sind ergriffen worden. Ich kann in diesem Zusammenhang die Düngung und standortgerechte Pflanzen nennen. Man bemüht sich, mehr Mischwald anzulegen. Die Standortkartierung und genetisch einwandfreies Saatgut sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Herr Bruns, Sie haben die Bestandspflege angesprochen. Das ist so. Abwehrmaßnahmen gegen Forstschädlinge sind weiter zu nennen.

(Engels [SPD]: Für Bestandspflege habt ihr doch keine Leute!)

— Herr Engels, ich komme noch auf die Leute zu sprechen.

Vom Land Niedersachsen werden finanzielle Hilfen in erheblichem Umfang bereitgestellt. Es würde Herrn Bruns, der hier harte Kritik an der Landesregierung geübt hat, gut zu Gesicht stehen, wenn er auch einmal — wir werden demnächst den Haushalt in zweiter und dritter Beratung behandeln — dem Einzelplan 10 zustimmen würde. Das würde dem Wald recht gut tun.

(Lachen bei der SPD. — Engels [SPD]: Davon werden die Bäume gesund? Ich lache mich kaputt!)

Herr Bruns, bislang haben Sie diesen Einzelplan immer abgelehnt und somit gegen die Fördermaßnahmen für den Wald gestimmt.

Frau Schole, es waren doch merkwürdige Aussagen, daß nun überhaupt nichts gemacht worden wäre. Das ist das Vokabular der Grünen, das wir kennen. Meine Damen und Herren besonders von der Fraktion der Grünen, die Forderung nach dem totalen Abschalten der Kernkraftwerke läuft wieder voll gegen den Wald.

(Schörshusen [Grüne]: Das ist doch wirklich Unsinn!)

Das bedeutet im Umkehrschluß, daß stillgelegte alte Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen werden und wieder auf Vollast laufen müssen. Was das für den Wald bedeutet, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern.

(Frau Schreiner [Grüne]: Das ist nachweislich falsch!)

Buschhaus ist genannt worden. Man hat sich bemüht, durch Buschhaus zu einer Reduzierung des Ausstoßes zu kommen. Sie waren dagegen.

(Schörshusen [Grüne]: Vor 1988 wird das doch nichts!)

Komischerweise, Herr Bruns — das muß ich Ihnen von dieser Stelle aus einmal vorhalten —, haben Sie zwar über die Entstickung gesprochen, aber das Kraftwerk in Ibbenbüren überhaupt nicht genannt. Sie haben diese Landesregierung angegriffen. Sie sollten die Landesregierung, die dafür zuständig ist, angreifen. Das ist die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

(Biel [SPD]: Herr Vajen, irgendwie ist das komisch! Bleiben Sie doch einmal in Niedersachsen!)

Ich muß auf die Zeit achten. Ich komme mit meinen fünf Minuten Redezeit nicht ganz klar. Es ließe sich noch viel sagen.

Wenn auch die Bundesregierung hier angegriffen wird, dann muß ich sagen, daß vor dieser Koali-

tionsregierung keine frühere Bundesregierung etwas getan hat. Die Großfeuerungsanlagenverordnung ist durch diese Bundesregierung in Kraft gesetzt worden. Ich nenne ferner die TA Luft. Der Katalysator wird immer in die Diskussion gebracht. Der Katalysator ist technisch ausgereift, aber er hat eine ganz große Schwachstelle: Über ihn wird viel geredet, aber die Leute bauen ihn nicht ein.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Vajen, die Uhr zeigt nicht mehr an, aber Sie müßten ungefähr in 15 Sekunden zu Ende kommen!

Vajen (CDU):

Herr Präsident, Sie haben mir gesagt, wenn die rote Lampe leuchtet, dann sind es noch zwei Minuten. Ich komme aber zum Schluß. Ich werde versuchen, mich daran zu halten.

(Zurufe.)

— Mit diesen roten Lampen habe ich es nicht besonders gern.

Meine Damen und Herren! Es ließen sich noch viele Argumente vortragen, die ganz klar und eindeutig belegen würden, daß für den Wald gerade hier in Niedersachsen und in der Bundesrepublik viel getan wird. Ich würde mir wünschen, daß auf europäischer Ebene unserem Beispiel gefolgt würde. Welche Schwierigkeiten es da gibt, ist uns allen bekannt.

Abschließend sage ich, daß weder die Landesregierung in Niedersachsen noch unsere Bundesregierung auf die Anklagebank gehört. Sie haben Kritik geübt, die unberechtigt ist. Wenn uns die Forschung weitere neue Erkenntnisse liefert, dann werden wir von der CDU-Fraktion nicht zögern; wir werden handeln, wir werden etwas für den Wald tun.

(Beifall bei der CDU. — Schörshusen [Grüne]: Nur, dann wird der Wald nicht mehr zu retten sein!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir sind damit am Ende der Beratungen des zweiten Themas der Aktuellen Stunde und kommen zum dritten Thema:

Millionenverluste bei der Erhebung der Förderzinsabgabe durch die Landesregierung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/195

Das Wort hat der Abgeordnete Aller.

Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich, daß ein Teilbereich der Denkschrift des Landesrechnungshofs schon vorab Gegenstand der Beratungen einer Aktuellen Stunde wird. Ungewöhnlich ist aber auch der Sachverhalt, der hier zur Diskussion steht.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise, in der sich Niedersachsen befindet, und der katastrophalen Haushaltslage, die sich abzeichnet, bekommt die Frage, wie man die Einnahmeseite der Haushalte behandelt, besondere Bedeutung. In der Denkschrift des Landesrechnungshofs, die uns in der Drucksache 11/55 zugestellt worden ist, heißt es u. a. wörtlich — ich zitiere —:

„Die Bergverwaltung hatte Mitte 1985 die Förderabgabeerklärungen für 1982 bis 1984 weitgehend noch nicht bearbeitet. Einige Förderabgabepflichtige nahmen ungerechtfertigte Zahlungsvorteile in Anspruch.“

(Dehn [SPD]: Hört, hört!)

Diese schlichte Bemerkung geht aber wesentlich tiefer, als das hier zu erkennen ist. Es geht nämlich um Geld. Es geht um Einnahmen, die dem Land zustehen. Es geht um die Fähigkeiten — oder vielleicht besser: Unfähigkeiten — von Ministerien, dieses Geld auch beizubringen. Es geht darum, daß den Abgabepflichtigen ungerechtfertigte Vorteile zugestanden werden. Es geht letztlich natürlich auch um die politische Verantwortlichkeit für die Versäumnisse in dieser Sache.

(Zustimmung von Wernstedt [SPD] und Dehn [SPD].)

Die SPD hält es für einen Skandal, daß beträchtliche Einnahmen aus der Förderabgabe offensichtlich seit 1982 verlorengegangen sind, und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der wir — wie die Beratungen des Haushaltsplans 1986 und des Haushaltsplanentwurfs 1987 bewiesen haben bzw. noch bewiesen werden — die Finanzsituation des Landes unbedingt verbessern müssen. Fest steht heute erstens, daß zur Zeit niemand in der Lage ist, das tatsächliche Ausmaß der Einnahmeverluste zu quantifizieren, und zweitens, daß die derzeit vorliegenden Informationen und die Aussagen des Landesrechnungshofs die Vermutung zulassen, daß zwischen 20 Millionen DM und 50 Millionen DM verlorengegangen sind. Dem kann nicht widersprochen werden, weil es auch nicht bewiesen werden kann. Ich werde das gleich darlegen.

Die Ursache für diesen Skandal liegt ganz eindeutig bei der Landesregierung,

(Beifall bei der SPD)

Aller

weil sie nach 1982 entsprechend dem Bundesberggesetz und der niedersächsischen Verordnung nicht das notwendige Personal bereitgestellt hat, um die Einnahmen fristgerecht und in der tatsächlich anfallenden Höhe sicherzustellen. Definitiv steht fest, daß weder sachgemäß noch vernünftig geprüft und kontrolliert werden konnte. Dabei ist der Landesregierung das Problem seit 1982 — seit 1982! — bekannt. 1983 hat das Oberbergamt die damals zuständige Ministerin darauf aufmerksam gemacht, daß das notwendige Fachpersonal zur Prüfung und zur Kontrolle der Einnahmen nicht zur Verfügung stehe. Die Reaktion der damals zuständigen Ministerin Frau Breuel war: Ein Mitarbeiter ihres Ministeriums — ein Fachmann, wie gesagt wird — wurde nicht nur damit betraut, die Kontrollen und die Prüfungen durchzuführen, sondern auch damit — wie es wörtlich heißt —, die tatsächlichen und die rechtlichen Verhältnisse für die Berechnung der Abgabe zu prüfen und sicherzustellen. Durch diese Aufgabe — das ist heute klar — war dieser eine zusätzliche Mann völlig überfordert. Der Landesrechnungshof hat diesen Tatbestand im Jahre 1985 auch eindeutig festgestellt. Bisher gab es keine Reaktion bei den damals zuständigen Ministern Breuel und Ritz. Es ist eindeutig so, daß man entweder Unwissenheit, Unfähigkeit oder Schlampigkeit unterstellen muß,

(Dehn [SPD]: Wahrscheinlich alles!)

wenn man angesichts der Tatsache, daß es um 2 Milliarden DM auf der Habenseite des Landeshaushalts geht, nicht das notwendige Personal dagegen setzt.

(Beifall bei der SPD.)

Konkret moniert worden ist die Regelung, nach der die Landesregierung die Abschläge eingeworben und dann auch kontrolliert hat; Abschläge, die die Abgabepflichtigen zahlen konnten. Wenn ich die nicht überprüfen kann, muß ich davon ausgehen — das hat der Landesrechnungshof deutlich gemacht —, daß diese Regelungen unterlaufen werden.

Der nächste Punkt betrifft die absolut unzureichende Ausstattung der Landesdienststellen mit Personal und notwendigem EDV-Material, und das — ich sage es noch einmal — bei einer Einnahmeposition in Höhe von 2 Milliarden DM und einem vorab abgezogenen Betrag in Höhe von 200 Millionen DM, der nicht an das Land entrichtet zu werden brauchte.

Das schwerste Versäumnis liegt nach unserer Einschätzung darin, daß es seit 1982 nicht gelungen ist, präzise zu definieren und zu kontrollieren,

welche Mittel bei den sogenannten Feldesbehandlungskosten tatsächlich abzugsfähig sind. Dieses hätte zumindest auch auf rechtlichem Wege abgeklärt werden können; ich sage: müssen.

Vor diesem Hintergrund erwartet die SPD eine sofortige und unverzügliche Beseitigung der erkennbaren Mißstände und eine Prüfung der Frage, ob eine Nachveranlagung möglich ist.

(Dehn [SPD]: Sehr richtig!)

Wir meinen auch, daß die Festlegung der abzugsfähigen Feldesbehandlungskosten notfalls auf dem Rechtswege durchgesetzt werden muß.

(Dehn [SPD]: Gut!)

Fazit: Verantwortlich für diesen Mißstand auf der Habenseite des Landeshaushalts sind die Minister Ritz und Breuel. Das Pikante an der Sache ist, daß Frau Breuel von den Mißständen eingeholt wird, die sie in ihrem Wirtschaftsministerium zugelassen hat.

(Dehn [SPD]: Ja, ja!)

Als Finanzministerin hätte sie jetzt sehr gerne die Millionen, die sie hätte bekommen können, wenn sie ordentlich gearbeitet hätte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Aller, kommen Sie bitte zum Schluß!

(Bruns [Emden] [SPD]: Das Wichtigste ist auch gesagt!)

Aller (SPD):

Einen Satz noch. Herr Vajen hat 15 Sekunden gebraucht, ich brauche nur zwölf.

Die Landesregierung verzichtet auf ihr rechtlich zustehende und mögliche Einnahmen in einer Situation, in der das Land jede Mark braucht. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Ich weise nur darauf hin, daß Sie, als ich eingriff, schon 40 Sekunden überzogen hatten.

(Aller [SPD]: Das konnte ich nicht wissen; Entschuldigung!)

— Deshalb habe ich vorhin die Technik erläutert. Nach Aufleuchten der Lampe steht noch eine Minute zur Verfügung; die Uhr läuft gegen Null.

(Aller [SPD]: Ich habe rote Lampen so gerne, im Gegensatz zu Herrn Vajen!)

Der Schaden hat sich aber in Grenzen gehalten. Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Dr. Hruska das Wort.

(Minister Hirche meldet sich zu Wort.)

— Mir lag bisher keine Wortmeldung von Ihnen vor. Ich wußte nur, daß Sie irgendwann einmal reden wollten.

(Minister Hirche: Ich hatte den Schriftführer gebeten, Ihnen das zu sagen! — Schröder [SPD]: Er kann es nicht abwarten!)

— Gut. — Dann hat jetzt Herr Minister Hirche das Wort.

(Schröder [SPD]: Herr Präsident, lassen Sie ihn vor! Er möchte auch einmal gehört werden! — Dehn [SPD]: Noch zu jung im Amt!)

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schröder, ich dachte, ich sollte auf die Ausführungen Ihres Fraktionsvertreters antworten, aber Ihr Zwischenruf macht deutlich, daß das von Ihnen anscheinend nicht gewünscht wird.

Meine Damen und Herren, eine Vorbemerkung: Die Landesregierung ist dankbar dafür, daß der Rechnungshof in den verschiedensten Bereichen der Landesverwaltung genauestens überprüft, wie Dinge abgewickelt werden. Dabei untersucht er insbesondere die finanziellen Folgen.

(Wernstedt [SPD]: Das ist seine Pflicht! — Weiterer Zuruf von der SPD: Das tut auch not!)

Das bedeutet aber für keine Landesregierung, egal welcher Couleur, daß sie die Bemerkungen von Rechnungshöfen in der Weise, wie sie vorgelegt werden, automatisch übernehmen muß.

(Aller [SPD]: Wenn es um solche Summen geht, schon!)

Das trifft auch in diesem Falle zu. Ich werde mir erlauben, zunächst einige Sachhinweise zu geben und zum Schluß zu einer Wertung dessen kommen, was Sie, Herr Kollege Aller, in Kenntnis der Diskussion im Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hier vorgetragen haben.

Drei Bemerkungen vorweg: Erstens. Das System der Erhebung der Förderabgabe ähnelt dem der Erhebung der Umsatzsteuer. Das ist der einfachste Vergleich, den man hier anstellen kann. Das bedeutet vierteljährliche Vorauszahlungen, Abgabe einer Jahreserklärung Mitte des Folgejahres, also die Voranmeldung gekoppelt mit Vorauszahlungen und die Jahreserklärung selbstverständlich mit einer entsprechend korrigierten Zahlung. Dieses Verfahren stellt sowohl bei der Umsatzsteuer als auch bei der Förderabgabe völlig klar, daß die Abgabe zeitnah und fortlaufend entrichtet wird. Genau wie bei der Umsatzsteuer oder aber bei der Lohnsteuer, bei der Freibeträge zu Beginn eines Jahres eingetragen werden, gibt es selbstverständlich Abweichungen zwischen den Voranmeldungen und Vorauszahlungen sowie dem, was hinterher endgültig entrichtet wird, und dem, was schließlich festgesetzt wird. Die Summe der Abschlagszahlungen eines Kalenderjahres kann sich mit der Jahreserklärung naturgemäß nicht exakt decken, da einige Daten — und das ist hier das Besondere — erst nach Abschluß des Kalenderjahres ermittelt werden, nämlich der aktuelle Marktwert für Erdöl und die Summe der Feldesbehandlungskosten.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Um welche Summen handelt es sich eigentlich? — Die Erfahrungen aus den bisher von uns untersuchten Prüfungszeiträumen zeigen, daß die Unternehmen die Voranmeldungen mit großer Sorgfalt erstellt haben. Die öffentlichen Behauptungen der SPD, die von Herrn Aller hier so wiederholt worden sind, es handele sich um Verluste des Landes in Höhe von 10 Millionen oder gar 200 Millionen DM, sind eine völlige Irreführung. Das wird bei Gegenüberstellung der Summe der Abschlagszahlungen mit der Summe der veranlagten bzw. den sich aus den Jahreserklärungen ergebenden Summen deutlich.

(Aller [SPD]: Sie können doch die Feldesbehandlungskosten gar nicht feststellen!)

Für 1982 war es ein Betrag von 30 Millionen DM, den die Unternehmen überzahlt, also zugunsten des Landes gezahlt haben. 1983 waren es 2,8 Millionen DM zugunsten des Landes, 1984 waren es 15 Millionen DM allerdings zuungunsten des Landes und 1985 25,6 Millionen DM zuungunsten des Landes. Das alles bei einem Förderabgabebefehlswert schwankend zwischen ungefähr 1,85 und 2 Milliarden DM. Die Differenz zwischen der Summe der Abschlagszahlungen und der Summe der erklärten bzw. veranlagten Jahresförderabgabe liegt bei $\pm 1,5\%$ und damit in einer äußerst schmalen Bandbreite. Wenn man

Hirche

hier von Verlusten redet, könnte man allerhöchstens fiktive, also im Zusammenhang mit Steuererklärungen nicht erhobene Zinsverluste wie bei anderen Steuern mit Zinsgewinnen verrechnen.

Das Ministerium hat sich angesichts der Schwierigkeiten, die es in der Umstellung des Systems der Erhebung der Abgabe gab — Sie wissen, vor 1982 wurde ein Zins aufgrund privatwirtschaftlicher Vereinbarung erhoben, jetzt, aufgrund des Berggesetzes, gilt ein neues Verfahren —, äußerste Mühe mit der Bearbeitung insbesondere des Jahres 1982 gegeben. Deswegen stellt die Behauptung, wie in einer Presseerklärung von Herrn Aller dargestellt, hier sei oberflächlich geprüft worden, die Dinge völlig auf den Kopf.

(Aller [SPD]: Das war völlig richtig!)

Denn wenn wir oberflächlich geprüft hätten, wäre auch eine für mich positiver zu beurteilende zeitnähere Prüfung zu verzeichnen.

Ich stelle fest, daß wir durchaus Handlungsbedarf sehen

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

im Zusammenhang mit zeitnäheren Prüfungen. Wie wir feststellen können, wird sich das aber schon angesichts des Zeitraums zwischen Prüfung durch den Landesrechnungshof und heutigem Stadium im nächsten Jahr teilweise erledigen können.

Meine Damen und Herren, Sie haben Anspruch darauf, vielleicht noch eine Zahl zu erfahren. Diese will ich, obwohl die rote Lampe schon leuchtet, noch nennen: In einem Jahr haben wir genau 40 Sammelabrechnungen zu bearbeiten. In dem Dreivierteljahr, seit der Landesrechnungshof seine Prüfung vorgenommen hat, sind von den zuständigen Beamten 56 Abrechnungen bearbeitet worden. Wir kommen also erkennbar auf Zeitnähe, wir erreichen zeitnahe Festsetzungen und eine zeitnahe Prüfung.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Wir tun dies, obwohl die Angelegenheit nicht mit einem sogenannten Millionenverlust des Landes verbunden ist, obwohl es sich um Differenzen handelt, die in der Bearbeitung von Steuererklärungen und in diesem Falle von Abgabeerklärungen leider — so kann man sagen — an der Tagesordnung sind und die positiv wie negativ zu verzeichnen sind. Deswegen weise ich die Unterstellung, hier handele es sich um Millionenverluste, ganz und gar zurück.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Minister. Ich habe Ihren etwas langen Schlußsatz nicht unterbrochen in der Hoffnung, daß Sie nicht ein zweites Mal an das Rednerpult kommen müssen.

(Zurufe.)

Das Wort hat der Abgeordnete Schörshusen für die Fraktion der Grünen.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kommt wahrscheinlich nicht häufig vor, daß ein Denkschriftsbeitrag des Landesrechnungshofs zum aktuellen Aufhänger einer Landtagsdebatte wird.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Vor dem Hintergrund, daß die radikale Senkung der Förderabgabesätze, die vor kurzem von Herrn Hirche beschlossen worden ist, zum finanziellen Desaster des Landes führte, ist eine Diskussion über die Berechnungspraxis aber unbedingt notwendig und sicherlich auch vor den Haushaltsplanberatungen erforderlich.

Der Landesrechnungshof hat dankenswerterweise am Beispiel der Kontrolle der Erklärungen der Mineralölkonzerne in Niedersachsen zur Berechnung der Ölförderabgabe deutlich gemacht, wie dringend der verstärkte Einsatz von staatlichen Wirtschaftsprüfern ist. Es ist unbestritten — auch Herr Hirche hat das nicht bestritten —, daß das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld mit der Prüfung bisher hoffnungslos überfordert war

(Minister Hirche: Das macht gar keine Prüfung!)

und daß ein einzelner Alibibetriebsprüfer, wie er von der Wirtschaftsministerin damals eingesetzt worden ist, nicht den Erfolg bringen kann, der möglich wäre. Das wäre ja ungefähr so, als wenn man den Dümmer mit einem Teelöffel abschöpft und dann von Sanierung spricht. So ähnlich kommt es mir vor, wenn man bei 1000 Erklärungen, die jährlich abgegeben werden, nur einen Wirtschaftsprüfer einsetzt.

Dem Land sind — das ist relativ offensichtlich — durch den jahrelangen Verzicht auf die Kontrolle Millionen-, wenn nicht gar Milliardenbeträge entgangen.

(Jahn [CDU]: O Gott, o Gott! — Minister Hirche: Das ist einfach falsch!)

Das nennen wir von den Grünen schlicht passive Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

(Beifall bei den Grünen.)

Der Kontrollverzicht macht die Gesetze und Verordnungen zur Erhebung der Förderabgabe zur reinen Makulatur.

(Unruhe.)

— Kann man nichts verstehen? Ist das mit der Technik schon wieder so schwierig?

(Jahn [CDU]: Inhaltlich ist das sehr schwierig, was Sie da vortragen!)

Diese Verordnungen werden zur reinen Makulatur, weil die Konzerne selbst entscheiden können — darauf läuft es letztendlich hinaus —, was sie abführen wollen. Diese Beträge sind naturgemäß immer niedriger als der staatlich ermittelte Abführungsbetrag.

(Küpker [FDP]: Sie haben gerade das Gegenteil gehört!)

— Hören Sie jetzt einmal gut zu, Herr Küpker: Der Landesrechnungshof hatte zum Beispiel ermittelt, daß sieben von dreizehn überprüften Abgabenerklärungen schlichtweg falsch waren. Das gleiche zeigt sich auch bei anderen Betriebsprüfungen. Nach der Vorlage der steuerlichen Betriebsprüfung 1985, die dem Fiskus insgesamt 8 Milliarden DM an Mehreinnahmen beschert hat, meinten Fachleute kürzlich, daß man durch den Einsatz von mehr Betriebs- und Steuerprüfern das Doppelte herausholen könnte. Statt dessen — das ist in Niedersachsen auch nicht anders — wurde die Zahl der Betriebsprüfer bundesweit seit 1981 um 300 verringert. Das muß von den Betrieben als Freifahrtschein ins Steuerparadies mißverstanden werden. Wir haben den Eindruck, daß der weitgehende Prüfungsverzicht der heimlichen Wirtschafts- und Industrieansiedlungsförderung dient, indem ein angenehmes Steuerklima geschaffen wird und die Kontrollbehörden häufig beide Augen zudrücken.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

— Diese Art von Standortvorteilen, Herr Oestmann, kostet den Staat viel Geld und ist durch nichts zu rechtfertigen.

(Stock [CDU]: Hier wird ziemlich viel Unkenntnis verbreitet, Herr Schörshusen! Das kann man nur sagen, wenn man die wirtschaftlichen Vorgänge überhaupt nicht kennt!)

Es ist unverständlich, daß bei der Kontrolle der Lohnsteuerzahler ein Heer von Finanzbeamten angesetzt wird, um beim normalen Bürger auch noch die letzte Mark lockerzumachen, daß aber bei der Überprüfung der Industrie das Vertrauen

in die Richtigkeit der Erklärungen anscheinend grenzenlos ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Das hat mit Steuergerechtigkeit überhaupt nichts zu tun. Hier werden offensichtlich Bürger und Unternehmen ungleich behandelt.

Obwohl das Wirtschaftsministerium Konsequenzen aus dem Desaster ziehen wollte, ist in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf bis heute keine zusätzliche Stelle für einen Wirtschaftsprüfer vorgesehen. Wir fordern Sie deshalb auf, Herr Hirche, im Interesse des Landeshaushalts endlich auf die passive Unterstützung von Steuersündern zu verzichten und die erforderlichen Maßnahmen noch in diesem Jahr in die Wege zu leiten.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Dr. Hruska das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre nun seit 1974 dem Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ an. Ich habe noch kein Abrechnungsjahr erlebt, in dem nicht der Landesrechnungshof den Landesregierungen, ganz gleich welchen, Landesregierungen, an denen wir beteiligt waren, und Landesregierungen, zu denen wir in der Opposition standen, Fehler nachgewiesen hat, durch die dem Land Einnahmen verlorengegangen sind oder durch die das Land überhöhte Ausgaben hat zahlen müssen. Der Kollege Aller meint nun trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung, diese Dinge im Ausschuß und nicht im Plenum zu diskutieren, daß die Höhe der Einnahmeverluste der Grund dafür wäre, daß es hier dennoch diskutiert werden müsse und sagt — und das ist nun schon eine abenteuerliche Aussage —, er hätte die Zahl 50 Millionen oder auch eine andere Zahl nennen können, keiner könne sie widerlegen, weil sie keiner beweisen könne. Wenn wir anfangen, Zahlen zu nennen, die niemand beweisen und daher auch keiner widerlegen kann, und damit politische Diskussionen begründen, dann sind wir hier nicht an der richtigen Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Deswegen wäre es auch gut gewesen, wenn wir uns weiter im Ausschuß darüber unterhalten hätten. Dann hätten wir tatsächlich einmal das

Dr. Hruska

machen können, was Minister Hirche hier angesprochen hat, nämlich den Nettovergleich. Dazu sind wir im Ausschuß ja gar nicht gekommen.

Zum Problem der Vorauszahlungen sind uns die Zahl der Betriebe und die Höhe der Vorauszahlungen genannt worden, die unter dem lag, was schließlich bezahlt werden mußte. Daraus ist ein Zinsverlust errechnet worden.

Wir haben nachgefragt, ob es denn auch auch Betriebe gegeben habe, deren Vorauszahlungen höher gelegen hätten als die später festgesetzte Gesamtforderung. Das wurde uns bestätigt. Nur, die Größenordnung konnte nicht genannt werden, so daß wir diese Nettorechnung nicht machen konnten. Das ist der eine Sachverhalt, bei dem Verluste entstanden sein können.

(Aller [SPD]: Das waren zinslose Darlehen!)

Wir wissen nicht, wie hoch sie sind. Die Verluste bestehen darin, daß für jeweils ein Vierteljahr die Zinsen auf die Differenz zwischen den angemessenen Vorauszahlungen und den Vorauszahlungen, die tatsächlich geleistet worden sind, verlorengegangen sind. Aber, wie gesagt, wir hätten die Überzahlungen gegenrechnen müssen, um den Verlust zu ermitteln.

Der zweite Vorgang, bei dem eventuell Schaden entstanden sein kann, ist der, daß die Bemessungsgrundlage nicht eindeutig festlag. In dieser Beziehung ist das Land seit 1982 tatsächlich nicht schnell genug nachgekommen, um die Bemessungsgrundlage zum Beispiel hinsichtlich der Kosten der Feldesbehandlungsmaßnahmen und dergleichen genau zu definieren.

(Aller [SPD]: Da steckt das Geld drin, Herr Hruska!)

— Das ist der eine Teil des Geldes, Herr Aller. Aber auch das haben Sie ja nicht beziffern können. Deswegen konnte es Ihnen niemand widerlegen.

(Aller [SPD]: Danke schön für die Bestätigung!)

— Aber es ist keine Art, miteinander umzugehen, Herr Aller. — Hierin kann tatsächlich ein Verlust stecken. Aber dieser Verlust — bei Ihren Ausführungen ist ein anderer Eindruck entstanden — ist nicht wissentlich und willentlich von den Unternehmen herbeigeführt worden. Vielmehr gibt es Rechtsunsicherheiten bezüglich der Frage, was in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden muß.

(Aller [SPD]: Da hätte die Landesregierung handeln müssen, Herr Hruska!)

— Hier hätte die Landesregierung handeln müssen. Der Minister Hirche, der erst seit kurzem im Amt ist, hat gesagt, die Landesregierung habe Handlungsbedarf. Ich gehe davon aus, daß sie handeln wird.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ein Wort zum Schluß — weil die rote Lampe leuchtet —: Ich freue mich, daß wir Betriebe haben, von denen wir noch eine Förderabgabe bekommen.

(Zustimmung bei der FDP und von Minister Hirche.)

Ich hoffe, daß die Opposition nicht dazu kommt, diese Betriebe durch Maßnahmen und durch Regelungen zum Beispiel bezüglich der Festsetzung der Höhe der Forderung kaputtzumachen, so daß wir überhaupt keine Förderabgabe mehr erhalten.

(Beifall bei der FDP. — Zurufe von der SPD: Das hat doch keiner gesagt!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Rippich für die Fraktion der SPD. Ihnen verbleibt eine Redezeit von vier Minuten 13 Sekunden, um es genau zu sagen.

Rippich (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wenn man diese Vorgänge wertet, so muß man zunächst feststellen, daß offensichtlich eine rechtzeitige und umfassende organisatorische Vorbereitung auf die neue Gesetzgebung im Jahr 1982 gefehlt hat. Herr Minister Hirche hat eben ausgeführt, wie dankbar man doch sei, wenn der Landesrechnungshof solche Feststellungen treffe.

Wenn man nun die Diskussion im Ausschuß und die Stellungnahme der Landesregierung, die durch Herrn Minister Hirche abgegeben worden ist, nachvollzieht, so erkennt man keinen qualitativen Unterschied. Beides war absolut unzulänglich, unzulänglich deshalb — ich komme jetzt auf die Ausführungen von Herrn Dr. Hruska zu sprechen —, weil es nicht Aufgabe der Opposition ist, die Höhe des Verlusts nachzuweisen. Vielmehr ist es Aufgabe der Regierung, darzustellen, auf welchen Grundlagen eine solche Berechnung beruht, und damit Vergleichsmöglichkeiten herzustellen.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Hruska [FDP]: Es ist auch nicht Aufgabe der Opposition, Zahlen in den Raum zu stellen, die sie nicht beweisen kann!)

— Es ist Aufgabe der Opposition, auf Mängel hinzuweisen, die entstanden sind. Und wenn Herr Aller sagt, von der und der Summe gehe er aus, dann ist die Regierung beweispflichtig, oder sie muß dem zustimmen.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Aber nicht bei unhaltbaren Behauptungen!)

Minister Hirche hat die Feldesbehandlungskosten nicht erwähnt. Das ist aber ein entscheidender Punkt, der erwähnt werden muß.

Meine Damen und Herren! Wir waren im Ausschuß — es ist ja ungewöhnlich, daß eine solche Sache herausgehoben wird — nicht mehr in der Lage, die Beamten weiter zu befragen, weil wir erkannten, daß hier politische Wertungen notwendig sind. Minister Hirche hat aber heute nichts anderes abgegeben als eine verwaltungsmäßige Stellungnahme. Er hat eine politische Wertung und auch eine Aussage in diesem Sinne unterlassen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist Politik, Herr Rippich!)

Es nützt uns auch nichts, wenn man — wie Sie es soeben gemacht haben, Herr Hruska — halb auf frühere Oppositionszeiten und halb auf neue Ministerzeiten hinweist. Wir als Opposition sind verpflichtet und gehalten, in einem solchen Fall nachzufassen, und zwar auch um der Gerechtigkeit willen. In der Öffentlichkeit darf nicht der falsche Eindruck entstehen — oder vielleicht sogar der richtige —, daß es insoweit Ungleichbehandlungen zwischen den normalen Steuerbürgern und großen Gesellschaften gibt. Das sollte man sich hierbei einmal deutlich machen.

Insgesamt und zusammenfassend ist festzustellen, daß es nicht unbillig ist, wenn eine Opposition klare Auskünfte und klare Zahlen zu einem solchen umfassenden Fragenkomplex verlangt.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Dies ist unsere Aufgabe. Das Recht dazu können wir uns nicht nehmen lassen. Die Abwehrhaltung der Landesregierung ist meines Erachtens absolut unberechtigt. Wenn etwas falsch gelaufen ist, verdammt noch mal, dann soll man es sagen und Ansätze dafür suchen, wie es besser gemacht werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Wir verlangen — das wird auch in Zukunft der Fall sein — klare Zahlen über die Verluste, die dem Land entstanden sind.

(Beifall bei der SPD. — Döring [CDU]: Sie sollten mal prüfen, ob die Frage stimmt! Das scheint mir wichtiger zu sein!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Herr Kollege Rippich, ich vermute, das „verdammt“ war nicht wörtlich gemeint. — Herr Minister Hirche hat sich als Mitglied der Landesregierung zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur einige wenige Bemerkungen machen. Im Ausschuß ist eine These aufgestellt worden, und die Beamten sind gefragt worden: Können Sie das bestätigen? Nachdem die Beamten erklärt hatten, daß sie das nicht bestätigen könnten, hat Herr Aller die These, die in der Frage steckte, in der anschließenden Pressekonferenz verkündet.

(Beifall bei der FDP. — Stock [CDU]: So wird das gemacht!)

Präsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aller zulassen?

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ja, Herr Präsident, wenn das nicht von meiner Zeit abgerechnet wird.

Aller (SPD):

Herr Hirche, können Sie mir bestätigen,

(Zuruf von der CDU: Nein!)

daß die fraglichen Mittel — das ist die zentrale Frage —, von denen ich gesprochen habe, in den Feldesbehandlungskosten versteckt sein müssen? Im Jahre 1984 ging es um 200 Millionen DM, wovon nach Aussage des Landesrechnungshofs und nach Angaben Ihrer Mitarbeiter ein beträchtlicher Anteil strittig gewesen ist. Ein beträchtlicher Anteil wären beispielsweise 10 %, d. h. es ginge um 20 Millionen DM von 200 Millionen DM, und zwar in einem Jahr. Daraus resultieren die Zahlen, die ich hier vorgelegt habe. Vielleicht können Sie dazu mal Stellung nehmen.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Damit wird der Gesamtbetrag der Feldesbehandlungskosten in Höhe von 200 Millionen DM in den Raum gestellt.

Hirche

(Aller [SPD]: 200 Millionen DM in einem Jahr!)

Durch die Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofs wissen wir, daß die Differenzen — Differenzen nach unten und nach oben — minimal sind. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, daß das Verfahren bei der Förderabgabe ähnlich ist wie das bei der Festsetzung der Umsatzsteuer. Die Differenzen bei der Förderabgabe liegen im normalen Irrtumsspielraum. Trotzdem werden wir das Ganze aufarbeiten, weil bisher nicht zeitnahe genug geprüft worden ist.

Herr Rippich, ich muß allerdings Ihrer These widersprechen, daß hier Verluste in der von Ihnen genannten Größenordnung entstanden sind.

(Aller [SPD]: Sie haben den Sachverhalt überhaupt nicht verstanden, Herr Hirche!)

Nach allem, was wir über die Prüfungsergebnisse und über den Vergleich zu den Anmeldungen wissen, ist das nämlich nicht richtig.

Ich möchte zwei weitere Dinge richtigstellen. Ich kann nicht zulassen, daß Unternehmen in Niedersachsen diskriminiert und auf die Anklagebank gezerrt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Trittin [Grüne]: Das ist die vornehmste Aufgabe eines Wirtschaftsministers!)

Wir haben bis 1982 — das können Sie, Herr Trittin, nicht wissen, weil Sie zu der Zeit noch nicht im Landtag waren — eine freiwillige Vereinbarung mit der Förderindustrie gehabt. Nach dieser Vereinbarung haben die Unternehmen Hunderte von Millionen freiwillig an das Land gezahlt. Das respektiere ich, meine Damen und Herren. Wir haben die Förderabgabe dann gesenkt, weil wir die Arbeitsplätze bei den Unternehmen der Förderindustrie nicht gefährden wollten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Zu den Grünen, die das hier leichtfertig in die Debatte werfen, kann ich nur sagen: Sie sollten einmal die Auseinandersetzungen dort mit den Arbeitnehmern führen!

Zweitens. Ich lasse auf den Mitarbeitern in meinem Hause, auch nicht für einen Zeitraum, in dem ich nicht die Verantwortung getragen habe, nicht den Vorwurf sitzen, sie hätten Steuerzahler ungleich behandelt, je nachdem, ob es sich um Bürger oder um Unternehmen gehandelt habe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist mit den Grundsätzen einer in Niedersachsen vorhandenen korrekten Verwaltung in keiner Weise vereinbar.

(Zuruf von Rippich [SPD].)

Deswegen weise ich den Vorwurf zurück, hier habe es eine passive Unterstützung von Steuerländern gegeben. Meine Damen und Herren, eine Ungleichbehandlung hat nicht stattgefunden, die SPD versucht aber, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als müßte so etwas doch stattgefunden haben, weil die Landesregierung gar nicht anders könne, als so zu handeln.

(Zuruf von Döring [CDU].)

Es wird über das Steigenlassen von Luftballons der Versuch unternommen, das eigene Feindbild zu verstärken. Der Sache dient nur die Aufklärung in den Ausschüssen. Dazu sind wir nach wie vor gern bereit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

Ich rufe vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 2 auf, der in höchstens zwei Minuten erledigt sein wird:

Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/197 und Drs 11/210 — Änderungsanträge der Fraktion der Grünen — Drs 11/220, Drs 11/222 und Drs 11/223 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 11/221

Wir behandeln heute nur die Eingaben, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst morgen zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 3. Eingabenübersicht in der Drucksache 197 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. — Ich eröffne die Beratung. — Das Wort wird nicht gewünscht.

Ich bitte diejenigen Abgeordneten um das Handzeichen, die den Ausschußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 197 folgen wollen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. — Das ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Eingaben aus der 4. Eingabenübersicht in der Drucksache 210 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. — Ich eröffne die Beratung. Das Wort wird auch hierzu nicht gewünscht.

Ich lasse über die Ausschußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 210 abstimmen, zu

denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer der Ausschußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

Bevor wir nun in die Mittagspause eintreten, möchte ich alle Interessierten darauf hinweisen, daß um 14.30 Uhr auf der linken Seite der Wandelhalle eine Führung durch die Ausstellung, auf die ich heute morgen aufmerksam gemacht habe, stattfindet.

Wir setzen die Beratungen um 15 Uhr mit der Einbringung des Haushalts fort. — Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.19 Uhr.

Wiederbeginn: 15 Uhr.

Vizepräsident Ravens:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochenen Beratungen fort. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1987 (Haushaltsgesetz 1987 — HG 1987 —) — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/170

Die Einbringung erfolgt durch die Ministerin der Finanzen, Frau Breuel. Entsprechend den Absprachen wird die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt morgen ab 10 Uhr stattfinden. Ich erteile Frau Ministerin Breuel das Wort.

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für mich als neue Finanzministerin eine Ehre und ein Vergnügen, Ihnen den ersten Haushaltsentwurf der neu gebildeten CDU/FDP-Koalitionsregierung vorlegen und erläutern zu können. Ich gebe zu, daß das Vergnügen etwas begrenzt ist, weil wir bei der Aufstellung des Haushalts im Juli dieses Jahres vor Problemen und Aufgaben gestanden haben, die seit den 70er Jahren sicherlich keine Landesregierung hier zu lösen hatte. Wenn man allerdings bedenkt, daß mit diesem ersten Haushalt der neuen Koalitionsregierung die Weichen für die Regierungsarbeit für eine ganze Legislaturperiode gestellt werden, dann, denke ich, ist es eine beachtliche Leistung, daß der Beschluß über den Haushaltsentwurf 1987 und die Mipla bis 1990 bereits weniger als drei Wochen nach der Vereidigung der Regierung gefaßt wurde.

Wir haben die Probleme als Herausforderung angenommen und als Chance angesehen, neue Akzente für die zukünftige Landespolitik zu setzen. Dies steht nicht im Widerspruch zu der Feststellung, daß auch künftig kein anderer Weg gangbar sein wird, als Aufgaben zurückzuführen, um Raum für die Erledigung neuer dringender Arbeiten und Aufgaben zu gewinnen. Bei alledem werden wir unserer Grundüberzeugung treu bleiben, die auf mehr Markt, dynamischen Wettbewerb sowie auf das Vertrauen in die Eigeninitiative und Eigenverantwortung des Bürgers setzt.

Ich weiß, daß das politische Gedächtnis traditionell kurzlebig ist. Dennoch, die Schlußbilanz einer Politik, die im Bund 13 Jahre lang auf die Überzeugung setzte, der Staat werde es in seiner Allmacht schon richten, ist noch nicht mit dem wohltuenden Schleier des Vergessens bedeckt. Die vergangenen Jahre haben — man kann fast sagen: ein historischer Glücksfall — in kurzer Folge die Wirksamkeit zweier unterschiedlicher wirtschafts- und finanzpolitischer Ansätze demonstriert. Zunächst war es eine Politik, die den öffentlichen Reichtum mehren und den öffentlichen Korridor verstärken und verbreitern wollte — mit verwaltetem Wettbewerb, Dirigismus, staatlicher Lenkung, kurz: mit mehr Staat. Dies zahlten Betriebe und Arbeitnehmer mit Geldentwertung, höheren Abgaben und steigender Arbeitslosigkeit. Wir wissen heute und haben dies immer gesagt und gewußt, daß der Glaube an die Planbarkeit und Steuerbarkeit wirtschaftlicher Abläufe ein Irrtum war, der allerdings ganze Generationen von Wissenschaftlern und Politikern faszinierte.

Mit dem Jahre 1982 erfolgte die Rückbesinnung auf die Kräfte des Marktes. Nur vier Jahre waren nötig, und unfruchtbarer Pessimismus, der die Bundesrepublik zu lähmen drohte, hatte Zuversicht Platz gemacht.

(Zuruf von Aller [SPD].)

— Hören Sie in Ruhe weiter zu, Herr Aller, dann werden Sie schon merken, wie falsch Sie mit Ihrer Politik liegen! —

Heute haben wir eine Traumkonstellation von Wachstum und Preisstabilität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die deutsche Wirtschaft ist auf einen langen Wachstumspfad eingeschwenkt. Die Konjunktur präsentiert sich in blendender Verfassung. Ging es zunächst mit den Exporten bergauf, sind nunmehr die Unternehmensinvestitionen sowie zunehmend der private Verbrauch Motor der Auf-

Frau Breuel

wärtsentwicklung. Alle Indikatoren, die wir kennen, und auch das jüngst veröffentlichte Gutachten der Sachverständigen sagen aus, daß sich diese wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte eher verstärkt fortsetzt und der Wachstumsprozeß auch im kommenden Jahr anhalten wird.

Niedersachsen liegt voll im Trend. Vor allem die Belebung der Inlandsnachfrage hat sich positiv auf unsere Wirtschaft ausgewirkt. Die Auftragsgänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Inland sind im August gegenüber dem Vorjahresmonat in Niedersachsen um knapp 6 % gestiegen, im Bundesdurchschnitt nur um 1,6 %. Das ist ein gewaltiger Unterschied, ein Trend, den wir seit mehreren Monaten verfolgen können.

Der jüngste Konjunkturbericht der sieben niedersächsischen Handelskammern bescheinigt — im Anschluß an günstige Ergebnisse der Vormonate — für das zweite Quartal eine überwiegend gute Konjunkturentwicklung in Niedersachsen. Das Wachstum vollzieht sich bei nahezu völliger Preisstabilität. Deswegen sage ich mit aller Betonung: Diese Preisstabilität ist der größte soziale Erfolg der 80er Jahre.

(Beifall bei der CDU.)

In diesem Jahr werden die Sparer aufgrund der gestiegenen Sparleistung rund 100 Milliarden DM Zinsen erhalten und behalten; denn nichts wird ihnen durch Inflation weggenommen.

Die Rentner haben einen Kaufkraftgewinn von rund 8 Milliarden DM; das bedeutet für einen durchschnittlichen Rentner- und Pensionärshaushalt gegenüber 1982 ein Mehr von jährlich 1 100 DM.

Die Arbeitnehmer haben einen Stabilitätsgewinn in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM. Es kommt noch etwas hinzu.

(Zurufe von der SPD.)

— Das sollten Sie den Menschen gönnen, und Sie müssen es auch der Bundesregierung gönnen; denn das ist eine beachtliche politische Leistung.

(Beifall bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das haben Sie also nicht selbst gemacht!)

Für die Empfänger von Lohneinkommen wird es erstmals nach sieben Jahren wieder eine fühlbare Verbesserung ihrer realen Kaufkraft geben. Die Nettoreallöhne steigen 1986 je Beschäftigten um etwa 4 %. Das ist der stärkste Zugewinn seit 16 Jahren.

Ich gebe ja zu, daß Preisstabilität, wenn Sie so wollen, eine Politik ohne Theaterdonner ist,

(Aller [SPD]: Ein schöner Ausspruch!)

wohingegen diejenigen, die wie Sie, Herr Aller, und Ihre Genossinnen und Genossen durch Aktionismus Umverteilung praktizieren,

(Lindhorst [CDU]: Wieso Aller?!)

natürlich jedesmal eine große Inszenierung damit verbinden.

(Aller [SPD]: Gucken Sie sich mal Ihre Ergebnisse an, Herr Lindhorst! Da ist nicht mehr viel übrig im Ortsverband!)

Aber um herauszufinden, was diese Sozialpolitik — ich sage es bewußt — auf leisen Sohlen für den einzelnen Bürger bedeutet, braucht man noch nicht einmal das volkswirtschaftliche Einmaleins zu beherrschen. Man braucht nur einen Blick in seinen Geldbeutel zu werfen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und woher kommt das?)

— Das kommt durch eine gute Politik, lieber Herr Bruns, auch wenn Sie es noch nicht gemerkt haben sollten!

(Beifall bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ach, Sie haben ja auch auf die Ölpreise eingeredet! Es ist gut, daß ich das heute erfahre!)

Ich betone dieses deshalb, weil ich immer noch der Auffassung bin, Herr Bruns, es mag zwar lernfähige Sozialdemokraten geben; aber die meisten haben nichts dazugelernt.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ich werde noch eine Weile hierbleiben!)

Denn sie verkünden unverdrossen alte Rezepte, die Sie 13 Jahre lang verfehlt angewendet haben, mit Konjunkturprogrammen,

(Unruhe bei der SPD)

wenn auch, wie ich zugebe, mit einem flotten Titel, der heute heißt „Arbeit und Umwelt“.

(Biel [SPD]: Ihre Rede hat einen schlechten Anfang! Das muß ich mal sagen!)

— Ja, für Sie schlecht; das ist in Ordnung. Dafür bin ich ja auch da, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Ach, der Biel ist auch da!)

Die Konjunktur greift auch auf dem Arbeitsmarkt, und das ist ja für uns alle gemeinsam das Wichtigste. Dabei ist Niedersachsen Vorreiter beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Niedersachsen

verzeichnete, wie schon in den vergangenen Monaten, auch im September den stärksten Rückgang an Arbeitslosen unter allen Bundesländern. Die Arbeitslosenquote sank im Vergleich zu September 1985 von 11,4 % auf 10,4 %, d. h. um 1 %, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um 0,5 %.

Erstmals wurde damit — und dies ist eigentlich eine Sensation — auch Nordrhein-Westfalen von Niedersachsen überholt.

(Beifall bei der CDU.)

Nordrhein-Westfalen hat eine höhere Arbeitslosigkeit als wir. Da kann man mal sehen, wie Sozialdemokraten reiche Länder runterwirtschaften können.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Also das sind vielleicht Reden hier! Da fragt man sich, wie so etwas möglich ist!)

Diese günstige Entwicklung — — — Aber schauen Sie sich das doch mal an: In der Arbeitslosigkeit am schlechtesten liegen Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland. Vier sozialdemokratisch regierte Länder stehen am Ende der Skala mit der höchsten Arbeitslosigkeit.

(Lindhorst [CDU]: Das ist doch logisch!)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Das kann kein Zufall sein!)

Deshalb sage ich: Auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt ist Ausdruck der Strukturpolitik dieses Landes, die wir seit zehn Jahren konsequent betrieben haben und die wir, meine Damen und Herren, auch wenn es Ihnen nicht schmeckt, konsequent fortsetzen werden.

Wenn wir die Herausforderungen der Zukunft in Richtung Beschäftigung, Umwelt, Sozialpolitik, um nur einige Punkte zu nennen, angemessen bewältigen wollen, dann muß allerdings eine umfassende Steuerreform hinzukommen, die vor allem die Struktur der Besteuerung entscheidend verbessert, die aber auch die Spielräume, die durch die Konsolidierungspolitik geschaffen worden sind, zu einer Senkung der Steuerlast nutzt. Wenn die Struktur eines Steuersystems zu Verzerrungen im Marktgeschehen führt und dadurch zunehmend Steuerwiderstand sowie Blüten der Schattenwirtschaft produziert werden, dann werden dadurch wirtschaftliches Wachstum und damit auch mehr Wohlstand und Beschäftigung behindert. Der Leitgedanke einer jeden Steuerstrukturreform muß deshalb sein: Besser niedrige Steu-

ersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen.

(Beifall bei der CDU.)

Im Mittelpunkt werden nach unserer Auffassung Maßnahmen stehen, die alle Steuerpflichtigen entlasten, so z. B. eine Tarifsenkung, die Leistungsanreize für Arbeitnehmer und Selbständige schafft, die den Anreiz zur Flucht in die Schattenwirtschaft vermindert und die — was mir ganz wichtig zu sein scheint — dem Bürger ein Stück mehr persönliche Freiheit bringt, damit er nämlich stärker als bisher über die Verwendung seines Arbeitslohnes selbst bestimmen kann. Auch das unterscheidet uns von den Sozialdemokraten. Die wollen den Bürgern möglichst viel Geld abnehmen, um es dann zweckbestimmt wieder umzuverteilen. Genau dieses meinen wir nicht, weil wir mündige Bürger und nicht den betreuten Bürger brauchen, den Sie gelegentlich wollen.

(Beifall bei der CDU. — Döring [CDU]: Und jetzt wollen die das Benzin wieder teurer machen!)

Zugleich muß die Unternehmensbesteuerung mit dem Ziel reformiert werden, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit und damit für neue Arbeitsplätze weiter zu verbessern.

Der Ihnen vorliegende Entwurf der Landesregierung sieht ein Ausgabevolumen von 28,04 Milliarden DM für 1987 vor, worin der Ansatz des Umweltministers mit 513 Millionen DM plus 9 Millionen DM aus der Ergänzungsvorlage und etwa 1760 Stellen enthalten sind. Durch die Ergänzungsvorlage, deren Strukturdaten Ihnen wie versprochen jetzt auf den Tisch gelegt werden, verändert sich das Gesamtvolumen des Haushaltsentwurfes nicht. Gegenüber dem Vorjahr verbleibt es einschließlich Ergänzungsvorlage bei einer Steigerungsrate von 2,4 %. Das Wachstum des Haushaltes wird damit deutlich unter dem auf 4,6 % geschätzten Zuwachs des nominalen Bruttosozialproduktes liegen. Die Empfehlung des Finanzplanungsrates, die ja an Bund und Länder gerichtet ist, den Anstieg der öffentlichen Haushalte mit etwa 3 % deutlich unter der Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes zu halten, wird erfüllt und sogar noch erheblich unterschritten. Ich sage dies auch mit einer gewissen Genugtuung, denn wir fordern nicht nur weniger Staat, wir handeln auch danach.

(Beifall bei der CDU.)

Nun kann ja kein Zweifel daran bestehen, daß jede Haushaltsplanung als Projektion für die Zukunft auch Risiken unterliegt, die sich bei der jet-

Frau Breuel

zigen Planung ganz ohne Zweifel auf die Einnahmeseite konzentrieren. Da ist einmal — dies ist Ihnen allen bekannt — darauf hinzuweisen, daß die Einnahmen aus der Förderabgabe infolge des dramatischen Ölpreisverfalles zurückgehen. Nach derzeitigen Erkenntnissen sind für 1987 1,2 Milliarden DM zu erwarten, wobei ich nicht verschweigen will, daß auch in diesem Ansatz noch ein Risiko liegt. Da ist zum anderen das Gerichtsurteil aus Karlsruhe, womit der Länderfinanzausgleich insgesamt für verfassungswidrig erklärt worden ist und nun unter anderem die volle Einbeziehung des Förderzinses in den Finanzausgleich ab 1987 verlangt wird.

Für Niedersachsen — das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt — steht aber verfassungsrechtlich wie politisch außer Frage, daß die bisher nur mit 50 % berücksichtigte Gemeindesteuerkraft künftig ebenfalls wie die Förderabgabe voll in die Berechnung einbezogen werden muß; dies um so mehr, als es sich hier um eine steuerliche Angelegenheit handelt, während die Förderabgabe ja eine nichtsteuerliche Einnahme darstellt. Bei voller Einbeziehung der Gemeindesteuerkraft würde Niedersachsen annähernd einen Ausgleich erreichen können. Wir haben deshalb bei unserer Einnahmeschätzung diese Wechselwirkung von 100prozentiger Einbeziehung der Förderabgabe und voller Gemeindesteuerkraft zur Grundlage unseres Haushalts gemacht.

(Aller [SPD]: Ist denn das realistisch?)

Nun kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Veranschlagung durchaus ein Stückchen Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Einnahmeentwicklung in sich birgt. Ich kann alle Anwesenden nur bitten, dies bei der Beratung des Haushalts und bei eventuellen weiteren Wünschen voll zu berücksichtigen. Das gilt auch für die hier zwischenfragenden Sozialdemokraten.

Nun noch ein paar Worte zu Karlsruhe, einem — wie ich bereits gesagt habe — für uns wichtigen Thema. Das Urteil von Karlsruhe hat einen — so sage ich bewußt — vorläufigen Schlußpunkt in einem Streit über Probleme gesetzt, die bei einem intakten Föderalismus zwischen den Ländern und dem Bund eigentlich politisch hätten gelöst werden können und müssen, wenn es denn alle gewollt hätten. Ich will deshalb aus meiner Auffassung keinen Hehl machen. Dieser Gang nach Karlsruhe, der von einigen wenigen provoziert worden ist — darunter waren keine CDU-Länder —, war kein Ruhmesblatt für Finanzpolitik und Föderalismus. Hier ist — wie ich meine — finanzpolitisches Porzellan der feinsten Sorte zu Bruch gegangen. Und diejenigen, die die Verfas-

sungstrichter angerufen haben, werden sich eines Tages fragen müssen, ob sie nicht einen Pyrrhussieg errungen haben, statt die vermeintlichen Sieger sein zu können. Denn, meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat die Rolle des Bundes in Fragen des Länderfinanzausgleichs nachhaltig gestärkt. Länderabsprachen und -verhandlungen werden in Zukunft weniger bedeutsam sein. Der sogenannte Sieg in Karlsruhe, wie einige das Urteil gefeiert haben, bedeutet für die Gesamtheit der Länder in Wahrheit einen bitteren Verlust an Eigenverantwortlichkeit, einen Verlust, der angesichts der ohnehin starken Bundesdominanz auf vielen Politikfeldern und den eingeeengten Kompetenzen, die die Länder haben, meiner Meinung nach besonders schmerzlich ist.

Meine Damen und Herren, wir stehen jetzt vor schwierigen Verhandlungen. Ich möchte die Bitte an den Landtag als Ganzes richten, der Regierung bei diesen Verhandlungen Rückendeckung zu geben, damit sie für Niedersachsen zu einem vertretbaren Ergebnis kommen kann.

(Beifall bei der CDU.)

Niedersachsen kann die begonnene Haushaltskonsolidierung und die erfolgreiche Strukturpolitik jedenfalls nur bei angemessenem finanziellen Ausgleich fortsetzen. Das Land Niedersachsen wird aber — das sage ich mit aller Ausdrücklichkeit — den Gang nach Karlsruhe von sich aus nicht scheuen können und dürfen, wenn ihm ein einseitiges Sonderopfer auferlegt wird. Wer meint, dies sei der einzige Pfeil im Köcher, der sei gewarnt. Der Finanzausgleich ist nämlich nur ein Feld von vielen, die bestellt werden müssen. Wir werden uns zu wehren wissen.

(Beifall bei der CDU.)

Berücksichtigt man erstens, daß wir bei den Förderzinsen 700 Millionen DM Einnahmeausfälle erwarten, für die wir allerdings selbst bei 50prozentiger Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich rund 250 Millionen DM mehr aus den Ausgleichszahlungen zurückbekommen, und zweitens, daß wir durch die volle Einbeziehung des Förderzinses in den Finanzausgleich etwa 400 Millionen DM verlieren, und drittens, daß die Steuern durch die hervorragende Preisstabilität um 150 Millionen DM zurückgehen, so hat das Land gegenüber der vorigen Finanzplanung unter dem Strich Mindereinnahmen von jährlich etwa 1 Milliarde DM. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, dieser Herausforderung im Etat 1987 und auch in der Mipla bis 1990 mit einem ausgewogenen Bündel von Maßnahmen zu be-

gegen, nämlich mit der Kürzung von Ausgabenansätzen, der Auflösung der allgemeinen Rücklage sowie einer maßvollen Anhebung der Nettokreditaufnahme für ein Jahr. Der allgemeinen Rücklage werden über die ursprüngliche Planung 1987 hinaus statt 115 Millionen DM jetzt 285 Millionen DM entnommen. Die Rücklage, die hier oft kontrovers diskutiert und mißverständlich interpretiert worden ist, erweist sich nun als genau das, wofür sie einmal geschaffen worden ist, nämlich als Beweis für eine Politik der Vorsorge.

Nun kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Durchsetzen von Ausgabenkürzungen quer durch die verschiedenen Interessenslager ein bißchen dem Jonglieren über einer Löwengrube gleichkommt. Zudem unterliegen die Verpflichtungen des Landes in unterschiedlicher Form der Gestaltbarkeit durch die Landesregierung. Wir haben uns bemüht, die notwendigen Einsparungen ausgewogen zu verteilen und in ihrer Höhe nicht zu überziehen. Ansatzpunkte für den unvermeidlichen Rotstift waren z. B. die Personalausgaben vor dem Hintergrund der Ist-Entwicklung des Jahres 1986, die sächlichen Verwaltungsausgaben vor dem Hintergrund der niedrigen Preissteigerungsrate und das Babygeld, das seit der grundlegenden Neuorientierung der Familienpolitik des Bundes mit Einführung des Erziehungsgeldes sowie der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen als entbehrlich bezeichnet werden konnte. Einsparungen waren auch beim Wirtschaftsförderfonds möglich, der auf die gesetzliche Mindestzuführung zurückgeführt wurde,

(Schörshusen [Grüne]: Das haben wir seit zwei Jahren gefordert!)

wobei — das möchte ich hinzufügen, damit es kein Mißverständnis gibt — dem Fonds in seinem Mittelstandsteil aus Darlehensrückflüssen und Zinsen inzwischen sehr erhebliche eigene Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben die Toto-Lotto-Mittel durch Herabsetzung der Zweckbindung von 100 auf 80 Millionen DM verändert.

Zwecks Einsparungen haben wir des weiteren folgende Maßnahmen beschlossen: Stellenabbau in einigen nachgeordneten Verwaltungen, Verkleinerung des Einstellungskorridors bei Lehrern von 1 100 auf 700, Begrenzung der Zuwachsraten der Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, Reduzierung des Straßenbaus auf neuer Trasse und Auferlegung von globalen Minderausgaben. Die dennoch verbliebene Deckungslücke haben wir durch die mäßige Anhebung der Nettoneuverschuldung im Jahre 1987 auf 2,1 Mil-

liarden DM, das sind 260 Millionen DM mehr als im laufenden Jahr, geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, daß der Anstieg der Nettoneuverschuldung finanzpolitisch bedauerlich ist. Aber ich sage auch, daß das Land aus seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus die Ausgaben nicht noch stärker zurückführen konnte, weil es sonst wirtschaftliche Impulse reduziert oder geschmälert hätte. Weil es sich aber nur um ein Jahr handelt — das weist die Mipla sehr klar aus —, sage ich: Wir bleiben dennoch auf Kurs. Die Konsolidierung wird mit Nachdruck fortgesetzt. Mittelfristig wird die Nettokreditaufnahme nach der einmaligen Erhöhung des Sockels im Jahre 1987 wieder kontinuierlich sinken, und zwar auf 1,95 Milliarden DM im Jahre 1988, auf 1,75 Milliarden DM im Jahre 1989 und auf 1,5 Milliarden DM im Jahre 1990. Ich sage das deshalb, weil ich wirklich davon überzeugt bin, daß es zur Fortsetzung dieser Politik der langsam sinkenden Schuldenneuaufnahme keine Alternative gibt.

(Köneke [SPD]: Bei dem Schuldenberg bestimmt nicht!)

— Den Schuldenberg, Herr Dehn, haben wir im wesentlichen Ihnen zu verdanken.

(Lachen bei der SPD. — Dehn [SPD]: Ich war das nicht! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Ich bitte um Entschuldigung, wenn es ein anderer war. — Wenn Sie sich einmal die Zinslast angucken, die in den vergangenen Jahrzehnten hier aufgebaut worden ist, den Schuldenberg, den wir von Ihnen übernommen haben — — —

(Anhaltende Zurufe von der SPD.)

— Die Zinslast stört uns am meisten. Darauf hat ja auch der Landesrechnungshof mit Recht und ausdrücklich hingewiesen. Wenn Sie in dem Bericht des Landesrechnungshofs nur einige wenige Daten lesen und Ihren Sündenteil überschlagen, meine Damen und Herren, ist es Ihre Kurzsichtigkeit, aber nicht Ihre Ehrlichkeit, die Sie dies so tun läßt.

(Beifall bei der CDU. — Unruhe bei der SPD. — Schröder [SPD]: Das war eine verwegene Aussage!)

Meine Damen, meine Herren! Ich komme jetzt zum Thema Ausgabenstruktur.

(Unruhe.)

— Ich bin ja gern bereit, einmal in den Ausschuß zu kommen und Ihnen Nachhilfeunterricht zu

Frau Breuel

geben, damit Sie endlich einmal die Zahlen bekommen, meine Damen, meine Herren, aber es hat doch keinen Zweck, das jetzt hier weiterzudiskutieren.

(Zustimmung von Döring [CDU]. — Unruhe.)

Die Ausgabenstruktur wird im wesentlichen von 20 Positionen bestimmt, die etwa 90 % der Ausgaben ausmachen. Den größten Teil der Gesamtausgaben nehmen mit 41,6 % — übrigens unverändert gegenüber 1986 — die Personalausgaben ein. Nun haben wir zwar versucht, bei der Schaffung neuer Stellen äußerste Zurückhaltung walten zu lassen, auch haben wir uns davon leiten lassen, daß es eine maßvolle und zurückhaltende Besoldungs- und Tarifrunde 1987 geben wird, aber dennoch beträgt das Volumen des Personalhaushalts 11,6 Milliarden DM.

Der Haushaltsplanentwurf enthält neue Stellen grundsätzlich nur insoweit, als Ihnen entsprechende Einsparungen bzw. Umschichtungen gegenüberstehen oder als sie in Einzelfällen wegen unabweisbaren Bedarfs zugebilligt werden müssen.

(Zuruf: Koalitionsvereinbarung!)

Meine Damen, meine Herren! Die Personalbewirtschaftung folgt dem Grundsatz, daß neue Stellen personalkostenneutral geschaffen werden sollen, daß also ein neuer Bedarf durch Umschichtungen aus Aufgabenbereichen zu decken ist, die eingeschränkt werden oder ganz wegfallen können. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch im neuen Umweltministerium ein Teil der neuen Stellen im nachgeordneten Bereich selbst erwirtschaftet werden muß. Ich will aber auch eine Priorität hervorheben, die wir gesetzt haben: Mit 549 Stellenhebungen im mittleren und gehobenen Dienst der Schutz- und Kriminalpolizei entfallen fast alle Hebungen auf genau diesen Bereich, weil er uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderer Wichtigkeit erschien.

Meine Damen und Herren! Rationalisierung der Verwaltung, Personalabbau beim Wegfall von Aufgaben, Überprüfung der Personalstruktur des Landes — das sind die Ansatzpunkte für weitere Einsparungen. Deshalb haben wir für eine Reihe von Verwaltungen beschlossen, daß in den nächsten Jahren 4 % des Personals dadurch eingespart werden, daß von drei frei werdenden Stellen eine nur wiederbesetzt wird.

Ich komme nun zum Thema Investitionsausgaben und meine im Moment die Investitionsausgaben traditioneller Abgrenzung. Diese sind mit

gut 3,5 Milliarden DM um 478 Millionen DM niedriger als im laufenden Jahr. Dies ist übrigens zunächst einmal zu erklären durch 110 Millionen DM Wohnungsbauprämien, die vom Bund finanziert werden und ab 1987 nicht mehr im Haushalt stehen, zum anderen für die im Etat 1986 noch wirkende besondere Verstärkung der Investitionen aus dem sogenannten 500-Millionen-DM-Programm.

(Aller [SPD]: Sind das die Programme, die Sie vorhin verteufelt haben?)

Infolgedessen liegt die Investitionsquote um 2 Prozentpunkte unter dem Wert von 1986. Nachdem die Investitionsinitiative des Landes 1985/86 die gewünschte Impulswirkung für die Beschäftigung gebracht hat — wie ich an den Zahlen vorhin habe nachweisen können —, ist es vertretbar und angesichts begrenzter Finanzierungsmöglichkeiten auch geboten, den Block der Investitionsausgaben auf das Niveau von 1985 zurückzuführen. Ich will aber auch betonen, meine Damen, meine Herren, daß unabhängig davon Beschäftigungsinitiative und Ausbildungsplatzprogramm auf hohem Niveau weiterlaufen. Allerdings haben wir im Jahre 1986 auch in diesem Bereich wegen der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt mit erheblichen Minderausgaben zu rechnen, weil einzelne Programmteile nicht so in Anspruch genommen worden sind, wie das vorgesehen gewesen ist. Diese Mittel werden wir als Ausgleich der Ergänzungsvorlage einsetzen; der in der Finanzplanung 1987 vorgesehene Rahmen von 115 Millionen DM muß nicht verringert werden, weil eine Reste-Übertragung nach 1987 stattfindet.

Wichtig allerdings scheint mir zu sein, meine Damen, meine Herren, daß die Investitionsquote herkömmlicher Definition — jedenfalls nach meiner Einschätzung — nicht mehr den zeitgemäßen Maßstab hergibt, an dem zukunftswirksames Handeln des Landes abgelesen werden kann. Die haushaltmäßige Abgrenzung der investiven Ausgaben folgt formalen Kriterien. Ich will das nicht im einzelnen erläutern, nur eines hinzufügen: Ich bin sehr überzeugt davon, daß der entscheidende Rohstoff der Zukunft Investitionen in Humankapital sind. Was sich in den Köpfen der Menschen abspielt, das wird unsere wirtschaftliche Zukunft entscheidend prägen

(Wernstedt [SPD]: Das war schon immer so!)

und damit auch die Lage am Arbeitsmarkt beeinflussen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Deshalb sind die Investitionen in diesem Bereich gestiegen. Wenn man z. B. einmal die Ausgaben für Hochschulen, Berufsschulen, hochschulnahe Forschung betrachtet, so stellt man fest, daß sich hier bereits Größenordnungen wie bei den Sachinvestitionen ergeben, sogar mit steigender Tendenz, nämlich von 2,9 Milliarden DM im Jahre 1986 auf 3,2 Milliarden DM im Jahre 1990. Ich sage auch ganz offen: Es gibt natürlich auch konsumtive Staatsausgaben, die positive Zukunftswirkungen entfalten. Eine Intensivierung universitärer Forschung oder Entwicklung kann durchaus einen höheren Beitrag zur Wohlstandssicherung leisten als — ich nenne nur als Beispiel — ein Behördenbau oder die Verbreiterung einer Landesstraße.

Da ich es für sehr wichtig halte, darauf hinzuweisen, daß sich für ein Industrieland wirtschaftlich in den nächsten Jahren im Bereich der neuen Technologien viel entscheiden wird, muß ich auch hinzufügen, daß die deutsche Wirtschaft — und darin eingebettet die niedersächsische Wirtschaft — vielleicht sogar an einer historischen Wegkreuzung steht. Wir müssen uns nämlich in den nächsten Jahren auch politisch entscheiden, ob wir die führende Position in der Weltwirtschaft beibehalten können oder ob wir auf einer Welle von Technologiefindlichkeit und Ausstiegsmentalität im Tal der Mittelmäßigkeit versinken.

(Wernstedt [SPD]: Das ist doch längst vorbei!)

— Das ist bei Ihnen vorbei, Herr Wernstedt?

(Wernstedt [SPD]: Das, was in der Öffentlichkeit diskutiert wurde!)

— Ausstiegsmentalität und Technologiefindlichkeit scheinen mir Worte zu sein, die in vielen Gruppierungen noch sehr intensiv diskutiert werden. Wenn Sie das hier bestreiten, nehme ich das mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis.

Weil wir diesen Weg für wichtig und notwendig halten, haben wir uns als Forschungsland für den Fortschritt entschieden und haben im Haushalt 1987 rund 176 Millionen DM mehr für Hochschulen, sonstige Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungsmaßnahmen veranschlagt als im Vorjahr. Nur einige wenige Beispiele sollen hier genannt werden. Die Hochschulen erhalten 90 zusätzliche Stellen, beispielsweise zur Verstärkung des „Forschungspools“, für Biotechnologie sowie für Professorenstellen für den hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs. Natürlich

werden wir auch die Politik der vergangenen Jahre, unter anderem wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen zu fördern, künftig fortsetzen. Stichworte sind hier das Laser-Institut und das Solar-Institut.

Neue Akzente werden auch beim Städtebau gesetzt. Bei der Stadt- und Dorfsanierung handelt es sich um einen öffentlichen Investitionsbereich mit hohen direkten und indirekten Anstoßwirkungen, und zwar wegen der Mobilisierung eines Mehrfachen an privatem Kapital und deshalb mit einem hohen Multiplikatoreffekt. Investitionen der Stadterneuerung sind regional breit gestreut, beschäftigen nicht nur die Bauwirtschaft, sondern auch das Handwerk. Sie sind sehr beschäftigungsintensiv. Ich will auch sagen, daß hierzu ebenfalls die Modernisierung des Wohnungsbestandes, Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und Maßnahmen des Umweltschutzes gehören.

In Niedersachsen werden 1987 — einschließlich der kommunalen Mittel in Höhe von 96,1 Millionen DM — über 288 Millionen DM öffentliche Mittel für diese Bereiche eingesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU.)

Ich halte dies auch deshalb für wichtig, weil es ein Beitrag zur strukturellen Anpassung der Bauwirtschaft ist.

Meine Damen und Herren, zur weiteren Verbesserung von Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur des Landes werden neben dem Einsatz der bewährten Instrumente wie zum Beispiel dem Wirtschaftsförderfonds Investitionszuschüsse für Ansiedlungen und Erweiterungen mit der Folge geleistet, daß sich auf dem Arbeitsmarkt etwas positiv bewegt. Die mittelständisch orientierte Auslandsförderung, Betriebsberatung und Mittelstandsforschung werden verstärkt, und der Technologietransfer zwischen Wirtschaft und Hochschulen wird verbessert.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß wir durchaus eine Haushaltsenge zu verzeichnen haben. Ich will deshalb jetzt betonen, daß wir trotz der Haushaltsenge zu unserem Wort stehen, die bäuerliche Landwirtschaft in der gegenwärtig schwierigen Lage zu stützen. Sämtliche vor der Regierungsneubildung beschlossenen Programme sind — von dem Modellversuch „Grünbrache“ bis zur Hilfe für existenzgefährdete Betriebe durch Landankäufe — bei den Kabinettsbeschlüssen im Juli unangetastet geblieben. Allerdings — das muß ich hinzufügen — erweist sich jetzt bei der Grünbrache, daß diese Maßnahme noch nicht voll angenommen worden ist.

Frau Breuel

Für die Ausweitung der benachteiligten Gebiete werden mehr als 53 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt. Die Forschung und Entwicklung nachwachsender Rohstoffe wird verstärkt fortgeführt. Mit dem „Junglandwirteprogramm“ in Höhe von 10 Millionen DM wird den jungen Landwirten erstmalig bei der Übernahme von Betrieben unter die Arme gegriffen.

Umweltpolitik, meine Damen und Herren, ist für uns kein neues Thema, sondern wird seit vielen Jahren intensiv verfolgt. Niedersachsen hat im Umweltschutz Maßstäbe gesetzt. Wir sind unserem Ziel, rd. 2 % der Landesfläche als Naturschutzflächen auszuweisen, in den letzten Jahren schon sehr nahe gekommen. Seit 1982 konnten wir die Naturschutzflächen im Lande um über 50 % vergrößern. Für den Ankauf weiterer Naturschutzflächen haben wir für das Jahr 1987 20 Millionen DM vorgesehen. Ich möchte nur in Ihre Erinnerung rufen, daß wir außerdem durch die Schaffung des Nationalparks Wattenmeer inzwischen eine besonders große Fläche unter Schutz gestellt haben.

Für die Pflege und Erhaltung der Wälder sind 52 Millionen DM vorgesehen. Wir beteiligen uns auch an der Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser. Wir haben für die Bekämpfung und Beseitigung von Ölverunreinigungen mehr Mittel als im Jahr 1986 zur Verfügung gestellt. Es ist vorgesehen, etwas für Ölunfallbekämpfungsschiffe zu tun.

Es sind auch Mittel für die Abfallwirtschaft im Haushalt, ein Thema, das zunehmend an Bedeutung gewinnt. Einschließlich einer Verpflichtungsermächtigung beträgt der Ansatz hierfür rund 16 Millionen DM.

Ich denke, meine Damen und Herren, man kann sagen, es kommt nicht von ungefähr, daß Niedersachsen heute einer der wichtigsten Standorte für Umweltforschung ist. Zum Beispiel in Hannover, in Braunschweig, in Göttingen und in Clausthal wird geforscht für den Wald, für die Reinhaltung der Luft, für die Biotechnik, für die Fernwärme und den Strahlenschutz. Dies alles sind zukunftsweisende Strukturentscheidungen.

Zielgerichteter Umweltschutz mit Kompetenz wird jetzt im Umweltministerium praktiziert, in dem alle Aufgaben unter einem Dach zusammengefaßt sind. Ich füge aber auch hinzu, meine Damen und Herren: Umweltschutz ist nicht in jedem Fall eine Aufgabe, die mit mehr öffentlichen Mitteln zu rechnen hat. Ich denke schon, daß man auch darauf hinweisen muß, daß es richtig, denkbar und möglich ist, hinsichtlich des Um-

weltschutzes in den Bereichen, in denen dies vertretbar ist, auf Sicht kostendeckende Gebühren nach dem Verursacherprinzip anzustreben.

(Aller [SPD]: Dabei helfen wir Ihnen!)

— Bei den kostendeckenden Gebühren helfen Sie? Ist in Ordnung.

Auch in der Familienpolitik sind neue Akzente gesetzt worden. Ich will nur das Beispiel der Kindergartenbeiträge herausgreifen. Die Kindergartenträger werden auch künftig ihre Leistung ohne Erhöhung der Elternbeiträge erbringen können. Der Ansatz für die Förderung von Kindertagesstätten steigt gegenüber dem Vorjahr von 40 Millionen auf knapp 53 Millionen DM.

Auch die Ausgaben für die Erwachsenenbildung steigen, und zwar um 7,2 Millionen DM. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Zuwachs um 8 %.

Ich möchte Sie gern auf ein Thema hinweisen, das meines Erachtens von großer Bedeutung ist, nämlich auf das Modellvorhaben „Neuer Start ab 35“, das ein Stück praktizierter Frauenpolitik ist. Sie wissen, daß die Frauenpolitik durch die Ernennung der Landesfrauenbeauftragten einen neuen Rahmen bekommen hat und daß auf diesem Gebiet mit konsequenter Arbeit weiteres geschaffen werden soll. Wir verfolgen damit vorrangig unser Ziel, die Verwirklichung von Gleichberechtigung und mehr Partnerschaft zwischen Mann und Frau möglichst schnell umzusetzen. Nun kann auch dieses Ziel nicht zum Nulltarif erreicht werden. Damit die Landesfrauenbeauftragte ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen kann, haben wir für diesen Zweck zusätzlich 500 000 DM zur Verfügung gestellt.

(Schörshusen [Grüne]: Das sind doch alles Verlagerungen!)

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Haushalt auch erneut Anstrengungen zur Hebung des Ansehens der Landeshauptstadt verankert, indem wir die Mittel zur Verbesserung des kulturellen Angebots der Landeshauptstadt im Haushalt veranschlagt haben. Wir übernehmen zwei Drittel eines 100-Millionen-DM-Programms, das zum Beispiel dem Ausbau des Sprengel-Museums oder der Ergänzung des Großen Gartens in Herrenhausen sowie Verbesserungen beim Schauspiel des Staatstheaters dient. Ich denke, daß auch diese 100 Millionen DM erneut ein Zeichen dafür sind, daß dieses Land kommunalfreundlich zu handeln weiß, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD: Wo denn?)

Ich füge hinzu — damit es dazu nicht weitere unvollendete Zwischenrufe gibt, wenn ich das einmal so sagen darf —, daß Niedersachsen eine Spitzenstellung

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Auf allen Gebieten!)

hinsichtlich des Zuwachses der finanziellen Zuwendungen des Landes an seine Kommunen im Vergleich zu allen anderen Flächenländern einnimmt.

(Zustimmung von Döring [CDU] und von Hildebrandt [FDP].)

Ich kann Ihnen hierzu einen unverdächtigen Zeugen nennen; er wird zumindest in Ihren Augen unverdächtig sein. Das ist der jährlich in Nordrhein-Westfalen erstellte Gemeindefinanzbericht, der unsere Spitzenstellung ausweist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Die Finanzlage der Kommunen hat sich, teilweise dem bundesweiten Trend folgend, seit Jahren günstiger entwickelt als die des Landes. Schon im Jahre 1984 haben sich die Kommunen um netto 134 Millionen DM entschuldet. Die niedersächsischen Kommunen konnten in ihrer Gesamtheit als einzige im Bundesgebiet ihren Schuldenstand reduzieren. Das sollte sich jeder zu Herzen nehmen: Die niedersächsischen Kommunen konnten als einzige ihren Schuldenstand reduzieren.

(Krapp [CDU]: Das ist eine große Leistung!)

— Ja, das ist eine große Leistung der Kommunen; aber auch der Zuweisungen des Landes, füge ich hinzu. — Das schließt nicht aus, daß es Kommunen gibt, die mit dem Durchschnittswert wenig anfangen können, weil sie halt wesentlich darunter liegen.

Wir wissen auch, meine Damen und Herren, daß es für die Kommunen noch belastende Faktoren gibt, beispielsweise den Asylantenzustrom oder die steigende Inanspruchnahme der Sozialhilfe. Aber feste Preise, niedrige Zinsen und sinkende Zinslasten nach dem Schuldenabbau verschaffen den Gemeindehaushalten ebenso Spielraum wie das steigende Gewerbesteueraufkommen. Auch die Erhöhung der Beschäftigtenzahl und die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung schlagen sich positiv in den Gemeindehaushalten nieder.

In Abwägung dieses per Saldo guten Zustandes bei den Kommunen auf der einen Seite und der schwierigen finanziellen Situation des Landes auf der anderen Seite haben wir den Anstieg der

Steuerverbundeleistungen an die Kommunen etwas mehr am Anstieg der Haushaltsausgaben des Landes orientiert. 1987 und 1988 sollen es je 3 %, 1989 und 1990 je 4 % Zuwachs sein.

(Kaiser [SPD]: Nennen Sie doch mal die absoluten Zahlen!)

Daraus ergibt sich im Vergleich zum Zuwachs des Haushalts insgesamt ein durchschnittlich jährlich um mindestens 1 % höherer Zuwachs bei den Steuerverbundeleistungen des Landes an die Kommunen. Wir geben also den Kommunen prozentual mehr, als wir für uns beanspruchen. Das ist nach wie vor eine beachtliche Leistung.

(Kaiser [SPD]: Nennen Sie doch mal die absoluten Zahlen! Das klingt besser! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Das ist ein Zuwachs, der zwar hinter den ursprünglich mittelfristig geschätzten Orientierungsdaten zurückgeblieben ist, es ist aber ein realer Zuwachs, der den Kommunen ein Mehr zusagt, mit dem sie fest kalkulieren können.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Wenn Sie noch eine weitere Aussage dazu hören wollen, dann kann ich Ihnen sagen, daß im Steuerverbund — um die Relation Land zu Kommunen noch einmal sichtbar zu machen — die Leistungen an die Kommunen im Jahre 1987 wie im Jahre 1986 13,1 % des Etatvolumens ausmachen werden. Im Rahmen der Mipla werden diese Leistungen sogar auf 13,6 % steigen. Das will heißen: Die gesamten Zahlungen des Landes werden, wie im Durchschnitt der letzten Jahre, bei 24 % des Haushaltsvolumens liegen.

(Zuruf von Schmalstieg [SPD].)

— Herr Schmalstieg, Sie bekommen ohnehin immer etwas extra. Das habe ich soeben schon betont, als ich auf die 100 Millionen DM hingewiesen habe.

(Kaiser [SPD]: Das fällt Ihnen auch schwer!)

Es fließt also jede vierte Mark an die Kommunen.

(Schörshusen [Grüne]: Und jede fünfte Mark an die Banken!)

Die weiteren Zahlen und Daten können Sie den Strukturdaten entnehmen, die wir Ihnen auf den Tisch gelegt haben.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zur Ergänzungsvorlage sagen. In der Ergänzungsvorlage sind 200 Millionen DM an Ausgaben umgeschichtet worden. Alle Mehrausgaben sind durch Kürzungen an anderen Stellen des Haushalts ausgeglichen worden. Die Kreditaufnahme ist unver-

Frau Breuel

ändert geblieben. Die Ergänzungsvorlage berücksichtigt im wesentlichen das APN '86 und die Organisationsänderungen, also die Einrichtung des Umweltministeriums und der Landesfrauenbeauftragten.

Ich will allerdings auch auf einen Sonderpunkt in der Ergänzungsvorlage hinweisen. Dabei handelt es sich um die Hilfestellung für die Werften, für die mit Hilfe des Bundes für 1987 und für 1988 je 30 Millionen DM eingesetzt werden. Die Mittel sollen für die Umstrukturierungsinvestitionen auf unseren Werften und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Rahmen von Kapazitätsanpassungsmaßnahmen verwendet werden.

Da dies üblich zu sein scheint, lassen Sie mich jetzt noch etwas zum Vollzug des Haushalts 1986 sagen. Nach drei Quartalen läßt sich feststellen, daß die Ausgabenseite des Haushalts 1986 insgesamt keine Deckungsprobleme aufwerfen dürfte. Es gibt zwar beträchtliche Mehrausgaben im Bereich der Asylbewerber, wir haben aber auch Positionen, die hinter dem Soll zurückbleiben. Insofern dürften wir in etwa zurechtkommen.

Anders stellt sich natürlich die Einnahmeseite auch im Haushalt 1986 dar, die wesentlich von den rückläufigen Förderzinseinnahmen geprägt ist. Wir gehen davon aus, daß wir im Jahre 1986 allenfalls knapp 1,5 Milliarden DM bekommen werden. Damit bleiben die Einnahmen um 500 Millionen DM hinter dem Haushaltsansatz zurück. Diesen Mindereinnahmen stehen wegen der in diesem Jahr bereits vollzogenen 50prozentigen Einbeziehung der Förderabgabe in den Länderfinanzausgleich höhere Einnahmen aus dem Finanzausgleich in Höhe von 100 Millionen DM gegenüber. Obwohl wir inzwischen einige konkretere Zahlen haben, ist noch nicht endgültig zu sagen, inwieweit Steuern und übrige Einnahmen zur Kompensation beitragen werden. Jedenfalls ist zu sagen, daß die gesamten Kreditermächtigungen aus heutiger Sicht ausgeschöpft werden müssen. Bei voller Ausschöpfung der Kreditermächtigungen und der veranschlagten Entnahme aus der Rücklage sollten zusätzliche Maßnahmen zur Erzielung eines ausgeglichenen Abschlusses 1986 vermeidbar bleiben.

Meine Damen und Herren, wie im Vorjahr legt die Landesregierung gemeinsam mit dem Haushaltsplanentwurf die Mipla vor. Wir wollen damit wiederum den engen Zusammenhang zwischen jährlicher und mittelfristiger Planung dokumentieren.

Eine Politik, die die Zukunft gestalten will — dies werden meine Schlußworte sein —, darf

nicht nur Überkommenes fortschreiben, sondern muß finanzpolitischen Handlungsspielraum stets neu schaffen. Die Mipla soll deshalb als politische Aufforderung verstanden werden, Freiräume für zukunftsbestimmende Politik zu bilden. Denn für mich gibt es nur ein Rezept, das bei gebremsten Einnahmen unter Wahrung des Konsolidierungskurses und der Steuersenkungsabsichten die Chance bietet, neue politische Bewegungsfreiheiten zu schaffen: Umstrukturieren, Umschichten und Umlenken der knappen Finanzmittel. Es gilt, überkommene Verpflichtungen ohne Tabus in Frage zu stellen, um Platz für dynamische Projekte zugunsten künftiger Generationen zu schaffen.

In diesem Sinne lege ich Ihnen den Haushaltsentwurf 1987 hier vor und bitte um Ihre Zustimmung. — Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Damit ist der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1987 eingebracht. Wie verabredet, werden wir diesen Punkt morgen früh ab 10 Uhr beraten.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Streichung von Lottomitteln für Forschungsförderung im „Forschungsland Niedersachsen“ — Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 7.10.1986 — Drs 11/174 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/233

Für die Beratung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Die Begründung kann bis zu siebeneinhalb Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu 15 Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu siebeneinhalb Minuten.

Zur Begründung der Großen Anfrage erteile ich dem Abgeordneten Wernstedt das Wort.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sachverhalt, um den es hier geht, ist relativ einfach darzustellen. Einige Monate vor der Landtagswahl hat die Niedersächsische Landesregierung mit großem propagandistischen Aufwand Niedersachsen zum Forschungsland er-

klärt. Herangezogen wurden für diese Begründung unter anderem Institutsgründungen, die in anderen Bundesländern erfolgreicher und ohne derart peinliche Selbstbeweihräucherung betrieben werden. Das wird die Landesregierung nachher in ihrer Antwort ja wiederholen. Dadurch wird es natürlich nicht effektiver.

Nach der Landtagswahl hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf erstellt, in dem die Zweckbindung der Toto-Lotto-Mittel für die Forschung — in diesem Jahr sind dies etwa 10 Millionen DM — aufgehoben wird. Als rechtlich verbindlich wirkende Konsequenz daraus hat der Minister für Wissenschaft und Kunst in einem Erlaß vom 22. August 1986 die entsprechenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen darauf hingewiesen, daß die weitere Förderung von Projekten nicht mehr sicher sei, daß der Vergabeausschuß nicht einberufen werde, daß Gelder für zugesagte Projekte gesperrt seien und eventuell notwendige arbeitsrechtliche Maßnahmen, d. h. Kündigungen, eingeleitet werden müßten. Nachher wird uns der Herr Minister erklären, daß das Ganze sowieso nur eine Vorsorgemaßnahme sei und gar keine Wirksamkeit gehabt habe. Tatsache ist allerdings, daß eine Reihe von Kündigungen ausgesprochen werden mußte, die heute morgen noch unwiderrufen und damit rechtlich in Ordnung waren. Insofern ist die Behauptung, es habe gar keine Konsequenzen gehabt, von vornherein unwahr.

Es hat selten eine so einhellige Empörung und Entrüstung an Niedersachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen gegeben wie über die Zielrichtung und das Verfahren dieser Maßnahme. Die Niedersächsische Landesregierung wußte offenbar nicht, was sie wirklich tat. Sie ist gleichsam mit der Sense und verbundenen Augen über einen Blumengarten hergefallen, und nun wundert sie sich, daß ihr die Bienen um die Ohren sausen und stechen.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Das paßt hier zwar nicht, aber der Vergleich ist schön!)

Der angerichtete Schaden ist beträchtlich, wenn gleich inzwischen längst versucht worden ist, den Schaden zu begrenzen. Die Streichung der Toto-Lotto-Mittel und die Konsequenz dieses Erlasses sind ein Schlag gegen die landesspezifische Forschung in Niedersachsen. Die Streichung gefährdet Beschäftigungsmöglichkeiten von schätzungsweise 300 bis 400 Nachwuchswissenschaftlern. Sie schwächt den Konkurrenzkampf auch niedersächsischer Hochschulen gegenüber anderen Bundesländern. Mit dieser Streichung wird auch die For-

schungsstruktur in Niedersachsen nachhaltig verändert. Dies läßt sich im einzelnen begründen: Erstens. Mit den Toto-Lotto-Mitteln sind bisher vor allem solche Projekte gefördert worden, die landesspezifische Bezüge hatten. Die Historische Kommission Niedersachsen könnte ohne Toto-Lotto-Mittel zum Beispiel überhaupt nicht publizieren. Neue Forschungsergebnisse und -vorhaben über die Nachkriegszeit, die Flüchtlingsfrage, die Konzentrationslager zum Beispiel in Hannover und Umgebung, den Historischen Atlas Niedersachsens und vieles andere mehr könnten ohne Toto-Lotto-Mittel überhaupt nicht bestehen oder publiziert werden. Das ist seit über 30 Jahren der Fall. Die Fragen der Sozial- und Regionalgeschichte Niedersachsens gehören hier ebenfalls hinzu, wie noch am Sonnabend — also nach der offiziellen Bekanntgabe, daß das alles gar nicht so ernst gewesen sein soll — der Sprecher des Arbeitskreises für niedersächsische Wirtschaft und Sozialgeschichte geschrieben hat.

Aber nicht nur historische und geisteswissenschaftliche, sondern vor allem auch naturwissenschaftliche, technische, landwirtschaftliche und gärtnerische Forschungsprojekte wurden aus Toto-Lotto-Mitteln gefördert. Dazu gehören auch Fragen des Wasserbaues, Obstbaues, der technischen Chemie, Pflanzenkrankheiten und dergleichen mehr, also eine ganze Fülle von entsprechenden Aufgaben, die landesspezifisch wichtig waren. Dies alles wird gefährdet, und anderes ist — jedenfalls bis heute morgen — verbindlich nicht zu hören gewesen.

Zweitens. Die Landesregierung, die sich sonst so rühmt, in der Sorge um Landesbewußtsein und Heimatgeschichte unübertrefflich zu sein

(Stock [CDU]: So ist es!)

— solche Heimatreden hören wir ja überall —, straft sich auch mit der Absicht dieser Maßnahme selbst Lügen.

(Beifall bei der SPD.)

Drittens. Der Großteil der Förderung aus Toto-Lotto-Mitteln kommt selbstverständlich jungen Forschern zugute. Es werden mit dieser Maßnahme nicht nur Projekte gefördert, sondern Beschäftigungsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler gesichert bzw. umgekehrt mit dieser Streichung vernichtet. Dies ist Ausdruck einer forschungsfeindlichen Gesinnung, weil sie eines der wenigen Instrumente zur flexiblen Finanzierung junger Wissenschaftler zerschlägt. Es werden nach unserer Schätzung, wie gesagt, 300 bis 400 Arbeitsplätze und -möglichkeiten sein.

Wernstedt

Viertens. Mit einer solchen Maßnahme gefährdet die Landesregierung auch die Konkurrenzfähigkeit niedersächsischer Hochschulen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Berufungsverhandlungen mit hochqualifizierten Forschern werden zuweilen durch den Hinweis darauf erleichtert, daß man für landesspezifische Projekte auch Toto-Lotto-Mittel einsetzen könne.

Fünftens. Mit der Streichung der Toto-Lotto-Mittel würde ein viel stärkerer Eingriff in die Forschungsstruktur vorgenommen, als es der vergleichsweise kleine Betrag von 10 Millionen DM vermuten ließe. Die Toto-Lotto-Mittel stellen gleichsam ein notwendiges Unterholz für einen gesunden Forschungswald dar. Hier soll ein bewährtes Instrument der Förderung zerschlagen werden.

Sechstens. Mit der Streichung der Toto-Lotto-Mittel oder diesem Instrument ist auch die Einrichtung eines unabhängigen Ausschusses für die Vergabe dieser Mittel gefährdet. Es steht insofern zur Diskussion, daß dann, wenn das gestrichen werden sollte, auch unabhängige Wissenschaft in Niedersachsen selbst nicht mehr den Rang haben kann wie vorher.

Die Armut öffentlicher Haushalte — das haben wir gerade gehört — darf nicht dazu führen, daß eine ahnungslose Regierung in ihren Sparbemühungen nur wütend um sich schlägt.

(Beifall bei der SPD.)

Die Proteste quer durch alle Fakultäten und im übrigen auch alle politischen Lager sind scharf und eindeutig. Die Selbsternennung Niedersachsens zum Forschungsland ist damit als das entlarvt worden, was sie von Anfang an war: der größte hochschulpolitische Etikettenschwindel in der Nachkriegszeit.

(Beifall bei der SPD.)

Es fehlt in Niedersachsen nicht an den entsprechenden Forschungseinrichtungen, an der Intelligenz der Forscher, der Hochschulen und der Universitäten, sondern es fehlt an der entscheidenden Voraussetzung dafür, daß Niedersachsen ein Forschungsland werden kann, nämlich an einer forschungsfreundlichen Regierung,

(Beifall bei der SPD — Bruns [Emden] [SPD]: Das ist wahr!)

die nicht nur Plakate malt, sondern auch ihre Gesinnung so lebt.

Wie wir wissen, hat die Landesregierung unterdessen den ungeordneten Rückzug angetreten. Die FDP beschwichtigt in nichtssagenden Briefen oder hat es getan; der Wissenschaftsminister hat

darüber schwadroniert, und der Ministerpräsident hat vor dem Heimatbund erklärt, alles werde zurückgenommen bzw. der Minister für Wissenschaft und Kunst müsse in seinem Etat die entsprechenden Gelder einsparen.

Nun einmal unabhängig davon, daß mit der Einbringung des Haushalts vor einer Stunde im Landtag dieser Landtag selbst Herr des Haushaltsverfahrens für 1987 ist, daß sich also die Fraktionen von CDU und FDP hier und heute deutlich und eindeutig erklären müssen, bleiben doch einige wichtige Fragen offen, die die Landesregierung ebenfalls beantworten muß:

Erstens. Warum ist denn dieser ganze Zirkus überhaupt veranstaltet worden, wenn Sie jetzt die Mittel wieder einstellen wollen?

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens. Sie haben in den vergangenen Tagen die Wiederherstellung der bisherigen Höhe der Mittel angekündigt. Inzwischen wollen Sie das ja auch verbindlich umsetzen. Woher wollen Sie das Geld eigentlich nehmen? Warum haben Sie die Sparvorschläge aus dem MWK nicht schon bei der normalen Haushaltsaufstellung diskutiert und beschlossen? Das Verfahren, das Sie hier gewählt haben, ist schlicht schludrige Haushaltsaufstellung.

(Beifall bei der SPD.)

Drittens. Wenn Sie den Erlaß vom August zurücknehmen, soll das dann nur für 1987 eine Rücknahme sein, oder sollen in den späteren Jahren die entsprechenden Toto-Lotto-Mittel wiederhergestellt werden? Haben Sie vor, die Zweckbindung für Toto-Lotto-Mittel endgültig für den Forschungsbereich aufzuheben oder nicht? Dazu müssen Sie heute klipp und klar Antwort geben.

Viertens. Wie stellen Sie sich das Verfahren der Vergabe der 10 Millionen DM weiterhin vor? Es ist für eine unabhängige Forschung unabdingbar, daß ein relativ abhängiges Gremium wie der bisherige Toto-Lotto-Mittelausschuß diese Aufgabe wahrnimmt. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Vergabep Praxis ausschließlich in der Hand des Ministeriums läge.

Die Landesregierung hat mit ihrem Vorgehen eine unverantwortliche Politik betrieben. Auch der Hinweis auf die angeblich 176 Millionen DM und was weiß ich was alles noch in den Etat kommt, zum Beispiel die Übertragung der Hochschulbaumittel plötzlich in andere Etats, dient mehr oder weniger dazu, von diesem entscheidenden Problem, das jetzt Gegenstand unserer Anfrage ist, abzulenken.

Es bleibt nach alledem ein ganz schaler Eindruck: Meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause, wir stellen eine Große Anfrage; wir diskutieren heute am 22. Oktober. Gestern hat uns die Landesregierung im Vorwege dankenswerterweise die Antwort mitgeteilt und hat gesagt: „Die Adressaten des Schnellbriefes vom 22. August sind von mir bereits darüber informiert worden, daß die niedersächsische Forschungsprojektförderung in vollem Umfang weitergeführt wird.“ Das war gestern.

Heute morgen habe ich daraufhin einige Hochschulen angerufen und gefragt, ob sie denn schon in irgendeiner Weise verbindlich informiert worden seien. Drei Hochschulen haben mir erklärt, sie hätten bisher nur die Pressemitteilung, und das habe ja wohl keine rechtsverbindliche Kraft. Eine einzige Hochschule war heute morgen nach dem Posteingang im Besitz eines Erlasses vom 21. Oktober, also von gestern. Danach wird ihr erklärt, der Schnellbrief vom 22. August 1986 sei aufgehoben. Das, meine Damen und Herren, ist kein Ruhmesblatt für eine ordentlich geführte Landesregierung!

(Beifall bei der SPD.)

Ich freue mich darüber, daß wir sozusagen den Wissenschaftlern und den betroffenen Leuten sagen können, daß hier ein Erfolg derjenigen, die protestiert haben, und der Opposition eingetreten ist.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

— Sie müssen sich nur mal Ihre eigenen Briefe angucken! — Aber nichtsdestoweniger bleibt doch der Tatbestand, daß hier schludrig und unverantwortlich über ganz wichtige Gegenstände beraten worden ist. Das ist ein Schaden, den Sie so schnell überhaupt nicht wiedergutmachen können. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD. — Zempel [SPD] Sehr gut!)

Vizepräsident Ravens:

Damit ist die Große Anfrage begründet. Sie wird beantwortet von Herrn Wissenschaftsminister Cassens.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wernstedt, Sie haben mit den Argumenten von vorgestern argumentiert. Hier wird nichts gefährdet, hier wird nichts zerschlagen, hier sind keine

Gefährdungen eingetreten.

(Wernstedt [SPD]: Sie wissen, daß Sie bewußt die Unwahrheit sagen!)

Die Vergabep Praxis läuft in dem bisherigen Umfang. Auch der alte Ausschuß, der erst im November zusammengekommen ist, hat über die Projekte beraten.

(Wernstedt [SPD]: Wollen Sie die Hochschulen denn zu dummen Leuten erklären?)

Nach den bisherigen Prinzipien wird er es weiterverfolgen. Deshalb war das, was Sie vorgetragen haben, Schnee von gestern. Wir kommen mit der Sonne von heute.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung liegt Ihnen mittlerweile vor. Ich will deshalb dazu nur ganz wenige Bemerkungen machen. Niedersachsen ist und bleibt Forschungsland. Hier gibt es keinen Widerspruch, wie in der Großen Anfrage der SPD behauptet wird, sondern seit 1976 eine konsequente und erfolgreiche Politik der Landesregierung. Dies belegen wenige Beispiele: Errichtung bzw. Ausbau von 15 Forschungseinrichtungen mit einem Investitionsvolumen von 300 Millionen DM bis zum Ende der 70er Jahre,

(Wernstedt [SPD]: Das ist doch heute gar nicht das Thema!)

2,2 Milliarden DM Investitionssumme in unseren Hochschulen von 1976 bis 1985, Steigerung des niedersächsischen Anteils an der überregionalen Forschungsförderung von 9,5 % im Jahre 1976 auf 13 %.

(Wernstedt [SPD]: Thema verfehlt!)

Sie reden davon, daß die Forschung einen schweren Schlag erlitten habe. Ich erzähle Ihnen, daß sie von Jahr zu Jahr kontinuierlich gegen Ihren Widerstand aufgebaut worden ist. Das ist die Wahrheit.

Weitere Beispiele: Verdreifachung des niedersächsischen Anteils an dem BMFT-Projektförderungsprogramm von 1974 bis 1985, Ausbau Niedersachsens zum nationalen Zentrum der Biotechnologie im großen Wettstreit mit Nordrhein-Westfalen, Gewinnung des 450 Millionen DM teuren nationalen Großforschungsprojektes „Kontinentales Tiefbohrprogramm“.

Auch nach dem 15. Juni bleibt der gezielte weitere Ausbau des Forschungslandes Niedersachsen eine der Prioritäten der Landespolitik. Dies be-

Dr. Cassens

weisen klare Zahlen: 15 neue, bereits beschlossene Schwerpunktprogramme, Forschungsförderung in einem Umfang von 150 Millionen DM, weitere geplante Vorhaben in Braunschweig, Hannover und Oldenburg für voraussichtlich etwa 50 Millionen DM. Die niedersächsische Forschungsprojektförderung ist und bleibt Bestandteil dieses umfangreichen Förderungsprogrammes der Niedersächsischen Landesregierung.

(Wernstedt [SPD]: Warum haben Sie den ganzen Zirkus überhaupt gemacht?)

Zu keinem Zeitpunkt hat die Landesregierung die bisher aus den sogenannten Lottomitteln finanzierte Projektförderung in Frage gestellt. Vielmehr wird dieses bewährte Instrument niedersächsischer Forschungsförderung mit seinem besonderen Niedersachsenbezug und seinen Chancen für die Nachwuchswissenschaftler, die sich die wissenschaftlichen Sporen verdienen wollen, in vollem Umfang fortgesetzt, und zwar in der Größenordnung von 10,3 Millionen DM, wie 1986.

(Wernstedt [SPD]: Wir schicken den betreffenden Leuten diese Erklärung!)

Die überproportionale Ausgabensteigerung für den Bereich Wissenschaft und Forschung läßt eine volle Kompensation für die ausfallenden Lottomittel zu. Allein — ich nehme nicht den Haushalt, sondern nur das VW-Vorab — an VW-Vorab-Mitteln werden im Jahre 1987 fast 15 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen als 1986. Herr Wernstedt, 15 Millionen DM nur VW-Vorab! Die gute Geschäftsentwicklung des VW-Konzerns läßt auch 1988 wieder ein VW-Vorab in etwa der gleichen Größenordnung erwarten. Deshalb ist Ihre Befürchtung, es würden nur für den Haushalt 1987 die Ausgleichs vorgenommen, nicht richtig. Wir wollen es für die Zukunft fortsetzen. Die Grundlagen sind entsprechend geschaffen worden.

Die Adressaten des Schnellbriefes meines Hauses vom 22. August sind von mir bereits darüber informiert worden, daß die Projektförderung in vollem Umfang weitergeführt wird.

(Wernstedt [SPD]: Gestern! — Schröder [SPD]: Warum haben Sie den Erlaß denn gemacht?)

— Das war eine reine Vorsorgemaßnahme. Selbstverständlich mußte in dem Augenblick, als die Mittel nicht zur Verfügung standen, eine Vorsorgemaßnahme für den Fall getroffen werden, daß diese Mittel nicht zur Verfügung stehen würden. Wir haben dafür Sorge getragen, daß diese Mittel jetzt wieder zur Verfügung stehen.

(Wernstedt [SPD]: Sie haben sie doch selber erst gestrichen!)

Der Schnellbrief vom 22. August ist in vollem Umfang mit einem weiteren Schnellbrief vom gestrigen Tage aufgehoben worden. Ihr Lamento ist also völlig neben der Sache. Alle Projekte, die wir bislang durchgeführt haben und bei denen schon Planungen für 1987 beschlossen worden sind, können mit Punkt und Komma umgesetzt werden.

(Wernstedt [SPD]: Wissen Sie eigentlich, daß manche Leute schon entlassen worden sind?)

Das heißt im Klartext: Die niedersächsische Forschung und insbesondere die Hochschulen brauchen den Qualitätsvergleich mit der Forschung und mit Hochschulen anderer Bundesländer überhaupt nicht zu scheuen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich freue mich, daß dies inzwischen auch von der SPD eingesehen wird. Da ja die Projektförderungsmittel in vollem Umfang weiterfließen, wird die in der Großen Anfrage geäußerte Befürchtung, die niedersächsischen Hochschulen könnten erneut ins Hintertreffen geraten — derzeit sind sie es ja auch nach Ihrer Auffassung nicht —, gegenstandslos. Die Landesregierung hat jedenfalls ihren Beitrag dazu geleistet, daß unsere niedersächsischen Hochschulen und die niedersächsische Forschung insgesamt auch weiterhin konkurrenzfähig gestaltet werden können. Wir werden uns auch in Zukunft darum bemühen, daran zu arbeiten, daß unsere Forschungslandschaft attraktiv bleibt.

Im Klartext, Herr Wernstedt: Ihre Argumente können natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Große Anfrage ein Schlag ins Wasser war.

(Lachen bei der SPD.)

Sie ist danebengegangen.

(Zuruf von Zempel [SPD].)

Es läuft wie bisher weiter. Sie müssen damit fertig werden, daß Sie auch in Zukunft solche Erlebnisse haben werden. Tragen Sie es mit Fassung, meine Damen und Herren! Es geht weiterhin aufwärts mit dem Forschungsland Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Eine Büttentrede! Das ist unfassbar! — Weitere Zurufe. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Ravens:

Besprechung einer Großen Anfrage erfolgt, wenn eine Fraktion oder zehn anwesende Abgeordnete eine solche Besprechung verlangen. Ich habe bisher Wortmeldungen von drei Fraktionen vorliegen.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das kann doch nicht angehen!)

Die Besprechung ist eröffnet. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Graetsch. Ich erinnere daran, daß die Fraktionen der Grünen und der FDP eine Redezeit von jeweils siebeneinhalb Minuten haben.

(Wernstedt [SPD]: Die Rede des Ministers war ein Spiegelbild des Chaos dieser ganzen Veranstaltung!)

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die sachlichen Argumente zu dieser Großen Anfrage der SPD sind durch den Minister völlig klar vorgetragen worden.

(Lachen bei der SPD. — Zurufe von der SPD. — Frau Pistorius [SPD]: Seien Sie doch einmal ehrlich!)

Es bleibt dabei, daß die Forschungsförderung in diesem Punkt bei 10,3 Millionen DM bleibt. Es bleibt auch dabei, daß sich der Verteilmechanismus nicht ändert. Klargestellt ist weiterhin, daß wir uns innerhalb der Koalitionsfraktionen darüber einig sind, daß diese Forschungsförderung auch über das Jahr 1987 hinaus erhalten bleiben soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf bezieht sich auf den Haushalt 1987. Für 1988 werden wir erneut in eine Debatte darüber eintreten, ob dieses aus Lotto-Toto-Mitteln oder aus normalen Mitteln des Wissenschaftsministeriums fortgeführt werden soll. Insofern muß man in der Tat sagen, daß die Große Anfrage der SPD zum heutigen Zeitpunkt bereits erledigt gewesen ist,

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP] — Zuruf: Querschuß!)

und zwar auch durch die Mitteilung an alle Betroffenen, die der Minister allerdings erst gestern — so muß man fairerweise sagen — als Rundbrief abgesandt hat. Herr Wernstedt, Sie hätten den Kabinettsbeschuß zu dieser Frage aber schon sehr viel früher kennen können;

(Schröder [SPD]: Ihr gebt uns ja nicht die

Protokolle! — Gegenruf von Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist auch gut so!)

der ist nämlich nicht erst gestern gefaßt worden. Insofern darf ich Sie korrigieren. Auch Herr Rieger war hier nicht mehr auf der Höhe der Informationen.

(Wernstedt [SPD]: So chaotisch geht es inzwischen in Niedersachsen zu, daß nicht einmal Herr Rieger Bescheid weiß!)

Lassen Sie mich zum Punkt Forschungsförderung noch ein allgemeines Wort sagen. Es ist zutreffend, daß Niedersachsen ein Forschungsland bleibt. Der betreffende Ansatz ist um 176 Millionen DM erhöht worden. Ich glaube, dies ist eine Steigerungsrate, auf die Niedersachsen mit Recht stolz sein kann. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß Niedersachsen nur zusammen mit einem weiteten Bundesland willens und in der Lage ist, Forschungsgesellschaften wie die Max-Planck-Gesellschaft bei ihrer Forschungstätigkeit überproportional zu unterstützen. Wir brauchen uns hier im Lande mit unserer Forschungs- und Wissenschaftspolitik mit Sicherheit nicht vor den anderen Bundesländern zu verstecken.

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Graetsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wernstedt?

Graetsch (FDP):

Wenn sie kurz ist, ja.

Wernstedt (SPD):

Herr Graetsch, stehen Sie noch zu Ihrer eigenen Bewertung? In einem Brief vom 24. September an einen Wissenschaftler haben Sie geschrieben:

„Ich kann Ihre Sorge verstehen, daß die Herausnahme der Forschungsförderung aus der Verteilung der Toto-Lotto-Mittel zu einer Einstellung der Forschungsförderung für die von Ihnen betreuten Projekte führen könnte.“

Stehen Sie noch zu dieser Befürchtung?

Graetsch (FDP):

Ich habe allen, die sich an die Fraktion gewandt haben, mitgeteilt, daß wir aufgrund des abgesandten Schnellbriefes verstehen konnten, daß Unruhe entstanden ist.

(Aha! bei der SPD.)

Graetsch

Ich habe aber von vornherein deutlich gemacht, daß es sich bei dieser Maßnahme nur um eine Umschichtung innerhalb des Haushalts gehandelt hat, d. h. die Koalitionsfraktionen sind sich völlig einig darüber, daß diese Mittel anderweitig aufgebracht werden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Das haben wir bereits im Juli öffentlich gesagt. Zwischenzeitlich ist es in der Öffentlichkeit auch mehrfach bestätigt und schließlich auch durch die Ausweisung der entsprechenden Mittel im Haushalt des MWK in die Tat umgesetzt worden. Insofern glaube ich, daß die Betroffenen aufgrund des ersten Schnellbriefes zwar vielleicht in Sorge geraten konnten, aber keinen Anlaß hatten zu glauben, daß sie diese Mittel wirklich verlieren würden.

(Wernstedt [SPD]: Es ist wirklich skandalös, wie Sie die Leute behandeln! — Weiterer Zuruf von der SPD.)

Dadurch, daß wir das schnell öffentlich erklärt haben, haben wir versucht, mögliche Unruhe zu begrenzen, die Betroffenen also nicht vor eine unsichere Situation zu stellen.

(Zempel [SPD]: Das ist pure Heuchelei, was Sie da bringen!)

— Ich finde nicht, daß das Heuchelei ist. Wir haben gesagt, daß das eine notwendige Umschichtung innerhalb des Haushaltes ist, weil wir im Wissenschaftsbereich durch die Zuwächse in der Lage waren, die Toto-Lotto-Mittel auszugleichen, so daß wir andere Bereiche, die Ihnen sicherlich ebenso wichtig sind, nämlich den Sozialbereich und den Sportbereich, ungeschmälert in den Genuß dieser Toto-Lotto-Mittel kommen lassen konnten. Das sollte abschließend noch einmal gesagt werden.

Alles in allem gesehen möchte ich sagen, daß diese Große Anfrage eher von Ihrer Ahnungslosigkeit, Herr Wernstedt, denn von einer Ahnungslosigkeit der Landesregierung zeugt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. —

Dr. Ahrens [SPD]: Das war ein unglaublicher Eiertanz! — Wernstedt [SPD]: Es wird nicht besser, Herr Graetsch! — Zempel [SPD]: Unglaublich, so was!)

Vizepräsident Ravens:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammerbacher-Richter.

(Wernstedt [SPD]: Was sagt denn die CDU-Fraktion?)

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Ganze war ein Trick der Landesregierung.

(Schlotmann [CDU]: Trickreich, was?)

Es war nicht ein Sturm im Wasserglas. Das, so denke ich, wäre die falsche Bezeichnung; denn die Toto-Lotto-Mittel für Forschungsprojekte sind ja wirklich gestrichen worden. Das kann man nicht als Sturm im Wasserglas bezeichnen. Es war ein Trick,

(Oestmann [CDU]: Es ist übrigens ein Kompliment, wenn Sie das als Trick bezeichnen!)

weil Sie versucht haben, auszutesten, ob aus einem bestimmten Bereich kein Widerstand kommt, wenn Sie dort Ihre Haushaltskonsolidierungspolitik betreiben. Den Trick beschreibe ich Ihnen jetzt. Vielleicht weiß es die Fraktion der CDU noch gar nicht, aber ich denke mir, daß die Landesregierung sich etwas dabei gedacht hat. Sie hat versucht, ein vorhandenes Gesetz mit der eindeutigen Zweckbindung eines bestimmten Anteils der Mittel aus der Konzessionsabgabe Lotto durch den Entwurf eines anderen Gesetzes zu ändern, das lediglich für ein Jahr Gültigkeit haben soll, nämlich durch das Haushaltsgesetz. Das ist deshalb ein Trick, weil Sie dann, wenn Sie dies auf dem normalen juristischen Wege hätten behandeln wollen, ein Änderungsgesetz zur rechtlichen Ausgangslage hätten einbringen müssen.

(Schröder [SPD]: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Dann hätte dies hier auf dem Tisch gelegen, und zwar bevor Sie die Gelegenheit gehabt haben, den Wissenschaftsminister einen Erlaß schreiben zu lassen, aus dem sich die bekannten Konsequenzen ergeben.

(Stock [CDU]: Das ist kein Trick, weil zulässig! — Grill [CDU]: Das ist genauso zulässig wie das, was Sie wollen! — Wernstedt [SPD]: Das ist ja der Witz eines Tricks, daß er zulässig ist! — Grill [CDU]: Aber nicht so, wie Frau Hammerbacher-Richter das meint! Das wissen Sie doch!)

— Der Trick ist der, daß Sie versucht haben, die Diskussion abzuwürgen. Das ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich werde hier nicht das wiederholen, was bereits zur Problematik der Gewichtung verschiedener Ansätze in der Forschungspolitik gesagt worden

ist. Die Landesregierung verfolgt alles, was sich irgendwie unter den Schlagwörtern „wirtschaftsnah“ und „Großforschung“ unterbringen läßt, mit ganz besonderer Liebe und vergißt darüber, daß im Spitzenbereich nur dann eine qualifizierte Forschung entstehen kann, wenn eine breite Förderung im Einstiegsbereich vorhanden ist,

(Wernstedt [SPD]: Das ist richtig!)

und zwar sowohl derjenigen, die als Nachwuchsforscherinnen und -forscher zur Zeit in reicher Zahl vorhanden sind, als auch unter dem Gesichtspunkt, daß in der Forschung immer neue Fragestellungen entwickelt werden müssen.

(Zustimmung von Zempel [SPD] und Schörshusen [Grüne].)

Das findet in Großforschungseinrichtungen nicht unbedingt statt, weil sich dort Fragestellungen aufgrund der übermäßigen Spezialisierung im Kreise drehen.

Diese inhaltlichen Gesichtspunkte will ich aber gar nicht vertiefen. Dazu bietet sich später noch häufiger Gelegenheit. Ich denke, man muß auch finanzpolitisch noch etwas zu dieser ganzen Aktion sagen. Sie war schlicht und ergreifend überflüssig. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe Lotto aufgrund der größeren Wettbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande mit 12 Millionen DM mehr veranschlagt werden können, so daß auch unter diesem Gesichtspunkt eine Sparmaßnahme in diesem Bereich nicht zu begründen ist.

Auch unter dem Gesichtspunkt einer sparsamen und angemessenen Haushalts- und Verwaltungsführung ist das Ganze kein Sturm im Wasserglas, sondern eine ausgesprochene Mißwirtschaft; denn die Umschichtungen, die Sie jetzt vornehmen müssen, bedeuten, objektiv gesehen, nur einen überflüssigen Verwaltungsaufwand, eine Bindung von Arbeitszeit an Arbeiten, die man auf einem einfachen Weg ohne das ganze Hin und Her hätte erledigen können.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein letzter Punkt. Herr Cassens, ich glaube Ihnen noch nicht so ganz die Zusicherung, die Sie hier öffentlich verkündet haben, nicht deshalb, weil da irgendwelche Briefe noch nicht angekommen sind — daß die Briefe, wenn Sie sie abgeschickt haben, von der Post auch transportiert werden, nehme ich Ihnen ab —

(Wernstedt [SPD]: Das ist doch auch ein Trick! — Gegenruf von Hildebrandt [SPD]: Sie sind aber mißtrauisch, Herr Wernstedt!)

sondern weil ich mich frage, wie das jetzt finanziert wird. In Ihrer Antwort ist ja weniger Detailliertes enthalten, als uns wieder einmal Riegers „Rundblick“ bereits gesagt hat. Ich bitte Sie, dazu dann auch noch einmal Stellung zu nehmen. Dort ist ausgeführt worden, daß das Kabinett beschlossen habe, daß etwa 5 Millionen DM aus diesen neu zu benennenden Mitteln erst im Frühjahr 1987 benannt werden sollten. Das bedeutet doch, Herr Cassens, daß ein Großteil derjenigen, die jetzt betroffen sind, über diesen langen Zeitraum bis ins Frühjahr 1987 nicht in der Lage sein werden, ihre Personal- und Sachkosten und ihre inhaltliche Arbeit vernünftig zu kalkulieren. Deswegen, so denke ich, müßten Sie sich dazu noch einmal äußern.

Ein Punkt noch zuallerletzt, den ich etwas bedrückend fand; auch diesen habe ich Riegers „Rundblick“ entnommen. Es wäre im übrigen erfreulich, wenn wir als parlamentarische Fraktionen in Zukunft bestimmte Informationen vor Riegers „Rundblick“ bekämen.

(Brunns [Emden] [SPD]: Wieso denn jetzt plötzlich? — Weitere Zurufe.)

Abonniert habe ich ihn ja. — Ich habe also dem „Rundblick“ entnommen, daß 1,5 Millionen DM der Deckungsmittel, die Sie jetzt für diesen Bereich einsetzen wollen, Kürzungen im Bereich des Schüler-BAföG bedeuten. Wenn das stimmt, Herr Cassens,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

dann wäre es ja so, daß Sie hier letztlich verschiedene Gruppen, die aus unterschiedlichen Gründen keine besondere Lobby im Parlament haben — kleine Forschungsprojekte auf der einen Seite, Schüler aus einkommensschwachen Schichten auf der anderen Seite —, gegeneinander ausspielen, statt die Deckung dort zu suchen, wo sie wirklich vorhanden ist, nämlich in Riesenprojekten wie etwa dem TZN und anderen sogenannten Großforschungseinrichtungen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat der Abgeordnete Teyssen.

Teyssen (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei solcher Gelegenheit muß man einmal ad fontes, d. h. zu den Quellen, gehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Teyssen

Der alte Aristoteles hat einmal gesagt — — —

(Bruns [Emden] [SPD]: *Panta rei!*)

— Nein, Heraklit: Alles fließt. Auch in der Politik, auch beim Geld: Alles fließt.

Der alte Aristoteles hat einmal gesagt, die Politik sei die größte aller Künste. In Fortsetzung von Aristoteles würde ich sagen: Sie ist die schwerste aller Künste. — Zur Begründung würde ich anfügen: Das ist einmal von den Personen her so; denn Talente politischer Kunst wachsen weder in Dutzend- noch in Hundertschaften einfach so schnell nach.

(Kirschner [SPD]: Das sieht man am Minister! — Gegenruf von Schröder [SPD]: Sei ein bißchen ruhig; hier bahnt sich eine bedeutende Rede an!)

Zum anderen wird es auch die beste politische Kunst nicht vermögen,

(Bruns [Emden] [SPD]: Richtig!)

es allen Personen und Institutionen recht zu machen.

(Schröder [SPD]: Das ist völlig richtig!)

Darum wird alle Politik zu allen Zeiten auch immer wieder Zustimmung und immer wieder Ablehnung hervorrufen,

(Bruns [Emden] [SPD]: Genau!)

und darin liegt ja auch immer der Schlüssel vorhandener und agitierender Opposition.

(Bruns [Emden] [SPD]: Das stimmt!)

Der vorliegende Fall — drohende Streichung von rund 10 Millionen DM für niedersachsenorientierte Forschung und Rettung der gut 10 Millionen DM für niedersachsenbezogene Forschung — — —

(Schröder [SPD]: Ist durch Aristoteles abgewendet worden! — Beifall.)

— So ist das. Das ist aber schon wieder große Kunst.

Meine Herren, aufgrund der besonderen Konstellation dieses Falles mußte es ja zu Bewegung, mußte es ja zu Widerspruch und mußte es zu Alarm kommen, und zwar sowohl in den Oppositionsparteien als auch in den Regierungsparteien.

(Aha! bei der SPD.)

Wenn es denn nun die Opposition tröstet, will ich folgendes sagen: Kaum war das raus, da saßen wir zufällig in Lauterberg mit unserem Minister und seinen Mitarbeitern zusammen, und da hat er traurig dieses gesagt.

(Lachen bei der SPD. — Heiterkeit.)

Und da haben wir sofort das getan, was Sie auch getan haben: Alarm, Widerspruch und positive Beschlußfassung.

(Beifall. — Schröder [SPD]: Also hat der Tönjes gelogen!)

— Und schon damals hat der gute Tönjes gesagt: Auch das Kabinett will ja, wir können nur nicht so schnell; aber wir kommen über!

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, es ist geschehen, wie Sie sehen, und dafür, um der guten Sache willen, herzlichen Dank, lieber Herr Cassens, herzlichen Dank, verehrtes Kabinett.

(Heiterkeit.)

Aber ich frage mich nun einmal prinzipiell: Ist es wirklich so schlimm,

(Dehn [SPD]: Nein!)

daß der vorsorgende Schnellbrief von Herrn Cassens an die niedersächsischen Hochschulen hinausgegangen ist? Ist es wirklich so schlimm, daß auch unsere Hochschulen und Universitäten und deren Mitarbeiter, die ja manchmal so vorschnell sind in der Kritik von Politik und Politikern, auf diese Weise einmal erfahren, daß sie eingebunden sind in das große Schicksalsbuch von Soll und Haben des niedersächsischen Haushalts?

(Heiterkeit. — Oestmann [CDU]: Erwachsenenbildung einmal andersherum!)

Es tut Ihnen ganz gut, das bei solcher Gelegenheit wieder einmal zu erfahren. Ist es so schlimm, daß auch sie einmal erfahren, daß nichts selbstverständlich ist in dieser Welt und in der Politik? Ist es so schlimm, daß sie erfahren, daß es keine angestammten Rechte gibt, keine unverwundbaren Festungen und keine „up ewig ungedeelten“ Positionen? Das sollen auch die einmal erfahren. Ich denke, es ist auch nicht so schlimm, daß auch die Mitarbeiter, die sich in der niedersächsischen Forschung verdient gemacht haben, Damen und Herren, auf diese Weise einmal in Sorge, in Hoffnung und hoffentlich auch in Dankbarkeit diese ihre Rückkopplung zur Politik erfahren.

(Wernstedt [SPD]: Ist das, was Sie da sagen, gegenüber den Betroffenen nicht ein bißchen zynisch?)

Vielleicht ist es auch für sie Besinnung und Ansporn, wie auch von uns jede dieser Entscheidungen Besinnung, Ansporn und Entwurf erzwingt. Aber vergessen wir nie: Wir können das immer nur in der großen Zwangsjacke des Soll und Habens tun. Sonst machen wir schlechte Politik, und

sonst machen wir unverantwortbare Politik, wie es ja in der Bundesrepublik schon einmal geschehen ist. Und vergessen wir auch nicht, dort, wo wir gleichsam zwischen Skylla und Charybdis des Soll und Habens — — —

(Heiterkeit.)

— Skylla und Charybdis, das waren diese Felsen, ihr wißt ja noch, nicht wahr?

(Heiterkeit.)

Wo wir umschichten und wo wir neu entscheiden, reißen wir jetzt andere Ansprüche ein, und dort decken wir andere Interessen zu. Das werden wir in der Beratung des Wissenschaftshaushaltes ja erfahren. Verehrte Kollegen der Opposition, die wir heute alle so froh sind, daß dies nun geklappt hat, schreien Sie dann nicht so laut, zetern Sie dann nicht zu heftig, wenn es bei der zukünftigen Haushaltsberatung an dieser oder jener Stelle kneifen wird.

(Frau Pistorius [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

— Gnädige Frau, nicht alles ist zu haben, und nicht alles ist auf einmal zu haben.

Aber, meine Damen und Herren, alle eingeschlossen, diesen Beschluß tragen wir mit Ihnen, weil er eine gute Sache ist.

(Beifall.)

Ich sage, es ist eine gute Sache, weil ich zum Beleg nur zufällig in Göttingen einen Vetter habe, der seit Jahren als Forscher mit vielen Mitarbeitern an diesen Geldern partizipiert und der auch jetzt wieder einen Antrag gestellt hat.

(Heiterkeit.)

— Keine Vetternwirtschaft! Das darf ich doch wohl sagen. Ich habe dort einen Vetter, der jetzt wieder einen interessanten Antrag gestellt hat. Er untersucht die Ausfällungen der Schwermetalle aus der Oker auf ganz natürliche Weise. Ich halte das für eine wichtige, notwendige und gute Sache.

(Beifall bei den Grünen.)

Das hätte er nicht machen können, wenn wir ihm die Mittel nicht bewilligt hätten.

(Schröder [SPD]: Herr Teysen, ich habe einmal eine Frage: Sind Sie eigentlich ganz sicher, daß Sie Aristoteles nicht mit Didi Hallervorden verwechseln? — Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

— Nein, nein. Die Linie geht von Aristoteles über Plato — das war der große Idealist — zu Heraklit mit dem Satz „Alles fließt“. Didi Haller-

vorden ist noch mitten im Fließen. Er hat noch keine festen Positionen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Also meinen Vetter habe ich jetzt untergebracht. Eine gute Sache.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie zum Schluß einen älteren Kollegen, der zwölf Jahre im Parlament mitzuarbeiten versucht hat und der 30 Jahre lang praktische Politik gemacht hat und der nach dieser Wahlperiode wirklich — ob ihr es glaubt oder nicht — aussteigen wird — — — Eigentlich schade.

(Zurufe.)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen — ich sage das gerade deshalb, weil es bei uns manchmal so bitter, so heftig, so aggressiv zugeht —, denken Sie doch einmal darüber nach: Politik in einer freiheitlichen Demokratie ist bei allem vorhandenen Leerlauf, bei aller ermüdenden Routine eine faszinierende Sache. Ich finde, daran sollten wir einmal denken. Warum? — Sie könnte nicht nur mit Aristoteles die größte aller Künste, mit mir die schwerste aller Künste, mit Plato auch die schönste aller Künste sein. Wir sind doch Gewählte, und hinter uns steht das Vertrauen von Millionen niedersächsischer Bürger. Sie haben uns mit das Kostbarste anvertraut, was sie haben und was sie am schwersten hergeben, nämlich ihr Geld.

(Heiterkeit.)

Und mit diesem Geld machen wir Politik. Dieses Geld verteilen und verschenken wir, über dieses Geld ringen wir sicherlich manchmal auch mit bitteren Argumenten. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir gute Politik machen und wenn wir den Bürgern, die uns gewählt haben, das in uns gesetzte Vertrauen auch beweisen, dann werden sie froh sein und Sie alle — nicht mich — wiedewählen. Denken Sie auch einmal an diese schöne Sache.

Die Bürger erwarten von uns auch, daß wir ihr Geld sinnvoll und fruchtbringend verwenden, daß wir es mit der gebotenen Sparsamkeit verwenden und daß wir es gerecht verteilen.

(Dehn [SPD]: Auf Ihren Vetter!)

Weil ich gerade bei der Geschichte bin, Herr Schröder, möchte ich sagen: Auch diese Tugenden sind wichtig. Sie erwarten von uns im Grunde die Tugenden, die das christliche Abendland einmal ausgezeichnet haben,

(Wernstedt [SPD]: Aristoteles war kein Christ!)

Teysen

nämlich die Triube, die Staete und die Maaze. Treue im Sinne von Ehrlichkeit, des Vertrauens, Treue zu den Prinzipien unseres Staates und Treue auch zu den Gesetzen, Normen und Werten dieses unseres Staates,

(Zuruf von der SPD: Inquisition! — Weitere Zurufe von der SPD)

Stetigkeit im Sinne der vorausschaubaren Berechenbarkeit unseres Tuns, Stetigkeit auch als Charakterfestigkeit, Stetigkeit im Sinne des Sich-auf-uns-verlassen-Könnens und Maaze schließlich im Sinne des Maßfindens, im Sinne des Maßhaltens — auch bei den Haushaltsberatungen —, im Sinne des Augenmaßes für das Geförderte, im Sinne auch von Verteilungsgerechtigkeit und des ständigen Rückkoppelns zu den Gegebenheiten der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft. Meine Damen und Herren, das ist ein faszinierender Auftrag, den wir haben.

(Dehn [SPD]: Und was machen Sie daraus?)

Meine Damen und Herren, es sollte uns auch einmal mit Dankbarkeit erfüllen, daß man uns dieses Vertrauen gegeben hat. Es sollte uns auch mit Bescheidenheit, fast sogar mit Demut erfüllen, daß wir mit jeder Entscheidung unseren Bürgern dienen können und doch zugleich mit großer Macht ausgestattet sind.

(Dehn [SPD]: Das ist die Haushaltsrede, was?)

Es sollte uns auch mit Freude erfüllen. Wir dürfen unsere Bürger, unsere Institutionen, unsere Kultur und Wissenschaft beschenken. Wir beschenken sie doch alle. Wir können entscheiden — natürlich mit Mehrheiten —, wohin wir es verschenken und wem wir es schenken.

(Dr. Riege [SPD]: Alles ohne Gewähr!)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Es sollte uns doch irgendwann einmal auch im Parlament froh machen. Ich freue mich ja, daß ihr alle ein bißchen mitgeht, mal lacht. Ich finde es gut, daß wir im Parlament einmal lachen.

(Beifall.)

Es sollte uns froh machen, daß uns dieses Vertrauen geschenkt wird. Irgendwie müßte das doch auch in unseren Gesichtern abzulesen und irgendwie in unseren Debatten erkennbar sein. Aber wie schauen wir statt dessen manchmal bitter drein, wie schauen wir manchmal schmallippig drein, und wie schauen wir manchmal verbissen drein? Wenn ein Beruf — bei guter Politik, lieber Schröder; und ich glaube, wir machen eine ganz gute Politik — froh machen sollte, dann ist es der Beruf des Politikers.

Ich für meinen Teil bin jedenfalls froh darüber, daß wir diesen Beschluß heute mittragen können. Ich bin überzeugt, daß wir damit Gutes getan haben. Da wir Gutes getan haben und Gutes bewirken werden, freue ich mich. Und ich bin dankbar dafür, daß ich mich freuen kann; denn ein Leben ohne Freude ist ein jämmerliches Leben, auch für einen Politiker.

(Starker Beifall und Heiterkeit im ganzen Hause. — Zurufe.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Teysen. — Nun fließt alles weiter. Das Wort hat der Abgeordnete Kirschner.

(Bosse [SPD]: Werner, jetzt hast du es schwer! — Weitere Zurufe.)

Herr Kollege Kirschner, ich weise darauf hin, daß der SPD noch 11,5 Minuten zur Verfügung stehen.

(Zurufe von der SPD.)

Kirschner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir in der Tat relativ schwer, von einem politischen Vermächtnis zu einer Großen Anfrage mit einem sehr konkreten Inhalt zurückzukommen. Eines allerdings habe ich neben dem humorvollen Teil bewundert, Herr Teysen, nämlich daß Sie im Gegensatz zu zwei Ihrer Vorredner, nämlich dem Minister und dem Kollegen von der FDP, den Mut hatten, die Wahrheit darüber zu sagen, wie sich das Ganze entwickelt hat, und daß Sie sich nicht an dem Eiertanz beteiligt haben, den die anderen veranstaltet haben.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Graetsch, es war für mich erstaunlich und — wie ich Sie bisher kennengelernt habe — unter Ihrer Würde, daß Sie in Ihrer Rede zunächst gesagt haben, alles sei blinder Alarm, und dann am Schluß darauf hingewiesen haben, daß es allerdings sehr schlecht sei, daß die Aufhebung des Erlasses, über den wir heute diskutieren, erst gestern zur Post gegangen sei. Meinen Sie etwa wegen des Gewichts Ihres Wortes in der Koalition, daß tarifliche und rechtliche Regelungen überhaupt an den Hochschulen aufgrund Ihres Wissens bzw. aufgrund Ihrer Mitteilung vielleicht eine Woche oder 14 Tage vor Zusendung des entsprechenden Erlasses hätten angewendet werden müssen, oder mußte nicht vielmehr die Hochschule bis zum Eingang der Post heute morgen

davon ausgehen, daß der alte Rechtsstandpunkt, den wir kritisieren, weiterhin gelten soll?

(Beifall bei der SPD.)

Sie können sich doch nicht hier hinstellen und so tun, als sei das nicht so.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Nun lachen Sie doch auch einmal!)

— Die Sache ist leider nicht zum Lachen. — Herr Minister, ich bin erstaunt über Ihren geringen Mut zu sagen, wie sich das im Zuge der Haushaltsaufstellung im Kabinett wirklich entwickelt hat und wie es wirklich zur Streichung der Mittel gekommen ist. Wenn Sie sich heute nachmittag hier hingestellt haben und wörtlich gesagt haben, zu keinem Zeitpunkt sei die Forschung aus Lotto- und Totomitteln in Frage gestellt gewesen, dann kann das nur bedeuten, daß Sie wissentlich die Unwahrheit gesagt haben

(Reinemann [CDU]: Oh, oh, oh! — Kne-meyer [CDU]: Vorsichtig!)

— regen Sie sich bitte nicht auf; ich zitiere gleich! — oder daß Sie Ihren eigenen Erlaß nicht gelesen haben. Darin heißt es nämlich:

„Anträge zum Termin 1.8.1986: Die für November vorgesehene nächste Sitzung des Interministeriellen Ausschusses zur Verteilung von Mitteln zur verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung findet nicht statt. Eine Entscheidung über die zum Termin 1.8.1986 vorgelegten Anträge auf Förderung von Forschungsvorhaben (Neuanträge, Fortsetzungs- und Wiederholungsanträge) wird ausgesetzt.“

„Anträge zum Termin 1.2.1987: Aufgehoben.

In Aussicht gestellte Fortsetzungs- bzw. Schlußraten: Es ist nicht gesichert, daß die in den vergangenen Jahren nach Vorlage eines Antrages mit Zwischenbericht in Aussicht gestellten Fortsetzungs- und Schlußraten bereitgestellt werden können. Ich bitte insoweit vorsorglich die erforderlichen tarifrechtlichen und sonstigen Maßnahmen einzuleiten.“

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Meine Damen und Herren! Wenn ein Ministerium so etwas schreibt und der Minister sich dann hier hinstellt und sagt, von Anfang an sei überhaupt nichts geplant gewesen, dann weiß ich nicht, wen er veralbern will, das Parlament oder sich selbst.

(Beifall bei der SPD.)

Dieser Erlaß, aus dem ich zitiert habe, ist ein unverantwortlicher Schnellschuß und zeigt, daß der Minister kein Gespür dafür hat, was Forschungsinfrastruktur in Niedersachsen eigentlich bedeutet. Mit der heutigen Antwort, die wirklich zu tiefst enttäuschend war, zeigt der Minister sehr deutlich, daß er sich viel lieber und ausschließlich in Großprojekten sonnt, für die er zehn Pressemitteilungen herausgeben und bei denen er aus den Reden bei den Einweihungsfeiern noch einmal Pressemitteilungen machen kann, daß ihm aber das Gespür, was Forschungsinfrastruktur ausmacht — die vielen kleinen Dinge, die vielen Nachwuchsforscher, die die niedersächsische Forschung überhaupt erst auf ein Niveau bringen —, völlig fehlt; sonst hätte er eine solche Antwort nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD.)

Der Sturm der Entrüstung — das wissen Sie alle und auch die, die das jetzt wegreden wollen, ganz genau — hat die Landesregierung peinlich berührt, so daß der Herr Ministerpräsident auf dem Treffen mit dem Heimatbund ganz vorsichtig — um es platt zu sagen — versucht hat, die Kurve zu kriegen und Ersatzmittel in Aussicht zu stellen. Es ist doch peinlich, meine Damen und Herren, wenn drei Monate nach der Landtagswahl genau die Professoren, die für die jetzige Landesregierung in einer Großanzeige geworben haben, dieser nun vorwerfen, sie halte ihr Wort nicht, sie schlage Infrastruktur kaputt und schade der Forschung in Niedersachsen. Das ist doch peinlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD. — Wernstedt [SPD]: Herr Albrecht lacht noch darüber!)

Nun verkündet der Minister heute, daß nichts gestrichen werden und Ersatz durch Einsparungen in anderen Bereichen geschaffen werden solle. Er hat heute in der Antwort nicht gesagt, wo das geschehen soll. Das Parlament ist — mit Ausnahme einiger Eingeweihter — auf einen Pressedienst angewiesen. Ich finde das beschämend.

(Ministerin Breuel: Die Ergänzungsvorlage hat jeder auf dem Tisch!)

— Hat jeder auf dem Tisch! Vielen Dank für das Stichwort! Meinen Sie nicht, Frau Breuel, daß, wenn das verteilt worden ist und jeder das auf dem Tisch hat, der Minister eigentlich dennoch verpflichtet gewesen wäre — denn das Parlament hat das Recht, den heute vorgelegten Entwurf zu verändern —, in der Antwort auf die Große Anfrage, die er seit einiger Zeit hat, die Vorstellungen der Landesregierung, die das Kabinett in der

Kirschner

Zwischenzeit beschlossen hat, wenigstens anzudeuten? Nicht einmal das hat er getan!

Wenn ich die Meldungen aus dem Pressedienst — von mir aus auch hieraus — ernst nehme, dann ist auch festzustellen, daß er mit keinem Wort auf das Problem hingewiesen hat, daß es hier um eine Vielzahl kleiner Forschungsvorhaben geht. Der Ersatz, der jetzt angedeutet worden ist, betrifft hauptsächlich die Umpolung des VW-Vorabs. Hier wird so getan, als wäre dies so einfach möglich. Der Minister als Verantwortlicher ist mit keinem Wort darauf eingegangen, wie er eigentlich die satzungsmäßige Klippe beim VW-Vorab umschiffen will, durch die es nämlich gar nicht möglich ist, einen direkten Ersatz für die Toto-Lotto-Mittel zugunsten der kleinen Forschungsvorhaben zu schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch die Sache! Oder bedeutet diese zweite Ankündigung wiederum nichts weiter, als daß denjenigen Sand in die Augen gestreut wird, die hoffen, daraus etwas zu bekommen und daß ihre Arbeitsplätze und ihre Forschungsvorhaben nicht gefährdet sind?

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Außerdem stellen auch die Kürzungen in den übrigen Forschungsbereichen und das Verlagern der Mittel in diesen Bereich hinein eine negative Beeinflussung der Forschung in Niedersachsen dar.

Zusammengefaßt ist folgendes festzustellen: Bis heute sind das Konzept und die rechtlichen Möglichkeiten in keiner Weise klar. Die Landesregierung sah sich offensichtlich nicht in der Lage, mit einer schlüssigen bündigen Antwort hier heute vor das Parlament zu treten. Das sind Nebel und Konzeptionslosigkeit, das ist schlicht und einfach Forschungschaos, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Man muß sich doch fragen, warum man es nicht bei der Förderung aus Toto-Lotto-Mitteln läßt, anstatt Ersatz aus anderen Bereichen zu nehmen. Wenn man zum Beispiel sagt: Wir wollen bei BAföG nicht verwendete Mittel einsetzen, dann frage ich: Warum läßt man es denn nicht bei Lotto- und Toto-Mitteln? Hier gibt es eine Kommission und ein eingespieltes Verfahren für die landesspezifische Forschung. Durch Gesetz ist genau vorgeschrieben, wofür die Mittel zu verwenden sind. Und da kündigt man heute an, daß das durch Mittel aus irgendwelchen Bereichen ausgeglichen werden soll.

Es ist ein kümmerliches Spiel. Sie wissen sehr genau, daß sich der Vorsitzende der Kommission, die die Toto-Lotto-Mittel aufteilen soll, sehr eindringlich an die Fraktionen gewandt und in seinem Brief sehr deutlich darauf hingewiesen hat, daß selbst die Umpolung von Forschungsmitteln aus Großforschungsvorhaben — ich könnte Ihnen auch das wörtlich zitieren — sowie die Umpolung vom VW-Vorab rechtlich höchst zweifelhaft sind und außerdem aus seiner Sicht, wenn Sie andere Vorstellungen nicht haben, das nicht erfüllen können, weil die satzungsmäßigen Bedingungen dem entgegenstehen. Er fragt zu Recht, warum man dieses bewährte Instrument landesbezogener Forschung außer Kraft setzt. Ich zitiere noch einmal:

„Wenn die Streichung der Lotto-Mittel für Forschungszwecke damit abzuschwächen versucht wird, daß auf das erhöhte Aufkommen des VW-Vorabs hingewiesen wird, so kann nur erwidert werden, daß die entsprechenden Mittel sämtlich verplant sind, zumeist für Großforschungen, die zum Teil von der Landesregierung angeregt worden sind.“

Dies ist ein Zitat aus dem Brief des Vorsitzenden der Kommission, die die Lotto- und Forschungsmittel verteilt, und der sicherlich ein Kenner der Materie ist. Ich frage mich, wie das mit der Ankündigung in Einklang zu bringen ist, die heute hier von den Koalitionsfraktionen in den Raum gestellt worden ist.

(Wernstedt [SPD]: Locker vom Hocker!)

Bis heute morgen gab es keinen Hinweis an die Hochschulen, daß der obengenannte Schnellbrief, auf den wir unsere Große Anfrage gegründet haben, aufgehoben wird. Die Opposition könnte froh darüber sein, daß das heute erfolgt ist, weil es auch für uns ein inhaltlicher Erfolg ist,

(Beifall bei der SPD)

— Herr Teyssen hat uns ja freundlicherweise schon gratuliert —

(Hildebrandt [FDP]: Mißverständnis!)

wenn es nicht gleichzeitig — dies ist für die Kontinuität der Forschung eine schwierige Sache — mit einer maßlosen Blamage der Landesregierung und vor allem des Ministers Cassens verbunden wäre.

(Beifall bei der SPD.)

Darüber kann man sich als Opposition nicht freuen, weil das so blamabel ist, daß man ein schlechtes Gewissen hat, wenn man in die Hochschulen geht und über diese Vorgehensweise spricht.

(Beifall bei der SPD.)

Der dauerhafte Schaden ist aber größer, weil es um Kontinuität und Glaubwürdigkeit geht.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Nun mal nicht hochstapeln!)

Das Chaos ist komplett. Vielleicht gelingt es dem Parlament, Klarheit und Kontinuität wiederherzustellen. Mit diesem Schnellschuß haben Sie, Herr Minister Cassens, in der Art und Weise, wie das behandelt worden ist und in der Sie nicht einmal den Mut hatten, vor dem Parlament richtig und deutlich zu sagen, wie das zustande gekommen ist, der Forschung in Niedersachsen keinen guten Dienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Kirschner. — Das Wort hat Herr Hildebrandt für die Fraktion der FDP. Es steht noch eine Redezeit von drei Minuten 15 Sekunden zur Verfügung.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde diese noch zur Verfügung stehende Redezeit nicht ausschöpfen, sondern nur einige Bemerkungen machen. Herr Kirschner, ich will Ihnen ganz offen sagen, ich bedauere dieses ganze Verfahren. Das war ein unnötiger Flächenbrand, weil es durchaus die Vorstellung sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der Landesregierung war, in diesem Bereich natürlich keine Kürzungen eintreten zu lassen. Dieses Verfahren ist insgesamt so gewesen, daß vieles unnötig war. Deshalb ist es ja auch die Aufgabe von Koalitionsfraktionen, gemeinsam mit der Landesregierung Dinge, die nicht ganz richtig laufen, zu korrigieren. Ich meine, daß in dem Mut zur Korrektur letzten Endes nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen liegt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Wenn man es sagt! — Zuruf von Kirschner [SPD].)

— Herr Kollege Kirschner, ich habe es jetzt gesagt.

(Zuruf von der SPD: Jetzt!)

Ich spreche im Moment auch für meine Fraktion. Ich sehe und bin überzeugt, daß das die Kollegen der Koalitionsfraktionen nicht anders sehen. Das Entscheidende ist das Ergebnis, Herr Kirschner. Die Summe bleibt. Auch das Verfahren bleibt. Das heißt, das, was bisher eingespielt ist in die-

sem Bereich, wird auch in der Zukunft fortgesetzt werden. Insofern können wir hier, glaube ich, alle — Opposition wie Koalition — zufrieden sein. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hildebrandt (FDP):

Ja.

Wernstedt (SPD):

Herr Hildebrandt, sind Sie sich in der Koalition denn darüber einig, daß diese Forschungsförderung im nächsten Jahr wieder aus Toto-Lotto-Mitteln finanziert werden soll, oder sollen die Mittel von Jahr zu Jahr wieder neu über den Haushalt zur Disposition gestellt werden?

Hildebrandt (FDP):

Für mich ist entscheidend, Herr Wernstedt, daß wir die Möglichkeiten, in diesem Bereich etwas zu tun, innerhalb des Landeshaushalts offenhalten. Daß wir möglicherweise darüber nachdenken müßten und wahrscheinlich auch schon längst darüber hätten nachdenken sollen, daß wir die gesetzlichen Vorgaben über den gesamten Bereich einmal besser in den Griff kriegen, das halte ich für eine notwendige Aufgabe in der Zukunft. Daß wir aber in diesen Bereichen auch etwas in der Zukunft tun wollen und daß nach unserer Auffassung auch Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, das ist der politische Wille. Aus welchem Topf auch immer das geschehen mag — entscheidend sind für uns die Zielsetzung und der entsprechende Effekt, der dabei als Ergebnis herauskommt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Hildebrandt. — Herr Minister Cassens hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erinnere dabei an den § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte drei abschließende Bemerkungen machen.

Dr. Cassens

Erstens. Die Frage, um die es ging, lautete: Stehen wieder 10,3 Millionen DM für die Forschung zur Verfügung, für eine Reihe von kleinen Forschungsvorhaben? Diese Antwort ist gegeben worden. Das ist auch ausfinanziert worden: 2,5 Millionen DM aus dem sogenannten Herbstvorschlag — 2,5 Millionen DM für insgesamt 50 Projekte; das sind diejenigen, die gelaufen sind und die weitergeführt werden mußten — sind gesichert. Wir haben die restlichen 3,06 Millionen DM aus dem Haushalt zusammengebracht.

Da geht es, Herr Kirschner, um eine ganz entscheidende Frage. Wir haben in der Tat im Haushaltsplanentwurf mehr für die Forschung eingesetzt, und zwar im Rahmen der überregionalen Forschung. Wir waren davon ausgegangen, daß wir mit den übrigen Ländern eine Art Solidargemeinschaft schaffen könnten, um mehr für die Forschung zu tun.

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jüttner?

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich möchte zunächst meinen Gedanken zu Ende bringen.

In der Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung haben wir mit allen übrigen Ländern und mit dem Bund eine erheblich größere Vorlage zustande gebracht, als alle übrigen Länder einzugehen bereit waren. Das heißt im Klartext: Die überregionale Forschungsförderung ist auf 3,6 % festgesetzt worden. Wir von Niedersachsen aus waren bereit, etwa 5 % auszugeben. Weil eben alle übrigen Länder — auch der Bund und die sozialdemokratisch regierten Länder — nur 3,6 % für die überregionale Forschungsförderung einsetzen wollen, bin ich in der Lage, aus diesem Bereich 1,3 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Das waren natürlich Gelder, die ich vor zwei Monaten noch gar nicht zur Verfügung stellen konnte. Aber heute bin ich dazu aufgrund der sogenannten Beschlußlage in der Lage. Das heißt, die 10,3 Millionen DM sind im Haushalt, die liegen Ihnen auf dem Tisch, und sie sind im einzelnen ausfinanziert.

Nun noch eines: Bitte, bei aller Wertschätzung für alle wichtigen Forschungsvorhaben, die wir über Lotto/Toto in der Vergangenheit gefördert haben, stellen Sie dies in Kontext zu den etwa 2 Milliarden DM, die der Haushalt 1987 wieder

für die Wissenschaft in Lehre und Forschung zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie dies insgesamt sehen und festhalten, daß dieser Forschungsetat um 176 Millionen DM über dem Ansatz von 1986 liegt, wenn Sie dann aber hier von sogenannten Katastrophenstimungen sprechen, dann ist das ein Wortradikalismus, der schlicht unrealistisch ist und nicht in die Landschaft paßt. Vor allem ist das eine Desavouierung all derjenigen Forscher und Wissenschaftler, die mit diesem großen finanziellen Volumen eine ganz wichtige Forschung in den wichtigen Bereichen der modernen Technologien leisten.

Heute, mit dieser Debatte, ist es uns gelungen, auch für die kleine Forschung, bei der auch sehr viele Nachwuchswissenschaftler ihre ersten Sporen verdienen, in dem gleichen Umfang wie bisher eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, die über 1987 hinausgeht. Ich finde, das ist eine hervorragende Ausgangslage. Das heißt, sowohl die Großforschung in Wissenschaft und Forschung als auch die kleine Forschung sind gesichert, und sie haben eine gute Zukunft. Ich finde, das ist ein gutes Ergebnis dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens

Schönen Dank, Herr Minister.

§ 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung lautet:

„Spricht ein Mitglied oder Beauftragter der Landesregierung, wenn die Redezeit einer Fraktion schon erschöpft ist, so gewährt der Präsident dieser auf Verlangen noch einmal angemessene Zeit zu einer Erwiderung.“

Die SPD-Fraktion hat erneut um das Wort gebeten. Ich erteile dem Kollegen Jüttner das Wort für zwei Minuten.

Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich brauche die zwei Minuten nicht.

(Zuruf von der CDU: Das hat schon mal jemand gesagt!)

Ich habe nur eine kurze Nachfrage.

Ich habe am 8. September eine Kleine Anfrage zu diesem Thema eingebracht, bevor der Sturm an den Einrichtungen losging. Mit Datum von gestern hat mir der Minister mitgeteilt, daß er diese Kleine Anfrage noch nicht beantworten könne, weil noch andere Häuser an der Formulierung der

Antwort auf diese Kleine Anfrage beteiligt werden müßten. Ich hätte ganz gern vom Minister gewußt, wie sich das zu dem verhält, was er hier heute ausgeführt hat.

(Lachen und Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich kann damit feststellen, daß die Große Anfrage der SPD-Fraktion erledigt ist.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Gewalt gegen Frauen und Mädchen — Große Anfrage der Fraktion der Grünen vom 7.10.1986 — Drs 11/175 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/234

Auch für die Beratung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Die Begründung kann bis zu 7,5 Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu 15 Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu 7,5 Minuten. Begründet wird die Große Anfrage durch wen?

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Frau Deppe!)

— Frau Deppe, ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Deppe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen und Mädchen, verdeckt, subtil oder offen brutal, d. h. bis zur Vergewaltigung oder zum Frauenmord, ist ein Politikum. In der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten Albrecht wird Gewalt gegen Frauen und Mädchen noch nicht einmal erwähnt. Es ist leider nur zu konsequent, daß auch in den bisherigen Erklärungen von Frau Wigbers, der Landesfrauenbeauftragten, von der Gewalt gegen Frauen und Mädchen noch nicht die Rede war.

Diese Auslassung in der Regierungserklärung ist nicht zufällig, sondern hat systematischen Charakter. Sie ist nämlich Ausdruck des geringen Gewichts, das diesem gesellschaftlichen Tatbestand beigemessen wird. Die Leerstelle ist damit auch Zeichen der Ignoranz gegenüber psychischen und physischen Verletzungen, denen Frauen und Mädchen ausgesetzt sind. Meine Damen und Herren in der Regierungsverantwortung, Sie nehmen es hin und dulden es, daß die Würde der Frauen und Mädchen in Niedersachsen antastbar

ist. Das Maß an Akzeptanz in diesem Bereich ist erstaunlich. Gleichzeitig ist es natürlich auch nicht verwunderlich, wenn Sie als Herren, die hier im Raum sind, nicht begreifen, was Gewalt gegen Frauen und Mädchen heißt. Sie kennen im Höchstfall die Zahlen, aber Sie sind nicht selbst betroffen. Fest steht aber auch, daß Sie aus der politischen Verantwortung nicht zu entlassen sind.

Das mangelnde Engagement der immer noch männlich bestimmten Politik in diesem Bereich ist ein durchgängiges Phänomen. Das gilt für den Bund, für die Kommunen und eben auch für das Land Niedersachsen, wie Frauen in diesem Land täglich erfahren. Im Umgang mit dem Gewaltproblem stelle ich allerdings eine zwiespältige Entwicklung fest. Ich habe als Ratsfrau in Nienburg immer wieder das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Rat eingebracht, und zwar im Hinblick auf politische Initiativen. Anfangs, d. h. vor fünf Jahren, reizte das bloße Hören des Wortes „Frauenhaus“ Ratsherren zu sexistischen Witzen, und gestandene Volksvertreter amüsierten sich in der Sitzung köstlich über ihre eigenen Männerphantasien vom Haus mit der roten Laterne. Inzwischen hat sich das gesellschaftliche Klima für die Diskussion über die Gewalt gegen Frauen und Mädchen geändert. In der Öffentlichkeit wagt kein Politiker mehr so ohne weiteres, seine Ignoranz zu demonstrieren, wie es noch vor einigen Jahren war. Es gibt auch — auch das sage ich — Männer, die inzwischen sensibler geworden sind. Das erleichtert auch manch eine Diskussion.

Daneben gibt es aber immer noch zu viele Opportunisten, die zwar das Wort „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ im Munde führen, wenn es nützlich ist, aber das, was dahintersteckt, läßt sie im Grunde genommen kalt.

Zahlen und Fakten sind von allen mehr oder weniger genau zur Kenntnis genommen worden, zumindest von den meisten. Dennoch scheinen sie keine Notwendigkeit zu sehen, dieses Wissen um Degradierung und Zerstörung von Frauen und Mädchen in politische Handlungen umzusetzen. Unter dem Druck der Frauenbewegung und durch Fraueninitiativen sahen sich Kommunen und auch das Land Niedersachsen zwar genötigt, zur Finanzierung von Frauenhäusern punktuell beizutragen. Mit dieser „Großtat“ erschöpft sich das Engagement aber weitgehend. Das hindert aber nicht, immer wieder beispielsweise auf Frauenhäuser hinzuweisen, wenn es gilt, sich als Politiker zu brüsten oder weitere Untätigkeiten zu legitimieren.

Frau Deppe

In den Städten Niedersachsens und in den Gemeinden werden nach wie vor zu Hause, in der Schule, auf der Straße und am Arbeitsplatz Frauen und Mädchen beleidigt, erniedrigt, belästigt, bedroht, geschlagen, vergewaltigt und ermordet. Der Großteil von körperlichen Mißhandlungen, von sexuellem Mißbrauch und Vergewaltigung, Frau Minister Breuel, findet im privaten Séparée der Familie oder im näheren Verwandten- und Bekanntenkreis statt. Diese Tatsache steht allerdings in ganz krassem Widerspruch zum Familienbild der CDU. Aber der Umstand, daß einer Partei gesellschaftliche Realitäten nicht ins Konzept passen, darf doch wohl nicht dazu führen, solche Realitäten politisch auszublenden.

(Beifall bei den Grünen. — Bruns [Emden] [SPD]: Das ist richtig!)

Damit nämlich tragen Sie, die Damen und Herren, die jetzt hauptsächlich hinter mir, aber auch vor mir sitzen, zum Fortbestand von Gewalt bei. Die Frage ist: Sehen Sie nur untätig zu, oder sehen Sie weg? Mir ist dabei völlig klar, daß die Initiativen des Landes Niedersachsen oder auch der Kommunen nur begrenzt an die strukturellen Wurzeln reichen. Aber es steht auch fest, daß die vorhandenen Handlungsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft werden.

Der politische Umgang mit dem gesellschaftlichen Faktum männlicher Gewalt ist widersprüchlich. Man erkennt es inzwischen als strukturelles Problem, behandelt es aber politisch immer noch so, als gehe es um individuelle Verhältnisse und zufällige Ereignisse. Ich denke, wir sollten nachher bei der Beantwortung der Großen Anfrage durch die Landesregierung unter diesem Gedankenpunkt sehr genau anhören.

Das Phänomen der Gewalt gegenüber Angehörigen des weiblichen Geschlechts hat sehr komplexe Ursachen. Wir werden auch durch die Landespolitik Niedersachsens die Männergewalt in Niedersachsen nicht beseitigen können. Aber die Fraktion der Grünen fordert die Landesregierung auf, mit diesem Widerspruch endlich produktiv und offensiv umzugehen. — Danke schön.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Bruns [Emden] [SPD].)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. Damit ist die Große Anfrage begründet. — Sie wird beantwortet von Frau Minister Breuel. Ich erteile ihr das Wort.

Breuel, Ministerin der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen die Antwort auf die umfangreiche Große Anfrage im Vorwege zugeleitet, damit wir hier heute in Ruhe diskutieren können. Es ist übrigens die erste Debatte, die wir in diesem Hause nach der Ernennung der Landesfrauenbeauftragten und parallel dazu nach der Einsetzung eines für Frauenfragen zuständigen Ausschusses des Parlaments führen. Ich denke, daß schon diese beiden Ereignisse positiv zu bewerten sind, weil die Frauenpolitik damit eine neue Schubkraft bekommen und die Landesregierung unterstrichen hat, welchen hohen Stellenwert sie Frauenfragen zumißt.

Ich denke auch, daß wir uns gemeinsam darauf verständigen können, daß sich die Berufung von Frau Wigbers schon heute für viele Frauen positiv ausgewirkt hat, weil die Frauen jetzt eine wirkliche Ansprechpartnerin haben — davon machen viele intensiv Gebrauch, und Frau Wigbers geht sehr intensiv darauf ein — und weil zum zweiten mein persönlicher Eindruck ist, daß Politik und Verwaltung Frauenfragen seit Einsetzung der Frauenbeauftragten mit einer besonderen und für manchen neuen Ernsthaftigkeit behandeln. In den Köpfen spielt sich etwas ab, was ich für gut und richtig halte.

Frau Wigbers wird dem Kabinett in einigen Wochen eine Vorlage vorlegen, in der sie die wesentlichen Schwerpunkte ihrer Tätigkeit darstellen wird. Frau Deppe, eines der Themen wird natürlich das Thema „Gewalt gegen Frauen“ sein. Wir sind uns in der Bedeutung dieses Themas einig. Ich bin mit Ihnen auch darüber einig, daß Frauen eine besondere Betroffenheit haben, aber ich kann Ihnen nicht mehr folgen, wenn Sie daraus den Versuch ableiten, eine Politik zu entwickeln, die wir gegen die Männer durchsetzen müßten.

(Frau Deppe [Grüne]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Ich folge Ihnen auch nicht, wenn Sie die Ignoranz und den Opportunismus bei Männern anklagen, weil ich wirklich der Auffassung bin, daß die Fragen, die gelöst werden müssen, nur von Männern und Frauen gemeinsam gelöst werden können.

(Beifall bei der CDU. — Frau Langendorf [Grüne]: Wie wollen Sie das denn machen bei prügelnden Ehemännern?)

— Im Moment reden wir darüber, was die Politik dazu beitragen kann. Zu dem anderen komme ich gleich.

Ich sage auch, daß diese Frage für uns kein geringes Gewicht hat, obwohl man nicht jeden Tag über alle Fragen reden kann, Frau Deppe. Im Gegenteil, die Landesregierung ist sehr wohl der Auffassung, daß wir einen Beitrag leisten können und leisten müssen, ihn auch geleistet haben, um zu versuchen, Gewalt gegen Frauen in allen Erscheinungsformen durch vorbeugende oder kompensatorische Maßnahmen zu begegnen. Dazu hat der Sozialminister in den vergangenen Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet, u. a. dadurch, daß er diese Problematik öffentlich diskutiert hat — ein Teil der Antwort wird nämlich sein, daß ein Öffentlichkeitsbewußtsein geschaffen wird; das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt —, und natürlich auch dadurch, daß konkrete Maßnahmen ergriffen worden sind.

Ich muß allerdings auch bekennen — das sage ich an die Fraktion der Grünen gerichtet —: Wenn ich mir Ihre zahlreichen Fragen ansehe, finde ich darunter viele von uns gemeinsam als wichtig erachtete Punkte. Ich finde darunter aber auch eine Vielzahl von Fragen, die mir — und ich glaube, auch einigen anderen hier im Raume — durchaus Unbehagen bereiten. Dazu will ich einmal folgende Frage formulieren: Ist es eigentlich richtig, wenn wir alle Lebensbereiche — das klingt in Ihrer Anfrage durch — mit dem Verdacht der Gewaltanwendung gegenüber Frauen und Mädchen durchziehen? Das findet nicht in allen Lebensbereichen statt.

(Frau Deppe [Grüne]: Doch!)

Frau Deppe, wollen wir eigentlich staatlicher Schnüffelei in der Familie und am Arbeitsplatz Vorschub leisten? — Ich muß das einmal sagen, weil ich morgen eine Frage der Grünen beantworten werde, in der Sie mir vorwerfen, bei der automatischen Gebührenerhebung für Beamte den Datenschutz zu verletzen. Heute fordern Sie im Grunde genommen die Landesregierung auf, hier den Datenschutz zu verletzen und bis in die ganz private Sphäre vorzudringen.

(Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: So ist das! — Frau Deppe [Grüne]: Das ist einfach nicht wahr, Frau Breuel!)

Genau darin sehe ich den Widerspruch zu Ihrer politischen Zielvorgabe. Insofern meine ich, daß Sie diese Frage noch einmal überprüfen sollten.

Ich möchte Ihnen eine andere Frage stellen, die Sie vielleicht in Ihren Diskussionsbeitrag aufnehmen können: Sollten wir unseren Mitmenschen, den Bürgerinnen und Bürgern, eigentlich nicht zutrauen, daß sie im allgemeinen ihre mit-

menschlichen Beziehungen privat und am Arbeitsplatz selber regeln können?

(Frau Deppe [Grüne]: Eben nicht!)

Der Staat kann nicht überall eingreifen. Sie haben selbst auch keinen Vorschlag gemacht, wie er dies konkret tun sollte. Sie haben lediglich gesagt, er möge es tun, ohne diese Forderung zu konkretisieren.

Ein bißchen erschrocken war ich auch über folgendes. Ich habe den Eindruck, daß Sie bezüglich der Erziehung junger Menschen eigentlich ein deformiertes Bild von der Wirklichkeit wiedergeben. Nach meiner Auffassung sind z. B. Präventivmaßnahmen zum Schutze von Schülerinnen gegenüber Schülern gegen jedes pädagogisch vertretbare Prinzip. Umgekehrt würde ich sagen, daß es unser aller Anliegen sein sollte, die Jugend mit so viel Offenheit wie irgend möglich zu erziehen und sie dadurch zu befähigen, Konflikte partnerschaftlich zu lösen. Das ist bei jungen Menschen zwar besser geworden, aber noch nicht ausreichend gelöst.

Nun wird es keinen Streit darüber geben, wenn ich hier sage: Heute noch sind Frauen in vielen Fällen benachteiligt. Dennoch: Ich halte es nicht für hilfreich, das Verhältnis zwischen Männern und Frauen grundsätzlich als von einseitiger Abhängigkeit geprägt zu definieren und nur darin die Ursache für Gewalttätigkeit zu sehen. Vielmehr muß man die Vielfalt der Ursachen für Gewalttätigkeit mit im Blick haben, wobei es keinen Streit darüber gibt, daß ein Teil gesellschaftlich bedingt ist, ein Teil dagegen nur völlig individuell zu erklären ist. Ich denke jedenfalls, daß wir nicht so tun sollten, als ob der Mensch nur das Produkt seiner sozialen Bedingungen sei. Dies widerspricht dem Recht, aber auch der Pflicht jedes einzelnen, für sein Handeln die volle Verantwortung selbst zu übernehmen. Dies schließt nicht aus, daß Frauen im Einzelfall Opfer von männlicher Gewalt werden, aus der sie sich nur mit fremder Hilfe befreien können. Soweit wie möglich zu unterbinden, daß sie Opfer werden, ist sicherlich eine Aufgabe. Ich sage aber wieder ein „dennoch“. Dennoch bleibt festzuhalten, daß staatliche Maßnahmen nur begrenzt Lösung anbieten können. Notwendige Schutzmaßnahmen für Frauen stehen in einem Spannungsverhältnis zum Recht auf Selbstbestimmung. Ich füge hinzu: Es ist auch ein staatliches Gebot, die Würde des einzelnen und damit die Privatsphäre zu achten. Davon lebt auch unsere Demokratie.

Ich habe vorhin gesagt, es gebe Aufgaben, bei denen der Staat seine Hilfe anbieten müsse. Wir ha-

Frau Breuel

ben versucht, dies zu tun, und wir werden dies auch in Zukunft versuchen. Sicherlich werden wir auch im Ausschuß darüber nachdenken müssen, ob wir noch bessere Wege finden. Dafür werden Sie immer unsere Bereitschaft finden. Ich will nur einige Beispiele nennen: Wir haben in den vergangenen sechs Jahren 2,2 Millionen DM aufgewendet, um den Modellversuch „Frauen- und Kinderschutzhaus in Hannover“ zu fördern. Dieser Modellversuch wurde übrigens wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse sind inzwischen veröffentlicht worden. Ich kann die Broschüre zu diesem Thema, die der Sozialminister veröffentlicht hat, nur jedem als Lektüre empfehlen, weil sie, so meine ich jedenfalls, eine hervorragende Grundlage für die Frauenhausarbeit in Niedersachsen darstellt.

Seit 1985 leistet das Land auch einen — ich betone — freiwilligen Beitrag zu den Frauenhäusern. Wir wollen mit unserem Beitrag die verantwortlichen örtlichen Sozialhilfeträger ermuntern, hier stärker einzusteigen. Dieses ist auch erfolgreich gewesen; inzwischen gibt es 27 dieser Frauenhäuser. Insofern haben wir unser Ziel zu Teilen, wenn auch noch nicht überall, erreicht. Dafür stehen, wie Sie wissen, jedes Jahr im Haushalt 1,6 Millionen DM zur Verfügung, die allerdings in diesem Jahr noch nicht ganz abgeflossen sind.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Ich will aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß die finanzielle, aber auch die Gesamtverantwortung für diese Zufluchtstätten bei den örtlichen Sozialhilfeträgern liegen muß, die durch ihre Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten, durch ihre Anbindung vor Ort, durch ihr Wissen darüber, wo die Menschen der Schuh drückt, hier am besten Abhilfe leisten können.

Ich will hinzufügen, meine Damen, meine Herren: Es gibt noch andere Dinge dieser Art. So gibt es z. B. eine Art Notrufsystem, das beim Justizminister ressortiert, das sogenannte PPS. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn sich mehr Kommunen bereit fänden, solche Notrufsysteme einzurichten; denn ich habe schon Verständnis dafür, daß sich Frauen, die in Not sind, nicht bei der Polizei melden wollen, sondern lieber irgendwo eine neutrale, wenn möglich anonyme Stelle haben wollen, bei der sie sich melden können. Wenn es um solche Forderungen geht, werden Sie uns immer auf Ihrer Seite finden.

Gegenwärtig wird die Möglichkeit der Nachbetreuung von Frauen und deren Kindern nach Verlassen der Zufluchtstätte wissenschaftlich unter-

sucht. Das Ergebnis wird Mitte 1987 vorliegen. Es ist beabsichtigt, diese Studie der Öffentlichkeit vorzulegen.

Ich will auch einmal darauf hinweisen, meine Damen, meine Herren, daß sich z. B. die Polizei bei uns in dieser Frage engagiert hat und sich um eine entsprechende Weiterbildung der Beamten und Beamtinnen bemüht, um ihnen im Umgang mit den betroffenen Frauen die notwendige Sensibilität beizubringen. Erstmals im Jahre 1985 hat hierzu ein Lehrgang stattgefunden. Er wird im Jahre 1987 wiederholt.

Ich denke, Ihnen ist auch bekannt, daß die Landesregierung über den Bundesrat aktiv an gesetzgeberischen Maßnahmen mitgewirkt hat, die den Schutz von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, verbessern. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß Frau Wigbers mit dem Institut für Frau und Gesellschaft darüber nachdenkt, welche weiteren Forschungsarbeiten hier noch geleistet werden können, um uns vielleicht noch mit besseren Ideen zu versorgen. Sie wissen, daß dieses Institut einmalig ist und insofern hier sicherlich auch wesentliche Beiträge leisten kann.

Meine Damen und Herren, ich persönlich denke jedenfalls, daß es Ziel einer zukunftsweisenden Frauenpolitik sein muß, die Frauen in der Durchsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung zu stärken und ihnen insoweit Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten. Dabei sind jene Maßnahmen von besonderer Bedeutung, die das partnerschaftliche Miteinander entsprechend fördern. In diesem Sinne — damit wiederhole ich das, was ich am Anfang gesagt habe — bekennt sich die Landesregierung zu der Bedeutung dieser Aufgabe und wird weiterhin ideell und materiell ihren Beitrag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen beitragen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke der Ministerin Breuel für die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der Grünen. Eine Besprechung wird gewünscht. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat die Kollegin Frau Stoll.

Frau Stoll (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ möchte ich eigentlich erweitern auf das Thema „Gewalt in der Familie, Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Kinder“. Ich freue mich darüber, daß wir heute

vor einem so disziplinierten Haus diese Fragen diskutieren können. Das ist nicht immer der Fall gewesen. Das muß ich als Frau hier einmal deutlich sagen.

Das Europäische Parlament hat im Juni eine Entschließung verabschiedet. Darüber haben Sie sicherlich gelesen. Heute liegt uns hier ein umfangreicher Fragenkatalog der Fraktion der Grünen auf dem Tisch. Es sind sehr viele Fragen gestellt worden. Frau Breuel hat sie soeben beantwortet, was recht schwierig ist. Wir haben die Antwort ja schriftlich bekommen, und ich muß mich wundern, wie schnell Frau Breuel mit ihren „Truppen“ die Antwort geben konnte; denn es ist ja nicht einfach, die differenzierten Fragen so schlüssig darzustellen. Nur, meine Damen und Herren von den Grünen, — damit schließe ich an das an, was Frau Breuel eben sagte — einige Fragen sind, mit Verlaub gesagt, etwas seltsam. Wenn ich an Ihr Stichwort „Datenschutz“ denke, so frage ich mich manchmal, wie Ihre Einstellung zum Beispiel in der Presse verlautbart werden kann. Ich werde Ihnen die Fragen nachher noch einmal zeigen. Ich will sie jetzt nicht wörtlich zitieren.

Doch das Thema ist ja für uns alle ernst, und wir haben alle akzeptiert, daß es dieses Problem gibt. Darum wollen wir es auch politisch nicht verreißen. Wer das Problem gegen Frauen, Kinder und Mädchen in Angriff nehmen will, der muß bei der Wurzel anfangen, und das heißt Untersuchung und Beschreibung der Ursachen. Ich sage ganz deutlich: Es beginnt zum großen Teil mit der Gewalt in den Familien. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, weil ich in vielen Familien gewesen bin, in denen dies so war. Über die Hälfte der betroffenen Frauen und Männer haben in ihrer eigenen Kindheit Streitigkeiten und schwierige Verhältnisse, Gewalt miterleben müssen. Ihre Kinder, die dann ihrerseits derartige Auseinandersetzungen immer wieder miterleben mußten, zeigten sich gestört — das habe ich persönlich gesehen —, und sie zeigten sich letztendlich aggressiv. Damit beginnt es ja auch. Die Gefahr, daß die selbst erlittene Gewalt weitergereicht wird und wieder eine neue Keimzelle für die Gewalt in der Familie bildet, haben Untersuchungen bestätigt. Ich halte dies für einen ganz gefährlichen Teufelskreis. Dieser Teufelskreis muß unterbrochen werden.

Wenn es uns heute gelingt, Kinder und Jugendliche vor dem Erleben von Gewalt zu schützen, so können wir morgen die Zahl von mißhandelten Frauen deutlich verringern. Das ist meine Meinung.

Die Antwort auf die Große Anfrage der Grünen ist sehr differenziert und präzise. Nur, damit können wir natürlich das Grundübel nicht heilen. Wir müssen die Ursachen suchen und weiter erforschen. Ich glaube, daß wir bundesweit aufgefordert sind, diese Ursachen zu erforschen. Wir haben eine sehr engagierte Familienministerin, Frau Professor Süßmuth, die sich in dieser Frage sehr stark einsetzt. Wir haben ein gutes Institut für Frau und Gesellschaft und wir haben eine Landesbeauftragte. Diese Untersuchungen sollen durchgeführt werden.

Es gibt aber zu dem Problem der Gewalt gegen Frauen oder Kinder keinen allumfassenden Lösungsvorschlag. Jede Anstrengung von uns, meine Damen und Herren, kann eigentlich nur ein Mosaikstein sein. Ein wichtiger Baustein ist die Schaffung der Frauen- und Kinderschutzhäuser. Es ist kein Alibi, daß wir das hier sagen. Es wurde eben angedeutet, na ja, dann sagt man eben, wir haben ein Frauenhaus. Ich gebe Ihnen zu, Frau Deppe, vor Jahren war es sehr schwer, in der Kommune darüber zu sprechen.

(Zuruf von den Grünen: Und in der CDU vor allen Dingen!)

— Ich glaube, das können Sie sich sparen. Ich habe in der SPD in Emden ganz andere Sachen erlebt.

(Glogowski [SPD]: Sind Sie da auch drin?
— Bruns [Emden] [SPD]: Da muß ich aber protestieren, Frau Stoll!)

— Sie sind ja nicht einmal im Rat, Herr Bruns. Wie wollen Sie denn das wissen?

Ich wollte die Finanzierung der Frauenschutzhäuser ansprechen. Das ist eine Aufgabe der Kommunen. Aber ich bin sehr froh darüber, daß sich auch das Land auf diesem Gebiet engagiert. Ich meine, wir alle sollten anstreben, daß sich das Land noch etwas mehr engagiert. Auch die Forderungen, die wir stellen, sollten vielleicht noch etwas vehementer vorgetragen werden. In dieser Beziehung bin ich ganz auf Ihrer Seite.

Nur, meine Damen und Herren — hören Sie mir jetzt bitte zu, Frau Deppe —, es gibt Betreiberinnen von autonomen Frauenhäusern, die den Männern gegenüber eine etwas seltsame Stellung einnehmen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Die haben einschlägige Erfahrungen!)

Sie sehen eine Konfrontation zwischen der Männerwelt und den Frauen, die eine notwendige Folge der jahrhundertelangen Unterdrückung der

Frau Stoll

Frau durch den Mann sei. Wenn die Frauen, die in den Frauenschutzhäusern sind, ständig mit diesen Parolen oder mit diesen Worten konfrontiert werden, dann ist es natürlich, daß die Loslösung vom Mann das einzige ist, was die Frauen dann noch in Betracht ziehen wollen.

(Zurufe von den Grünen.)

Ich meine, wir sollten uns bemühen, gerade diese Frauen zurückzuführen, den Weg zurückzuführen zum Mann, zur Familie. Diesen Versuch muß es immer wert sein.

Wenn Sie von der Trennung sprechen, so meine ich, eine Trennung ist der letzte Ausweg, und es ist der menschlich schlechteste Ausweg; das muß ich Ihnen sagen. Darum wollen wir uns bemühen, gerade den Frauen, die Hilfe brauchen, diese Hilfe — auch von den Parteien her — weiterhin angedeihen zu lassen, aber nicht in einem negativen Sinn gegen die Männer, sondern auch mit den Männern gemeinsam. Ich habe nach der heutigen Debatte ein ganz gutes Gefühl. Da die Männer einmal zugehört haben, glaube ich, daß wir in Zukunft auf diesem Gebiet weiterarbeiten können. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lemmermann.

Frau Lemmermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, über das wir heute diskutieren, ist kein neues Problem. Es ist aber lange mit einem Tabu belegt worden. Man hat lange von Gewalt in der Familie gewußt. Man hat aber lange gesagt, das sei ein Unterschichtenproblem, die „normale“ Mittelschichtfamilie betreffe das nicht, die sei intakt, die sei heil.

Es ist das Verdienst von Frauen gewesen, Frauen in den politischen Parteien und Frauen in der Frauenbewegung, daß sie dieses Thema in die Öffentlichkeit gebracht und daß sie auf die vielfältigen Formen von Gewalt aufmerksam gemacht haben, denen Frauen ausgesetzt sind. Ich meine, daß dieses Thema immer wieder in die öffentliche Diskussion gebracht werden muß und daß es gut ist, daß wir heute gemeinsam darüber diskutieren. Ich bin — nach anderen Erfahrungen — angenehm über die Disziplin und das Zuhören der

männlichen Kollegen überrascht. Das war nicht immer so.

(Bruns [Emden] [SPD]: Seitdem Schröder im Parlament ist!)

— Offensichtlich.

Nicht zufrieden bin ich allerdings mit der Antwort der Landesregierung. Einige Antworten sind mir einfach zu vage, zu wenig aussagekräftig. Man versucht, so meine ich, Verantwortung auf andere zu delegieren, seien es die Kommunen, sei es der einzelne Bürger. Gewalt gegen Frauen ist nun einmal nicht nur ein individuelles Problem von Opfer und Täter.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Gewalt hat Ursachen, die in unserer Gesellschaft liegen. Es ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, dieser Gewalt zu begegnen. Ich sehe sehr wohl eine Ursache für die Gewalt, der Frauen ausgesetzt sind, in der Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft, dem Kontrast zwischen der Gleichberechtigung nach dem Grundgesetz und dem täglichen tatsächlichen Erleben jeder Frau.

Die Stellung der Frauen in der Gesellschaft ist gekennzeichnet von deren Abhängigkeit in der Familie, von der Minderbewertung des Beitrags, den die Frauen in der Gesellschaft leisten, und von der Benachteiligung der Frauen im Arbeitsleben. Diese Tatsachen führen zu einer allgemeinen Zurücksetzung der Frauen. Die Frau ist das schwächste Glied, und im Konfliktfall ist sie von Gewalt betroffen.

Es reicht nicht, wortreiche Erklärungen zur Familie abzugeben; vielmehr muß man einiges an den Strukturen ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Durch die wirtschaftliche Situation wird die Lage der Frauen zweifelsfrei zusätzlich verschärft. Ich nenne als Beispiel die Arbeitslosigkeit mit den ganzen Belastungen, die dies für die Familien mit sich bringt, das Gefühl, am Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht zu werden. Das führt zu Aggressionen, die sich eben nicht nach außen, sondern nach innen in die Familie entladen. Hinzu kommt die wachsende Unfähigkeit, Konflikte auszutragen, miteinander zu reden, die Probleme wirklich zu diskutieren. Im übrigen vermitteln uns die Medien jeden Tag in die Wohnstube, wie ein starker Held Konfliktlösung betreibt, nämlich mit Gewalt.

Meine Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen äußert sich nicht nur in der Familie. Belästigungen am Arbeitsplatz, in der Schule — das ist hier schon ein bißchen zurückgewiesen worden — und

in Jugendeinrichtungen kommen hinzu. Gerade die Antworten der Landesregierung hierzu sind ausgesprochen unverbindlich, obwohl darüber Untersuchungen vorliegen und obwohl es darüber Zahlen gibt.

(Beifall bei der SPD.)

Des weiteren gibt es noch die Tatsache, daß Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind. Man muß sich das einmal vorstellen — ich glaube, die Männer können sich das gar nicht vorstellen —, daß sich Frauen tatsächlich nicht so bewegen können wie Männer, daß Frauen z. B. ernsthaft überlegen, ob sie abends, wenn es bereits dunkel ist, in einer abgeschiedenen Lage noch zum Bus gehen oder ob sie zum Pilzesuchen allein in den Wald gehen. Das sind Überlegungen, die die Männer wahrscheinlich nie anstellen müssen; für Frauen ist das aber ein ernstes Problem.

(Beifall bei der SPD.)

Ich meine, es war für die Landesregierung sicherlich schwer, in der Antwort auf die Anfrage das ganze Ausmaß der Gewalt gegen Frauen darzustellen. Deshalb will ich auch nicht in jedem Fall böse Absicht unterstellen. Natürlich muß abgewogen werden zwischen dem Respekt vor der Privatsphäre und den notwendigen Eingriffen in die Privatsphäre zum Schutz der Betroffenen. Dabei darf man es sich allerdings nicht so leicht machen, daß man sich hinter der Privatsphäre versteckt und den Schutz der Betroffenen dabei außen vor läßt.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß das Problem der Gewalt gegen Frauen von Frauen in die öffentliche Diskussion gebracht worden ist. Es waren zunächst auch Frauen, die versucht haben, Frauen zu helfen, mit den Folgen von Gewaltanwendung fertig zu werden. Auf diese Weise sind die ersten Frauenhäuser entstanden. In diesem Zusammenhang muß man einmal feststellen, daß es eigentlich ein Skandal ist, daß wir im aufgeklärten 20. Jahrhundert Schutzhäuser für Frauen brauchen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Frauen haben Initiativen gegründet, um vergewaltigten Frauen zu helfen. Frauen erlernen in Frauenselbsthilfegruppen Methoden der Selbstverteidigung. Des weiteren arbeiten Frauen in einer Initiative mit Sexualstraftätern. Die Opfer, die Betroffenen, müssen sich also selbst helfen — und das natürlich ehrenamtlich; denn kosten darf es möglichst nichts.

Nun ist es uns gelungen — das ist bereits angesprochen worden —, daß sich das Land an der

Förderung von Frauenhäusern beteiligt, wenn auch nur in einem geringen Maße. Die vorgesehene Summe ist nicht ausreichend, und die Förderrichtlinien unterteilen im übrigen fein säuberlich in genehme und nicht genehme Einrichtungen. Auch wird nicht berücksichtigt, daß gerade Einrichtungen, die lange Zeit mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement gearbeitet haben, heute nicht in der Lage sind, den Eigenanteil für zwei Fachkräfte zu bezahlen. Diese Einrichtungen gehen bei der Förderung völlig leer aus. Das können wir nicht akzeptieren.

Unser Anliegen bleibt es weiterhin, hier zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen. Ich meine auch, daß wir die von mir genannten Initiativen nicht länger allein arbeiten lassen dürfen. Andere Bundesländer sind da mit einer finanziellen Förderung schon sehr viel weiter.

Ich teile auch nicht die in der Antwort der Landesregierung zum Ausdruck gekommene pauschale Ablehnung von Mädchenhäusern. Ich meine, wir sollten die Ergebnisse der Modellversuche anderer Bundesländer zu Rate ziehen und überlegen, ob wir nicht auch in Niedersachsen analog zu den Frauenhäusern ein Mädchenhaus einrichten sollten.

Das Land kann also einiges tun, um den Frauen, die Opfer von Gewaltanwendungen geworden sind, zu helfen. Ich meine aber, das kann nicht ausreichen. Wir können nicht ganz Niedersachsen mit einem dichten Netz von Hilfseinrichtungen überziehen, sozusagen Reservate für Frauen schaffen. Denn Gewalt gegen Frauen in ihrer vielfältigen Form — ich habe sie genannt: körperlich, sexuell, als Belästigung am Arbeitsplatz — ist eben nicht nur ein Frauenproblem. Die Gewalt, der Frauen ausgesetzt werden, wird von Männern ausgeübt, die damit sicherlich einer extrem männlichen Rollenauffassung nachkommen. Diese Aufteilung der Rollen für beide Geschlechter mit entsprechenden Zuweisungen gesellschaftlicher Aufgaben — die Frau ist zuständig für die Familie und der Mann für Beruf und die Außenvertretung der Familie — bedeutet nicht nur für die Frauen eine Einschränkung ihrer Lebensführung. Ich meine, alle Ansätze, diese Rollenzuweisungen zu überwinden, um zu einer gleichberechtigten Partnerschaft der Geschlechter zu kommen, sind wichtige Ansätze zur Lösung des Problems. Das beginnt mit der Erziehung. Ich meine, Eltern, Erzieher und Lehrer brauchen durch Fortbildungsmaßnahmen da noch Unterstützung.

Dazu gehört auch die von uns schon diskutierte Frage — das wäre sicherlich nur ein kleiner

Frau Lemmermann

Schritt — der einseitigen Rollendarstellung in Schulbüchern. Es gehört ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot für Mädchen dazu, das ihnen ein eigenständiges Leben ermöglicht. Ich darf daran erinnern, daß wir dazu Anträge eingebracht haben, die Sie abgelehnt haben.

Dazu gehört weiterhin, daß die Bedingungen der Arbeitswelt so gestaltet werden, daß Männer und Frauen Familienaufgaben übernehmen können. Diese Familienaufgaben dürfen dann nicht nur verbal anerkannt werden.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß wir aufgrund der heutigen Diskussion auch zu praktischen Schritten in der Landespolitik kommen, daß die Landesfrauenbeauftragte in der Lage sein wird — wir haben vorhin von ihrem „großen“ Haushalt gehört —, Maßnahmen zu ergreifen, die diesem Problem begegnen. Ich hoffe, daß wir auch im Ausschuß für Frauenfragen noch Gelegenheit haben werden, über dieses Thema in der einen oder anderen Form zu sprechen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr die Frau Kollegin Schneider.

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Deppe, daß das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ noch niemals ein Punkt in Regierungserklärungen, auch nicht in Niedersachsen, war, mag von Ihnen zu kritisieren sein. Der gerade neu berufenen Landesbeauftragten für Frauenfragen aber den Vorwurf zu machen, auch sie habe noch nichts dazu gesagt, halte ich für nicht fair. Frau Wigbers und ihre Mitarbeiterinnen haben in kurzer Zeit viele Aufgaben übernehmen und neu aufnehmen müssen, und zwar unter anderem auch die Beantwortung Ihrer umfangreichen Großen Anfrage, die hier heute diskutiert wird, deren weitere Beratung in den zuständigen Ausschüssen jedoch nicht möglich ist.

Trotzdem sage ich Ihnen, Frau Wigbers, und Ihren Mitarbeitern herzlichen Dank für die umfangreiche und ausführliche Beantwortung, die Ihre erste offizielle Arbeit für dieses Plenum war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich denke, Sie werden anhand der Beantwortung inzwischen selber Ihre Schwerpunkte gefunden haben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig irritiert — Frau Deppe, Ihnen habe ich das im Vorbeigehen schon gesagt — über die hier zur Debatte stehende Große Anfrage, und zwar nicht, weil ich das Thema für unwichtig halte, sondern weil ich Ort und Zeit dieser Diskussion für falsch halte.

Erstens findet just heute im Bundesjustizministerium eine Expertenanhörung zu den Ergebnissen der Emnid-Untersuchung „Gewalt gegen Frauen in Ehen“ statt, die Minister Engelhard im April dieses Jahres in Auftrag gegeben hat. Ich halte es deshalb zumindest aus arbeitsökonomischen Gründen für wenig sinnvoll, hier zeitgleich eine vergleichsweise laienhafte Debatte zu führen.

(Wernstedt [SPD]: Das hätten Sie im Ältestenrat mitteilen müssen!)

Daß die Landesregierung Ihre recht umfangreiche Große Anfrage vom 7. Oktober schon jetzt beantwortet, zeigt, daß diese Problematik sehr ernst genommen wird, bestätigt gleichzeitig aber auch meine Vermutung, daß die Grünen hier Dinge erfragen, die bekannt sind, und daß die Große Anfrage eine versteckte Haushaltsdebatte in Richtung zu erhöhender Zuschüsse für diese Bereiche ist.

Zweitens, meine ich, tun wir dem Thema, den betroffenen Frauen und Mädchen sowie auch uns selbst keinen Gefallen, wenn wir dieses sensible, differenzierte und noch immer tabuisierte Thema mit 29 Fragen zu fünf verschiedenen Komplexen in einem Rahmen abhandeln, der eine differenzierte Auseinandersetzung nicht zuläßt. Minutiös begrenzte Redezeiten und die notwendigerweise zu wählende Form der Rede sind aus meiner Sicht dem Thema nicht zuträglich, ja, schaden ihm sogar. Deshalb möchte ich nicht im einzelnen auf die Fragen eingehen, sondern nur folgende Anmerkungen machen.

Erstens. Ich halte es für notwendig, daß wir Politikerinnen und Politiker uns mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen. Dazu gehört für mich Gewalt gegen Frauen und Mädchen, gegen Ausländer, Andersdenkende, Schwache, Minderheiten und Sachen. Zu all diesen Gewaltformen gibt es hinreichend Studien und Erklärungsmodelle. An uns ist es nun, die verschiedensten Ansätze, Ergebnisse und Lösungsvorstellungen aufzunehmen, zu diskutieren und die Rahmenbedingungen so zu ändern, daß Gewalt abgebaut werden kann.

Zweitens. Aus liberaler Sicht soll und kann der Staat die Regeln des zwischenmenschlichen Umgangs nur in Grundzügen beschreiben. Das heißt z. B. konkret, wir werden Selbstverteidigungs-

kurse weder finanziell aus Landesmitteln fördern noch im Rahmen des niedersächsischen Freistellungsgesetzes anerkennen wollen. Ich persönlich will es auch nicht, weil ich den Ansatz für falsch halte. Gleichzeitig werden wir aber alles daransetzen — das haben wir auch in der Vergangenheit immer getan; ich denke in diesem Kontext zum Beispiel an die Erleichterungen für Transsexuelle, die im wesentlichen auf unsere Initiative zurückzuführen sind —, daß Menschen weder aufgrund ihrer Schwäche noch ihrer Andersartigkeit benachteiligt oder gar mißhandelt werden.

Drittens möchte ich davor warnen — das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt —, durch überspitzte Diskussionen zu verunsichern. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern, ohne die von Ihnen angesprochenen Probleme zu ignorieren. In den 70er Jahren haben Lehrer zum Teil sehr mühsam gelernt, die sogenannte autoritäre Distanz zu ihren Schülern und Schülerinnen abzubauen und zu ihnen ein freundschaftliches Verhältnis zu entwickeln, d. h. beispielsweise, auch einmal tröstend über die Haare zu streicheln. Diskussionen, wie wir sie heute führen, könnten — ich sage ausdrücklich: könnten — dazu führen, daß diese Lehrer in den 80er Jahren lernen, daß ein freundschaftliches Um-die-Schulter-Fassen als sexuelle Belästigung diffamiert wird. Ich möchte diese Entwicklung nicht, weder im Blick auf die Schüler und Schülerinnen noch im Blick auf die Lehrer.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Komplex von Gewalt in unserer Gesellschaft. Sie zu verhindern muß unser aller Anliegen sein. Über die geeigneten Mittel und Wege bedarf es einer differenzierten, offenen und sachlichen Auseinandersetzung, in der wir alle zu akzeptieren lernen, daß physische und psychische Gewalt viele Facetten, Ursachen und Beteiligte hat. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Schreiner.

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, daß diese Landesregierung entgegen allen ernsthaften Untersuchungen und Studien zu diesem Thema — auch entgegen der Erkenntnis des Europäischen Parlaments — nicht

oder noch nicht bereit ist, Gewalt gegen Frauen als ein grundlegendes Strukturmerkmal dieser Gesellschaft anzuerkennen

(Frau Stoll [CDU]: Was soll das denn?)

und sich darüber umfassend kundig zu machen. Verdeutlichen wir uns doch einmal die Diskrepanz zwischen der Anprangerung friedlicher Sitzblockaden als Gewalt und der Dürftigkeit vieler der Antworten der Landesregierung auf unsere Anfrage, welche mit dem Ausbleiben einer öffentlichen Empörung auf die alltäglichen und massenhaften Gewaltakte gegen Frauen korrespondiert.

(Beifall bei den Grünen.)

Gewalt, nach landläufiger Definition ein Mittel zur Brechung fremden Willens, Gewalt, der Angriff auf die körperliche Unversehrtheit also, bedeutet die Herabwürdigung des Opfers zu einem Objektstatus, zu einer Sache. Es ist ja nicht zufällig, daß selbst Frauen, die wiederholt krankenhauserreif geschlagen wurden, die damit einhergehende Demütigung als die schlimmste Mißhandlung erfuhren. Daß aber solche Frauen, Frau Ministerin Breuel, aus diesen Situationen ausbrechen, daß sie in der Lage waren zu entinnen, das zeigt ja, daß sie als Subjekte handeln und von uns keineswegs sozusagen als passive Marionetten nur gesellschaftlicher Umstände betrachtet werden. Insofern muß ich dieses Mißverständnis ganz nachhaltig ausräumen.

Mit den Antworten, die Sie uns gegeben haben, sind wir keineswegs zufrieden. Wir entdecken sehr viele Lücken. Weil die Zeit für uns nicht so sehr üppig bemessen ist, muß ich mich auf einige exemplarische Kritikpunkte beschränken.

Ich komme zunächst auf den von Ihnen besonders kritisierten Frageteil zu sprechen, bei dem es um Gewaltakte im Privatbereich geht. Sie berufen sich bei Ihrem Nichtwissen auf den Schutz der Privatsphäre. Ich finde, das ist doch ein wirklich dürftiges Argument; denn wir kennen aus dem angelsächsischen Raum zahlreiche empirische Studien, die Licht in dieses Dunkel bringen und natürlich — aber selbstverständlich! — die Privatsphäre schützen.

Gewalt in der Privatsphäre ist aber eben keine Privatsache. Ich muß schon sagen: Mich erinnert das, was Sie zu diesem Thema gesagt haben, doch ein wenig an das kaiserliche Verständnis, nach dem körperliche Züchtigung ja leider Gottes noch als Recht des Ehemannes betrachtet wurde. In diese Privatangelegenheit hatte sich niemand einzumischen.

Frau Schreiner

Ich greife einen anderen Punkt heraus: Selbstverteidigungskurse. Wer, wie das die Landesregierung tut, diese Kurse in den Bereich des Sports verweist, der hat doch überhaupt nicht begriffen, worum es geht, nämlich um die Auseinandersetzung mit dem herrschenden Frauenbild, welches den Frauen Gegenwehr, ja selbst Wut und Empörung doch im allgemeinen verbietet. Eine Auseinandersetzung mit diesen gelernten Verhaltensweisen mit den Mitteln des Körpers zur Stärkung des Selbstbewußtseins, das sind diese Kurse. Natürlich wären sie nach unserem Verständnis auch nach dem Erwachsenenbildungsgesetz förderungswürdig. Ich denke, solche Kurse passen ganz gut in den Bereich der Werte und Normen.

Zu einem anderen Punkt: Ich registriere, daß Sie sexuellen Mißbrauch von Mädchen als „Mißstand“ gekennzeichnet haben. Ich denke, dies ist mehr als eine sprachliche Entgleisung, wenn ich mir die Vorstellungen der Landesregierung zu diesem Punkt betrachte. Für die betroffenen Mädchen sind Einrichtungen der Jugendhilfe vorgesehen. Ich finde das empörend; denn solche Einrichtungen sollen ja bekanntlich erzieherische Defizite korrigieren helfen. Die Mädchen brauchen aber Schutz vor Übergriffen; sie müssen heraustreten können aus der Heimlichkeit der Aufarbeitung erlittener Gewalt. Ich denke, das hat die Landesregierung wohl nicht bedacht.

Die Landesregierung weiß auch nichts von den spezifischen Formen der Gewalt gegen Ausländerinnen. Die Landesregierung hat es auch nicht der Mühe wert befunden, sich zu der Beantwortung unserer Anfrage zu diesem Punkt kundig zu machen. Wir fürchten, daß der Landesregierung diese Gruppe von Mitbürgerinnen bestenfalls gleichgültig ist; es könnte sogar sein, daß man das Wort „Mißachtung“ hier anwenden muß.

Meine Damen und Herren, die Art und Weise der Beantwortung verschiedener Fragen — nicht aller Fragen — hat mit der Politik des Verschweigens und Verharmlosens zu tun, die in den letzten Jahren zum Glück ein Stück aufgebrochen werden konnte. Wir werden beharrlich weiter über dieses Thema diskutieren.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hammelstein.

Frau Hammelstein (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe es zu: Ich hätte mir für meinen ersten Rede-

beitrag in diesem Haus durchaus ein heitereres Thema als Gewalt gegen Frauen und Mädchen gewünscht, auch wenn es sicherlich nicht immer so heiter zugehen kann wie bei einem Beitrag von — so heißt er wohl — Herrn Töne Teysen.

(Lachen.)

Bei diesem Thema gibt es in der Tat nichts zu lachen. Ich bin, ehrlich gesagt, schon froh darüber, daß heute auch nicht der Versuch gemacht wird, etwas lächerlich zu machen. Ich habe im Gegensatz zu Ihnen, Frau Deppe, das noch kürzlich bei solchen Diskussionen erlebt. Es war doch ziemlich hart.

Ich bin eigentlich froh darüber, daß hier bis auf Ausnahmen auch sehr ernsthaft diskutiert und zum Thema gesprochen wurde. Bei Ihnen, Frau Abgeordnete Schneider, war ich aber etwas schockiert. Ich habe den Eindruck, daß Ihnen an einigen Stellen das Bewußtsein dafür fehlt, daß es speziell Frauen und Mädchen eben aufgrund ihrer besonderen Situation ganz anders betrifft als bei vielen der Beispiele, die Sie genannt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist durchaus richtig — hier wurde das gerade in Frage gestellt —, daß es noch vor gar nicht allzulanger Zeit nach Recht und Gesetz zulässig war, daß Männer ihre Frauen züchtigten. Sie hatten die erzieherische Verantwortung, wie es so hieß. Es ist auch noch gar nicht so lange her, daß wir die Prügelstrafe an bundesdeutschen Schulen hatten. Das Schlagen von „faulen“ und „renitenten“ Lehrlingen war durchaus zulässig. Schläge dienten der Gewöhnung an Unterordnung. Schlagen ist ja immer ein Ausdruck von Macht.

(Schörshusen [Grüne]: Ohnmacht!)

Nun haben sich in der Zwischenzeit zwar Gesetze und Rechtsauffassungen geändert, leider aber vielfach die Praxis nicht. Frau Lemmermann hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es erst gut zehn Jahre her ist, daß überhaupt ein Bewußtsein für Gewalt gegen Frauen und Mädchen entstanden ist. Bis dato hatten sich ja auch viele Behörden und Institutionen geweigert, das Problem überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Hier ist schon ausführlich darauf hingewiesen worden, daß es ein Verdienst von Fraueninitiativen gewesen ist, dieses Problem offengelegt und z. B. in Form von Frauenhäusern auch Lösungsmöglichkeiten angeboten zu haben.

Heute bestreitet ernsthaft niemand mehr, daß es Gewalt gegen Frauen und Mädchen gibt. Strittig sind allerdings — auch das ist hier heute deutlich geworden — einerseits das Ausmaß und anderer-

seits die Ursachen. Wir Sozialdemokraten sehen in der Tat Mißhandlung und Unterdrückung nicht als Einzelschicksal oder etwa als soziales Problem an. Ursache ist eben nicht das individuelle Versagen einer Frau, wie im Vorspann der Antwort der Landesregierung mit als Grund genannt wird. Ursächlich sind vielmehr unsere Strukturen und das Ungleichverhältnis zwischen Frauen und Männern auf allen Ebenen. Auch das ist ausführlich dargestellt worden; ich muß es nicht wiederholen. Die Benachteiligungen sind deutlich geworden. Da gilt es anzusetzen.

Ich meine schon, daß diese Machtverhältnisse kein Naturereignis sind. Sie sind durchaus veränderbar. Wir als Politiker sind dazu aufgerufen, daran mitzuwirken. Wir dürfen es nicht als unausweichlich hinnehmen, sondern wir müssen etwas anbieten. In dieser Sache zu handeln ist wohl auch Aufgabe einer Landesregierung. Daher begrüßen wir die Große Anfrage der Grünen. Wir — hoffentlich wir alle — werden dadurch nämlich gezwungen, uns mit diesem unbequemen Thema auseinanderzusetzen. Die im Privaten sehr häufig verborgene und im Alltag leider auch häufig tolerierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen muß immer wieder aufgezeigt werden, um Sensibilität und Problembewußtsein zu wecken sowie Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Wie aber sieht es damit in der Antwort der Landesregierung aus? Die Antwort ist, zugegeben, sehr umfangreich. Wir haben sie leider erst heute morgen auf den Tisch bekommen. Schon deshalb, aber auch aus Zeitgründen, ist es nicht möglich, auf jeden Punkt einzugehen. Ich sage auch, daß es in einigen Punkten von uns durchaus Zustimmung gibt. Aber häufig macht es sich die Landesregierung etwas zu einfach. Die Antworten sind dann doch sehr oberflächlich oder ausweichend. Es tauchen auch an einigen Stellen die schlimmen alten Vorurteile auf. Ich will einige Beispiele nennen, solange meine Redezeit es zuläßt. Ich sehe noch nichts leuchten; ach, jetzt geht es los.

Zu den Landesförderrichtlinien für Frauenhäuser wird gesagt, daß sich diese Richtlinien im großen und ganzen in der Praxis bewährt hätten. Die Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser in Niedersachsen — in ihr sind immerhin elf von 28 Frauenhäusern zusammengeschlossen — kritisiert die Richtlinien in allen wesentlichen Punkten. Zum Beispiel Wolfsburg. Ich habe das Frauenhaus in Wolfsburg mit aufgebaut. Wir haben — weil es die CDU-Mehrheit nicht hingekriegt hat, Personal zu finanzieren — alles ehrenamtlich gemacht. Die Folge ist nun, daß wir kein

Geld bekommen, weil wir in Wolfsburg nicht zwei hauptamtliche Kräfte eingestellt haben. Das ließe sich durch viele Beispiele verlängern.

Auch das Problem der sexuellen Belästigung von Schülerinnen und der Gewalt gegenüber Schülerinnen wird aus unserer Sicht zu dürftig angesprochen. Es ist in der Tat schwierig, dazu eine Statistik anzufertigen. Aber bitte schön, wen wundert das? Wer kennt sich denn nicht bei den Abhängigkeiten in der Schule aus? Viele wissen doch, daß häufig keine Anzeige erstattet wird. Da kann man sich aber sachkundig machen. Ich empfehle der Landesregierung zum Beispiel das Buch „Sexismus in der Schule“ von Dagmar Schulz. In diesem Buch gibt es sehr gute Informationen.

Ähnlich verhält es sich mit einer anderen Problematik, nämlich mit der Gewalt und der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Auch hierzu gibt es Untersuchungen. 52 Prozent der Befragten sprechen von Belästigungen durch Kollegen, 46 Prozent von Belästigungen durch Vorgesetzte usw.

Übrigens ist auch die Gewalt durch Sprache ein interessantes Thema. Dieses Thema wird in der Großen Anfrage allerdings nicht aufgegriffen. Es ist aber oft ein Thema hier im Rund. Ich möchte ein Beispiel aus der heutigen Sitzung nennen. Wenn von einem CDU-Herrn — ich könnte ihn aufgrund seines Körpergewichts auch ziemlich diskriminierend bezeichnen; ich erspare mir das aber — zum Beispiel gesagt wird, die soll erst mal etwas lernen, die versteht nichts davon, dann ist auch das eindeutig eine Form von Diskriminierung, und das ist Gewalt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Viele Aufgaben den Kommunen zuzuordnen ist auch ein Problem. Die Kassen der Kommunen sind nämlich leer.

Zum Schluß schnell noch ein Satz zu der Statistik. Am Ende der schriftlichen Antwort auf die Große Anfrage finden wir sechs Seiten Statistik. Wer die ernsthaft liest — ich hoffe, Sie werden es noch tun; Zeit dazu hatten Sie heute wahrscheinlich noch nicht; dort ist ja alles sehr ausführlich aufgeschlüsselt —, der wird — obwohl eine solche Statistik nur einen kleinen Ausschnitt erfaßt; gerade in dem Bereich gibt es eine hohe Dunkelziffer, denn es gelangt ja nur ein geringer Teil zur Anzeige — erschüttert sein, und ihm wird klar, wie notwendig wir an dieser Stelle zum Handeln aufgefordert sind. Das möchte ich uns hier auf den Weg mitgeben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Deppe.

Frau Deppe (Grüne):

Sagen Sie mir bitte, wie lange ich noch reden darf?

Vizepräsident Warnecke:

Noch zwei Minuten.

Frau Deppe (Grüne):

Zwei Minuten? Oje! Na gut. Dabei könnte ich jetzt bestimmt eine Stunde lang sprechen. Dann muß ich mich halt etwas kürzer fassen.

Frau Breuel, ich möchte Sie nur daran erinnern, daß Sie in Ihrem Beitrag immer wieder gesagt haben: untersuchen, forschen, untersuchen, forschen. Wenn Sie jetzt aber einmal davon absehen, daß Sie Ministerin und Politikerin sind — ich habe in meinem vorigen Beitrag auch darauf hingewiesen, daß Sie eine Legitimation brauchen, um überhaupt etwas in Gang zu setzen —, dann werden Sie als Frau mir doch zustimmen können, daß eigentlich weder geforscht noch untersucht zu werden brauchte. Davon gehe ich aus.

Zu Frau Schneider. Frau Schneider, ich war — gelinde gesagt — entsetzt. Ich glaube, es ist schon ein Zeichen dafür, was seitens der Landesregierung, aber auch von Frau Wigbers als Sprachrohr dieser Landesregierung an die Öffentlichkeit gelangt. Ich weiß, was gekommen ist. Das Konzept ist noch nicht fertig; das ist ganz klar. Aber Schwergewichtspunkte sind gesetzt worden, und Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Mädchen kommen leider nicht vor. Das ist Realität. — Jetzt sehe ich hier schon die rote Lampe leuchten. Was heißt das?

(Zurufe: Eine Minute noch!)

— Eine Minute noch. Gut.

Ich möchte nur noch kurz auf das eingehen, was Frau Breuel zum Datenschutz gesagt hat. Wissen Sie, meiner Meinung nach brauchte keine einzige Erhebung durchgeführt zu werden. Keine einzige! Sie sind aber nur dann handlungsfähig, wenn Sie Daten auf dem Tisch haben. Ihnen reicht nicht eine Frau, die vergewaltigt worden ist, sondern Sie müssen 30 sehen, damit es sich lohnt.

(Widerspruch bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Das ist bescheuert! — Weitere Zurufe.)

— Das ist eine politische Aussage, und die darf ich, glaube ich, machen. Das wird Frau Breuel, glaube ich, schon einschätzen können.

Ein letzter Punkt. Ich bin ein bißchen bestürzt über das, was von Frau Stoll gesagt worden ist. Frau Stoll, auch ich bin eine Frau und bin in der Notrufarbeit tätig gewesen und weiß deshalb, was das heißt. Das Bild, das Sie von der Notrufarbeit bzw. von der Frauenhausarbeit in autonomen Zusammenhängen haben, entspricht nicht der Realität, sondern ist politische Agitation.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Besprechung und treffe die Feststellung, daß die Große Anfrage der Fraktion der Grünen in der Drucksache 175 erledigt ist.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung: NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX '87 — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/166

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen wird eingebracht und begründet durch den Kollegen Kempmann. Ich erteile ihm das Wort.

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Regelmäßigkeit, und zwar alle zwei Jahre wieder, zieht ein Teil der zivilen Verwaltung dieses Landes in den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

(Lachen bei der CDU. — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Was ist das denn?)

— Lachen Sie nicht, hören Sie doch erst einmal zu! — Im Rahmen der sogenannten Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX wird NATO-weit von militärischen und zivilen Stellen gemeinsam die Vorbereitung und Führung eines Krieges geübt.

(Döring [CDU]: Danken Sie Gott, daß wir in Frieden leben!)

Im März 1987 soll es wieder soweit sein. Die Landesregierung, die Bezirksregierungen Weser-Ems

und Lüneburg, die dortigen Landkreise und eine große Zahl von Gemeinden proben den Ernstfall. Dabei geht es gerade nicht darum — nachher werden Sie wieder dieses Bild zeichnen — zu üben, wie die Bevölkerung möglichst gut vor den Folgen eines Krieges geschützt werden kann — diese angeblich lebenserhaltende Aufgabe des Zivilschutzes kann keiner mehr glauben —, sondern das Gegenteil ist der Fall: Geübt wird das, was im Zivilschutzgesetz steht, nämlich — ich zitiere — „alle Maßnahmen im zivilen Bereich, die der Unterstützung der Operationsfreiheit und der Operationsfähigkeit der Streitkräfte dienen“. Das ist das Ziel der Übung.

Aus Berichten von Teilnehmern, bekanntgewordenen Protokollen und aus der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Szenarien der Übung WIN-TEX/CIMEX wird deutlich, daß zur Bewältigung eben dieser Aufgabe in dieser Übung die gesamte Palette der vorbereitenden Notstandsmaßnahmen von der Ausgabe von Lebensmittelkarten über die Schließung von Schulen, ihre Umwandlung in Hilfskrankenhäuser, über die Stilllegung privater Telefonanschlüsse, über Arbeitsdienstverpflichtungen, über die Beschlagnahme von privaten Kraftfahrzeugen bis hin zur Errichtung — das ist ein wesentlicher Punkt — von bewaffneten Straßensperren, an denen Flüchtlingsströme — im Beamtendeutsch heißt das „unkontrollierte Bevölkerungsbewegungen“ — gestoppt werden sollen. Das Szenario für das nächste Jahr sieht auch das Üben der Zerschlagung von Demonstrationen und spontanen Streiks mit Hilfe der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr vor. Beendet werden diese Übungen regelmäßig mit dem angenommenen umfassenden atomaren Schlagabtausch und der völligen Vernichtung Europas. Das ist das Szenario dieser Übung, und das wird auch geübt.

(Briese [CDU]: Das ist doch Schwachsinn, was Sie erzählen!)

Neben dem Üben einer reibungslosen Organisation und Verwaltung, des kollektiven Massensterbens und der Wehrtüchtigung unserer Verwaltung verfolgt diese Übung noch ein zweites Ziel: Der Bevölkerung soll der Eindruck vermittelt werden, als seien Kriege, als sei der nächste Krieg in Europa gewinnbar und überlebbar.

Der Szenarienablauf und die Auswertung dieses Planspiels sind geheim. Weil sie geheim sind, sind sie mit der demokratischen Gesellschaft unvereinbar.

(Zustimmung von Trittin [Grüne].)

Diese Übung ist geheim, weil sie nämlich dann, wenn die wahren Übungsinhalte und -ziele einer größeren Öffentlichkeit bekanntwürden, in der Bevölkerung Abscheu und Entsetzen hervorrufen würden. Einer, der es wissen muß — vielleicht kennen Sie das Zitat —, war der Altbundeskanzler Schmidt. Er hat zu einer solchen Übung gesagt:

„Deutsche Offiziere, die dieses Planspiel vorbereiten mußten, haben dabei geweint. Sie mußten sich nämlich realistisch darauf einstellen, daß sie der Hunderttausende Flüchtlinge auf den Straßen nicht anders Herr werden konnten, als sie durch die Panzer von den Straßen zu fegen.“

Das ist das, was geübt werden soll. Es soll geübt werden die Stay-put-Doktrin der NATO. Übersetzt heißt das für die Zivilbevölkerung nichts anderes als „Stirb, wo du bist“. Wir wollen eben nicht, daß im nächsten März die Gartenbauämter — wie es das Szenario vorsieht — statt der Pflege der Frühjahrsblumen das Anlegen von Massengräbern üben. Wir sind der Meinung, daß gerade solche Übungen ein aktiver Beitrag zur Kriegsvorbereitung sind, auch in dem Sinne, wie das in den Deutschlandberichten vom November 1934 — das interessiert vielleicht die SPD — nachzulesen ist:

„Dies Reden vom Krieg ist eine Kriegsgefahr an sich. Es bringt den Krieg dem Volk wie dem einzelnen näher. Der Krieg wird aus einem unvorstellbaren Schrecken zur Selbstverständlichkeit, aus einer finsternen, unmenschlichen Macht zur menschlichen Normalität. Es tritt Gewöhnung ein, die am Tage des Kriegsausbruches sagen wird: Nun ist es ja endlich soweit. Diese Gewöhnung vernichtet die Kräfte des inneren seelischen Widerstandes, sie lähmt die moralische und menschliche Empörung.“

Das wußte die SPD 1934, und genau das gilt natürlich auch heute noch.

Wir wollen dieser Wehrtüchtigung, dieser Wehrhaftmachung unserer Gesellschaft den kritischen und wachen Verstand der friedliebenden Bürgerinnen und Bürger entgegensetzen. Wir wollen der hoffnungslosen Politik dieser Landesregierung, aber auch dieser Bundesregierung, die ja nichts weiter ist als der Ausverkauf unseres Rechts auf Leben ohne Krieg an die militaristische Reagan-Administration, unsere Hoffnung auf ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander der Völker entgegensetzen.

(Lachen eines Abgeordneten.)

Kempmann

— Da können Sie lachen. — Diese Hoffnung und das Engagement der Menschen, die sich hier im Westen, aber natürlich auch immer mehr im Osten einer unabhängigen Friedensbewegung anschließen und sich dort organisieren, sind nach unserer Meinung echte Beiträge zur Friedenssicherung.

(Beifall bei den Grünen.)

In diesem Sinne darf ich Sie in diesem Hause auffordern, sich an einer aktiven Wehrkraftersetzung zu beteiligen! Sorgen Sie dafür, daß kein Beamter und keine Beamtin in diesem Land und daß keine Dienststelle — sei es auf der Ebene der Bezirksregierungen, auf der Ebene der Landkreise oder auf der Ebene der Gemeinden — an dieser Übung teilnehmen! Ich beantrage, daß heute über unseren Antrag abgestimmt wird, und zwar in namentlicher Abstimmung.

(Beifall bei den Grünen. — Jahn [CDU]: Oh! — Zuruf: Was? — Zuruf von der CDU: Dein Name allein genügt aber nicht!)

Vizepräsident Warnecke:

Namens der Landesregierung nimmt zu diesem Antrag Stellung der Herr Minister des Innern.

Hasselmann, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Einführung fällt es mir noch leichter, ganz kurz zu antworten.

(Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: So ist das!)

Das Land Niedersachsen hat ebenso wie alle anderen Bundesländer in Vollzug der Bundesauftragsverwaltung die Verpflichtung, im Zweijahresrhythmus an der Stabsrahmenübung der WINTEX-CIMEX-Serie, einer Serie, die die Bundesregierung im Rahmen des NATO-Bündnisses durchführt, teilzunehmen. Mit dem Antrag wird an die Landesregierung also das Ansinnen der rechtswidrigen Verweigerung gestellt.

(Zuruf von Trittin [Grüne].)

Es wird niemand im Ernst erwarten, daß die Landesregierung einem solchen Ansinnen folgen wird.

(Zustimmung von Döring [CDU].)

Einzelne Bundesländer können sich nicht aus der nationalen Aufgabe der Zivilverteidigung ausblenden. Zivilverteidigung bedeutet keinesfalls die Vorbereitung zur Kriegsführung, im Gegen-

teil, sie dient — wie die gesamte Politik der Demokraten in unserem Lande — der Sicherung des Friedens.

(Beifall bei der CDU.)

Wir reden vom Frieden, nicht vom Krieg, und wir haben Frieden, meine Damen und Herren, und wir sollten uns das nicht zerreden lassen.

(Zuruf von den Grünen: Sie planen den Krieg! — Trittin [Grüne]: Vom Frieden reden und Krieg spielen; so ist das!)

Vorsätzlich falsche Behauptungen weise ich deshalb mit Entschiedenheit zurück. Die Landesregierung hat — wie bei den vorangegangenen WINTEX/CIMEX-Übungen auch — den Umfang der zivilen Beteiligung festgelegt und alle Vorbereitungen getroffen, damit die Übungsziele erreicht werden können.

(Kempmann [Grüne]: Sagen Sie doch einmal etwas zu den Inhalten der Übung!)

Die erforderlichen Mittel — darauf möchte ich noch hinweisen — sind im Haushaltsplan ausgewiesen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich eröffne nunmehr die Beratung. Das Wort wird vom Abgeordneten Bartling gewünscht. Ich erteile ihm das Wort.

Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kempmann, Ihre erste Bemerkung, daß ein Teil der Verwaltung in den Krieg gegen die eigene Bevölkerung ziehe, kann ich so nicht stehenlassen. Das weise ich mit Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

In dieser Definition wird eigentlich das ganze Gedankengebäude deutlich, das Ihrem Antrag zugrunde gelegt ist.

(Zustimmung bei der CDU.)

Hier sind wir grundlegend anderer Auffassung, meine Damen und Herren. Um es vorweg zu sagen: Wir Sozialdemokraten lehnen den Antrag der Fraktion der Grünen ab. Wir sind nicht der Auffassung, daß die Übung WINTEX/CIMEX — wie auch andere Manöver — der Vorbereitung und Übung eines Krieges dienen.

(Beifall bei der SPD und bei CDU.)

Hier wird nach unserer Auffassung nicht Krieg vorbereitet, sondern es wird auf Verteidigung hingearbeitet.

(Zuruf von den Grünen.)

Ich kann vielleicht später noch auf Ihren Einwurf antworten. Ich habe ihn jetzt nicht verstanden.

Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß ich, wenn ich sage, wir wollen uns militärisch verteidigen, natürlich auch in Kriegshandlungen verwickelt werde. Aber es ist für mich etwas ganz anderes, wenn ich eine Armee habe, die keinen anderen Zweck hat, als dieses Territorium zu verteidigen, wenn es von außen angegriffen wird. Darauf wollen wir vorbereitet sein.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

Zu diesem Zweck der Streitkräfte bekennen sich die Sozialdemokraten ausdrücklich. Natürlich muß eine Vorbereitung auf den Verteidigungsfall nicht nur auf militärische Verteidigung bezogen sein, sondern auch Zivilverteidigung einbeziehen. Es gibt zwangsläufige Zusammenhänge. Das kann jedoch nicht bedeuten — Herr Kempmann, da kann man durchaus einer Meinung sein —, daß man es hinnimmt, wenn bei der Konzeption und Ausgestaltung derartiger Übungen die militärischen Strategen über die Stränge schlagen. Aufgabe der zivilen Verteidigung ist es nämlich nicht primär, die militärische Verteidigung zu unterstützen, sondern im Inneren Stabilität zu wahren, also die demokratische Regierbarkeit zu erhalten, auch in einem solchen Falle.

(Frau Langendorf [Grüne]: Schauen Sie sich die Szenarien bitte einmal an!)

— Über diese Szenarien gibt es sehr unterschiedliche Aussagen. Sie haben in Ihrem Antrag Gruselbilder gemalt. Es gibt andere Aussagen darüber. Vor allem Leute, die daran beteiligt waren, sagen ganz anderes aus. Ich empfehle Ihnen, mit diesen einmal zu reden.

Wir sehen bei der Ausgestaltung jeder militärischen Übung sehr wohl die Gefahr, daß die Erfordernisse der militärischen Verteidigung der zentrale Gesichtspunkt für die Gestaltung des restlichen gesellschaftlichen Lebens zu werden drohen. Das ist aber nicht in erster Linie böser Wille, sondern unserer Meinung nach eine übliche Verhaltensweise von gesellschaftlichen Institutionen, die sich für den Nabel der Welt halten. Deshalb ist es wichtig — das möchte ich noch einmal hervorheben —, daß derartige Übungen einer anschließenden öffentlichen Diskussion unterworfen werden. Dies ist für uns das geeignete Mittel zur

Kontrolle und gegebenenfalls zur Korrektur. Es kann also nicht darum gehen, die Unterstützung für die Übung zu verweigern, sondern ihren Zweck, ihre Ausgestaltung und ihre Wirkung zu diskutieren, Konsequenzen zu ziehen und gegebenenfalls für Veränderungen des Verteidigungskonzepts einzutreten. Aus dieser grundsätzlich anderen Haltung heraus und eben weil die Notwendigkeit der Landesverteidigung für uns nicht in Frage gestellt werden kann, kommt eine Ablehnung der Teilnahme an der Übung WINTEX/CIMEX für uns nicht in Frage.

Wir stimmen wohl alle darin überein, meine Damen und Herren, daß einer Militarisierung der Denkweise entgegengewirkt werden muß. Wir werden deshalb auch festhalten müssen, daß die Übung des Verteidigungsfalles nicht gleich ein Spannungsfall ist und daß die Übung des Verteidigungsfalles schon gar nicht der Verteidigungsfall selbst ist. Aber wir sind wohl auch alle der Auffassung, daß unsere demokratische Gesellschaft verteidigt werden und diese Verteidigung auch geübt werden muß.

(Beifall bei der SPD.)

Im übrigen: Würden wir WINTEX und CIMEX ablehnen, müßten wir konsequenterweise auch die derzeit allenthalben stattfindenden Herbstmanöver ablehnen. Ich betone nochmals: Das wollen wir nicht. Wir wollen aber gleichzeitig auch deutlich machen, daß sich die Belastungen durch Manöver in einem erträglichen Rahmen halten müssen. Ich denke, daß wir ausdrücklich die Belastungen durch Tiefflieger und durch Panzerverbände diskutieren sollten. Ich möchte nur einmal das Beispiel Copenbrügge nennen. Der Ort war an 200 Tagen eines Jahres Übungsgebiet.

Es ist durchaus eine Frage, meine Damen und Herren, über die man diskutieren kann, ob die Struktur der Streitkräfte, mit der wir die Bundesrepublik verteidigen wollen, noch den Bedingungen entspricht, unter denen sie im Jahr 1955 einmal aufgebaut worden ist, ob heute noch dieselben Erfordernisse gegeben sind oder ob man nicht auch eine andere Struktur für denkbar hält und, daraus folgernd, auch die Frage stellen kann, ob diese Übungen zumindest zu einem großen Teil überflüssig werden, wenn man eine andere Struktur hat. Das ist eine Diskussion, die zu führen wir gern bereit sind. Nur, dafür ist ein Landesparlament nicht der richtige Rahmen. Das gehört auf eine andere Ebene.

(Zustimmung bei der SPD.)

Solange wir aber die Bedingungen haben, wie sie jetzt bestehen, sind wir der Meinung, daß die In-

Bartling

stitution Bundeswehr auf die Landesverteidigung vorbereitet werden muß. Dies schließt auch die Vorbereitung ziviler Dienststellen ein. Das muß allerdings — das sage ich abschließend noch einmal — bei einer gerecht verteilten und möglichst geringen Belastung der Bevölkerung geschehen. In dieser Beziehung, meine Damen und Herren, gibt es gerade in Niedersachsen noch eine ganze Menge zu tun. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Trittin.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie sagen, das müsse öffentlich diskutiert werden, Herr Kollege, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß es Situationen gibt, in denen ein öffentliches Diskutieren strafrechtlich belangt wird, weil der Gegenstand der Diskussion für Geheimhaltungsbedürftig erklärt worden ist. Genau das bewahrheitet den Satz des Kollegen Kempmann, der vorhin gesagt hat, diese Geheimhaltungspolitik und eine demokratische Gesellschaft schlossen sich prinzipiell aus.

Ich möchte noch etwas zu Ihren Überlegungen bezüglich anderer Szenarien sagen. Meine Damen und Herren, in der Tat haben wir in der Begründung zu dem Antrag ein Horrorbild gemalt. Dieses Horrorbild haben wir uns aber nicht aus den Fingern gesogen; wir haben es vielmehr offiziellen Dokumenten der NATO entnommen. Das ist die Lage, für die geübt wird. Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, um was es dabei geht. Es geht nicht um den Schutz der Bevölkerung vor Krieg oder vor den Folgen des Krieges. Hier geht es einzig und allein darum, die Kriegsfähigkeit des Staates vor der Bevölkerung zu schützen. Das ist Zivilverteidigung.

(Beifall bei den Grünen.)

Dann wird vom Herrn Innenminister das Argument gebracht, Bundesauftragsverwaltung etc. pp. Angesichts dessen will ich einmal etwas zu den Rechtsgrundlagen dieser Zivilverteidigung sagen.

(Oestmann [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Diese Rechtsgrundlagen, meine Damen und Herren, entsprechen nahezu wörtlich, in vielen Teilen der Bestimmungen tatsächlich wörtlich den

Vorstellungen aus dem Kaiserreich, Erster Weltkrieg, und aus der Zeit des Nationalsozialismus. Es gibt in der Tat einige sprachliche Korrekturen, aber keine inhaltlichen Korrekturen. Was früher „Luftschutz“ hieß, heißt nun „Zivilschutz“. Was früher der Blockwart war, ist heute der Selbstschutzbeauftragte, und was unter Goebbels noch der totale Krieg hieß, meine Damen und Herren, das wird bei der NATO unter dem Stichwort der Gesamtverteidigung abgehandelt, d. h. der Einbeziehung von Bevölkerung und Armee in eine entsprechende Lage.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund frage ich mich: Wie können Sozialdemokraten dazu kommen, einen solchen Antrag abzulehnen? Wie können sie dazu kommen, Übungen öffentlich zu unterstützen, die nichts anderes zum Gegenstand haben, als zum Beispiel den Vorrang des Kolonnenverkehrs vor Flüchtlingen sicherzustellen, als das Abräumen von Flüchtlingen mit Hilfe von Panzern und als das Zerschlagen von Streiks? Wenn Sozialdemokraten an dieser Stelle sagen wollen, ja, das wollen wir, dann kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Ich finde das beschämend.

(Beifall bei den Grünen. — Fuchshuber [CDU]: Sie sollten nach Hause gehen!)

Wenn zu guter Letzt gesagt wird, es gebe einen Zwang, daß wir uns daran beteiligten, wie der Herr Innenminister ausgeführt hat, dann frage ich mich — das sollten auch Sie sich vielleicht einmal durch den Kopf gehen lassen —: Wenn es denn rechtlich so zwingend vorgeschrieben ist, wie kommt es dann, daß das Land Bremen seine Beteiligung an dieser Übung auf eine minimale Kontaktgruppe reduzieren kann, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU.)

Wenn es denn alles rechtlich so zwingend vorgeschrieben ist, wie kommt es dann, daß selbst das Innenministerium dieses Bundeslandes erklärt, daß Gemeinden oder Landkreise, die sich an dieser Übung nicht beteiligen, eben nicht mit Sanktionen zu rechnen haben?

Meine Damen und Herren, dies ist offensichtlich nicht der Fall. Offensichtlich liegt hier sehr viel eher der Fall vor, daß in einer großen Koalition einmal bedingungslose Treue zur NATO und zur NATO-Doktrin demonstriert werden soll. Meine Damen und Herren, damit an dem Dissens in diesem Hause auch wirklich kein Zweifel mehr bleibt

(Glocke des Präsidenten)

— ich komme zum Schluß, Herr Präsident! —, will ich Ihnen nur noch eines sagen: In unseren Augen ist ein Bündnis wie die NATO, die unter dem Stichwort „Follow on Forces Attack“ den Schlag in die Tiefe des Raumes plant, kein Friedensbündnis, sondern ein Kriegsbündnis. Und das lehnen wir ab.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von der CDU: Hören Sie mal die Sendung „Der schwarze Kanal“!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte die Hoffnung, daß wir diese Debatte so führen, daß wir uns wechselseitig auch noch ernst zu nehmen in der Lage sind. Die Beiträge von Herrn Kempmann und von Herrn Trittin haben allerdings gezeigt, daß diese Hoffnung nicht berechtigt war. Sie können aber ganz sicher sein, daß all jene Regierungen, die z. B. jenseits des Eisernen Vorhangs tätig sind, Ihnen für solche Reden dankbar sind. Dessen können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Zuruf von Trittin [Grüne].)

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, meine Damen und Herren, daß ich doch sehr beeindruckt gewesen bin von den Aussagen, die Herr Bartling hier getroffen hat. Herr Bartling, nehmen Sie es mir bitte so ab, wie ich es jetzt sage: Ich hoffe sehr, daß diese oder ähnliche Formulierungen, die Sie benutzt haben, von allen Sozialdemokraten mitgetragen werden.

(Beifall bei der CDU. — Ravens [SPD]: Er hat für alle geredet!)

Wenn alle Sozialdemokraten nicht nur so reden, wie Sie das hier getan haben, sondern auch so denken, dann sind wir auf dem Weg zu einer wichtigen Gemeinsamkeit einen großen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Bruns [Emden] [SPD]: Was soll das? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Grünen beschreibt Positionen, die wir kennen, Positionen, die sich auf die Bundeswehr und auf einen eventuellen Verteidigungsfall beziehen. Wir halten den Standpunkt der Grünen nicht nur für

falsch, sondern im Sinne der Bewahrung unseres freiheitlichen, des freiheitlichsten Rechtsstaats auf deutschem Boden, auch für gefährlich. Ausgerechnet von jenen, die bereit sind, fast täglich von den wichtigen Errungenschaften in diesem Lande wie Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit im Exzeß Gebrauch zu machen, sollte man eigentlich erwarten, daß sie denjenigen dankbar sind, die Tag für Tag und Nacht für Nacht dafür sorgen, daß sie diese Meinung vertreten können, die wir nicht teilen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, weise ich mit aller Schärfe die Behauptung zurück, daß im Zusammenhang mit der Übung, wie Sie geschrieben haben, „die Vorbereitung geübt wird, um Krieg führen zu können“. Meine Damen und Herren, dies ist eine ungeheuerliche Unterstellung, die eigentlich nur demonstriert, welches deformierte Demokratie- und Freiheitsverständnis Sie haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Frau Langendorf [Grüne]: Auch Ihnen kann ich nur die Lektüre der Szenarien empfehlen! Tun Sie es mal! Schauen Sie mal rein!)

Meine Damen und Herren! Gerade weil es so ist, daß unsere Bundeswehr die Aufgabe hat, die Freiheit gegen einen Gegner zu verteidigen, der den Zustand der Unfreiheit im Zweifel über die ganze Welt auszubreiten in der Lage sein will, stehen wir ohne Wenn und Aber zu eben diesem defensiven Friedensauftrag unserer Bundeswehr.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist, wenn Sie mir erlauben, dies so zu sagen, auch die Problematik — ich hätte fast formuliert: die Schizophrenie —, in der wir uns befinden, nämlich daß unsere Truppen für einen Krisenfall üben müssen, damit eben dieser Krisenfall nie eintritt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das ist wohl die entscheidende und wichtigste Feststellung in diesem Zusammenhang.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie konnten insofern natürlich nicht erwarten und haben auch nicht erwartet, daß eine der drei anderen Fraktionen Ihrem Antrag zustimmt.

(Trittin [Grüne]: Doch!)

Ich will abschließend nur noch folgendes sagen, meine Damen und Herren, damit es hier keinen falschen Zungenschlag gibt: Ich nehme Ihren Antrag zum Anlaß, hier deutlich zu machen, daß

Gansäuer

sich unsere Hoffnung — hoffentlich auch Ihre — auf die Gespräche zwischen den Regierungen der USA und der UdSSR richtet, die in diesen Tagen und Wochen stattgefunden haben. Wir wünschen uns — ich darf vielleicht sagen: hoffentlich mit Ihnen — nichts sehnlicher, als daß es endlich konkrete Abrüstungsschritte gibt, die für uns alle zur Bewahrung des Friedens wichtig sind. In diesem Sinne danke ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von Mönninghoff [Grüne].)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Rehkopf.

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, an der humorvollen Art, in der Herr Kempmann den Antrag der Grünen hier eingebracht hat, ist uns deutlich geworden, daß die Grünen den Antrag im Grunde gar nicht so ernst nehmen,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Doch!)

wie es bei Herrn Trittin den Anschein hatte, der den Antrag mit etwas mehr Temperament verteidigt hat. Ich und auch meine Fraktion sind davon überzeugt, daß Sie den Antrag gar nicht ernst nehmen können; denn wenn irgendeine Mehrheit in diesem oder in einem anderen Bundesland diesem Antrag folgen würde — Herr Trittin hat Bremen zitiert; zitieren Sie doch andere Bundesländer, in denen außer Ihnen das jemand auch nur im Ansatz diskutiert —, dann wären Sie von uns allen in Ihrer Freiheit höchstwahrscheinlich als erste gefährdet. Das wollte ich erst einmal sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben hier von Dokumenten gesprochen, Herr Trittin zuletzt von NATO-Dokumenten. Ich bitte die Fraktion der Grünen: Besorgen Sie sich doch einmal die Dokumente aus den östlich und westlich zur Bundesrepublik gelegenen Ländern hinsichtlich dieser Übungen. Dann werden Sie wahrscheinlich zu anderen Erkenntnissen kommen.

(Trittin [Grüne]: Die hat Dr. Frisch schon lange!)

Wir sind im übrigen der Meinung, wenn der Landtag von Ihnen aufgefordert wird — Herr Kempmann, wir kennen ja Ihre Art aus dem Innenausschuß —, sich der Wehrkraft zu widerset-

zen, und wenn damit alle Beamten dieses Landes aufgefordert werden, so zu handeln, dann ist das schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Nicht nur das. Sie haben gesagt, wer vom Krieg redet, der redet ihn herbei. Wir stellen fest, daß Sie am allermeisten davon reden, und so wird es wahrscheinlich auch bleiben.

(Beifall bei der FDP.)

Sie haben das in der Vergangenheit getan, und wir befürchten, daß das künftig auch so sein wird. Insofern müssen Sie Ihre eigenen Worte nehmen. Dann werden Sie feststellen, daß Sie gar nicht mehr glaubwürdig sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Zur Sache ist folgendes zu sagen: Selbstverständlich lehnt auch die FDP diesen Antrag ab. Die Vorredner haben, was die Grundsätzlichkeit und die Selbstverständlichkeit dieser Thematik betrifft, alles Wesentliche ausgeführt. Was darüber hinaus die zivile Verteidigung betrifft, bin ich aber auch der Meinung, daß — weil Verteidigung, auch zivile Verteidigung, viel Geld kostet — diese Übungen auch dazu beitragen können, im zivilen Bereich zu üben, und zwar auch für Katastrophenfälle außerhalb des Kriegsfallens. Ich denke an die Katastrophenfälle, die eintreten können durch Waldbrände und durch Deichbrüche. Auch in diesen Zusammenhängen ist beobachtet worden — da können Sie sowohl beim Innenminister als auch beim Verteidigungsminister in Bonn nachfragen —, daß die dort handelnden Personen nachweislich aufgrund dieser regelmäßig stattfindenden Übungen in der Lage waren, flexibel und fachmännisch ihren Dienst zu verrichten und die Bevölkerung vor Unbill zu schützen. Dies sei noch einmal am Rande bemerkt.

Im übrigen sind wir der Meinung, daß diese Anträge gar nicht hierhergehören. Fordern Sie Ihre Kollegen in Bonn auf, sie zu stellen.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das machen wir auch noch!)

Zum Schluß will ich noch sagen, daß Sie im Grunde die Katze aus dem Sack gelassen haben. Wenn Sie diese Forderung hier und heute stellen, dann seien Sie ehrlich genug und fordern in Bonn — nicht hier — die Abschaffung der Bundeswehr insgesamt. Das wäre konsequent.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Schröder.

(Trittin [Grüne]: Jetzt ist der Ausputzer dran!)

Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, das ist nicht nötig, was Sie hier mit „Ausputzen“ unterstellen. Denn nach Ihren Reden, Herr Kempmann und Herr Trittin, ist meine ursprüngliche Befürchtung, daß Sie mit diesem Antrag oder sogar mit Ihren Reden in der Lage wären, argumentative Schwierigkeiten zu bereiten, weg. Das, was Sie hier geboten haben, war doch keine rationale Auseinandersetzung mit einer Verteidigungsstrategie und war doch nicht der Versuch, an die Stelle einer Strategie, die militärische Verteidigung einschließt, etwa die der sozialen Verteidigung zu setzen, sondern dies war doch schließlich nur der Versuch, ein paar Sprüche zu klopfen und zu diffamieren. Das ist zu wenig!

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

Ihnen, Herr Gansäuer, möchte ich sagen, daß Sie daraus kein Kapital schlagen können. Schon gar nicht werden Sie es hinkriegen, den einen oder anderen bei uns gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Gibt es die denn?)

— Aber natürlich darf und muß es in der Sozialdemokratischen Partei Menschen geben, die sich als Pazifisten begreifen.

(Gansäuer [CDU]: Dann habe ich doch nichts Falsches gesagt!)

Wo kämen wir denn hin, wenn wir eine Partei wären, in der das nicht mehr möglich ist? Wo kämen Sie denn hin, wenn Sie zu einer solchen würden? Ihren Reden nach würden Sie es gern. Das hat doch überhaupt nichts mit Uneinigkeit zu tun.

Ich habe mich deshalb gemeldet, um deutlich zu machen, daß die Position der Partei die ist, die hier skizziert worden ist. Ich will das in einigen Punkten wiederholen.

Erstens. Die SPD vertritt bekanntlich eine sicherheitspolitische Konzeption, die auf Entspannung beruht. Entspannung heißt: Anerkennung der Grenzen in Europa. Ich weiß, daß Sie damit Schwierigkeiten haben.

(Zuruf von der CDU.)

— Natürlich! Hören Sie doch einmal Herrn Zimmermann und andere über die polnische Westgrenze reden!

(Zuruf von Fuchshuber [CDU].)

Dann wissen Sie, welche Schwierigkeiten Sie damit haben. Oder hören Sie doch einmal Ihre Vertriebenenpolitiker reden! Dann wissen Sie, worüber ich spreche.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Oder mit Ihnen über die Elbegrenze!)

Zweitens. Man muß unserer eigenen Geschichte wegen die Bereitschaft haben, immer wieder den ersten Schritt zum Ausgleich zu tun. Wir — nicht die anderen — haben dort unserer Historie wegen etwas aufzuarbeiten. Wir haben immer wieder den ersten Schritt zu tun.

(Zurufe von Vajen [CDU] und Lindhorst [CDU].)

Drittens. Wir müssen diesen Schritt kalkuliert tun. Das ist klar. Deswegen sagen wir: Solange die Realitäten so sind, wie sie zwischen den Blöcken sind, die überwunden werden müssen, ist der dritte Aspekt der sicherheitspolitischen Konzeption die Bereitschaft, das Land gegen einen Angriff von außen auch militärisch zu verteidigen.

Viertens. Die Bundeswehr ist nötig. Solange sie nötig ist, muß sie auch ihren Auftrag erfüllen können. Dazu gehört auch, daß sie in Friedenszeiten üben kann.

Fünftens. Die Bundeswehr hat einen defensiven Auftrag. Das muß in ihrer Struktur und in ihrer Ausrüstung zum Ausdruck kommen.

(Trittin [Grüne]: Das kommt es aber nicht!)

Das kommt es gegenwärtig nicht, jedenfalls nicht ausreichend. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD. — Lebhafter Widerspruch bei der CDU. — Zuruf von Fuchshuber [CDU]. — Lindhorst [CDU]: Das müssen Sie mal ein bißchen näher erklären!)

Ich sage ausdrücklich, gucken Sie doch einmal nach, was Andreas von Bülow und andere zur Struktur der Bundeswehr sagen! Ich halte das für außerordentlich vernünftig und diskussionsfähig.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Schreien Sie doch nicht so herum! Ich habe keine Zeit mehr, sonst würde ich Ihnen das gern erklären. Ich kann Ihnen auch ein Privatissimum darüber geben. Das scheinen Sie dringend nötig zu haben.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Ich habe gedient, Sie aber nicht! — Fuchshuber [CDU]: Das ist ja hier wie in der Talk-Show! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Schröder

Die Übungspläne der Bundeswehr haben der defensiven Struktur Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der SPD.)

Sechstens. Die Zivilverteidigung hat ebenso eingerichtet zu sein.

(Lindhorst [CDU]: Was bedeutet das denn? Das sind Sprechblasen!)

Ich sage Ihnen sehr konkret: Lagen wie diejenigen, die hier zitiert worden sind und die davon ausgehen, ein atomarer Krieg in Mitteleuropa sei durch irgendwelche Verwaltungsbeamte oder Generäle beherrschbar, sind Unsinnslagen — was denn wohl anders?

(Beifall bei der SPD.)

Deswegen sage ich ausdrücklich, wenn es Szenarien wie die hier zitierten gibt — ich weiß das nicht —, dann sind diese keine geeigneten Grundlagen für Übungen. Dabei bleibt es auch nach unserer Auffassung.

(Beifall bei der SPD. — Briese [CDU]: Ist Ihnen bekannt, daß jenseits des Eisernen Vorhangs auch Menschen sind?)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Schröder, Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Schröder (SPD):

Letzten Endes gilt doch wohl: Ein Atomkrieg ist eben nicht zu beherrschen. Wer dessen Beherrschung kalkuliert und übt, steht neben dem eigentlichen Auftrag der Bundeswehr. Ein Bündnis, das den Deutschen aufzwänge, von dieser Form der Entspannungspolitik abzugehen und im eigenen Lande einen atomaren Krieg zu kalkulieren, müßten wir aus unserem nationalen Interesse heraus verlassen.

(Beifall bei der SPD. — Minister Hirche: Das gibt es aber nicht, das malen Sie an die Wand! — Zurufe von der CDU.)

Aber dies steht nicht in Ihrem Antrag.

(Jahn [CDU]: Das Szenarium stimmt doch nicht! — Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Weil das nicht in Ihrem Antrag steht, ist der für uns nicht zustimmungsfähig. Gehen Sie in sich, überlegen Sie eine rationale Diskussion über diese Fragen, die dann auch einmal in einem Landesparlament stattfinden kann. Dann können wir uns weiter unterhalten. So jedenfalls nicht.

(Starker Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: So ein Wischiwaschi habe ich selten gehört!)

Vizepräsident Warnecke:

Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

(Gansäuer [CDU]: Doch, Herr Präsident, ich hatte mich noch gemeldet!)

— Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer. Ich bitte um Entschuldigung. Ich hatte hier keinen Zettel.

Schriftführer Teysen:

Ich hatte das zunächst als Zwischenfrage begriffen.

(Lindhorst [CDU]: Laßt den Schröder lieber reden!)

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir nur einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Schröder.

Erstens. Ich glaube, daß selbst Sie, Herr Schröder, keinem hier im Hause — — —

(Schröder [SPD]: Beschäftigen Sie sich mit sich selber!)

— Sie haben mich eben auch genannt! Im übrigen, Herr Schröder, sollten Sie wenigstens zuhören. Wir haben uns auch die Mühe gemacht, Ihnen zuzuhören,

(Lachen bei der SPD)

was angesichts Ihrer polemischen Ausführungen zumindest in Teilen auch eine Zumutung war.

Ich will folgendes sagen:

Erstens. Wir haben mit dem Aufeinanderzugehen auf andere Menschen, auf die Polen zum Beispiel, keine Probleme. Die polnische Westgrenze ist ein Problem, das durch ein höchst richterliches Urteil, nämlich des Bundesverfassungsgerichts, in der Bundesrepublik deutlich gemacht worden ist und an das sich alle zu halten haben, die in diesem Lande Politik machen und die politische Verantwortung tragen, auch Sozialdemokraten und sogar Herr Schröder.

(Beifall bei der CDU.)

Zweitens. Die Landesregierung hat mit diesen Dingen überhaupt kein Problem; denn dieser Ministerpräsident — Herr Schröder, das sollten Sie vielleicht auch einmal sagen — ist derjenige gewesen, der die Warschauer Verträge erst möglich gemacht hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Das Problem ist, daß es auf diesem Gebiet zwischen Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freien Demokraten leider nur noch partiell Gemeinsamkeiten gibt. Sie haben ja die Ausführungen von Herrn Bartling mindestens teilweise widerlegt; das ist ein hochinteressanter Vorgang.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD]: Lesen Sie es mal nach!)

Dieses Problem, Herr Schröder, ist ein Problem der Sozialdemokraten; denn bevor Namen wie Schmidt, Apel und Wischnewski durch Namen wie Schröder, Lafontaine und Eppler abgelöst wurden, hat es diese Gemeinsamkeiten in unzähligen Bundestagsentscheidungen gegeben.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wissen ganz genau, wer mit uns gemeinsam ernsthaft, auch auf der Basis unterschiedlicher politischer Überlegungen, an einer Lösung dieser schwierigen Fragen interessiert ist. Mit diesen Gesten und mit diesen Formulierungen aber, die Sie hier gebraucht haben,

(Jahn [CDU]: Und der Arroganz!)

die eigentlich nur zum Ziele haben, hier einen Showeffekt zu erzielen, werden Sie diese Problematik nicht lösen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, nunmehr ist die Beratung geschlossen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

(Wernstedt [SPD]: Das war ein Schuß in den Ofen!)

Die Fraktion der Grünen hat beantragt, die zweite Beratung über diesen Antrag sofort anzuschließen. Ihrem Wunsch kann nach § 39 unserer Geschäftsordnung entsprochen werden, wenn keine Ausschußüberweisung beschlossen wird. Ich frage daher zunächst das Plenum in seiner Gesamtheit: Wer für die Überweisung des Antrages in den Ausschuß — in Betracht käme der Ausschuß für innere Verwaltung — stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Da nicht mindestens 30 Abgeordnete für die Ausschußüberweisung gestimmt haben, unterbleibt diese.

Ich frage dann, wer der sofortigen Durchführung der zweiten Beratung zustimmt. Ich bitte um das Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zur zweiten Beratung. Dafür ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Diesem Antrag ist zu entsprechen, wenn es zehn Abgeordnete verlangen. Wer für die namentliche Abstimmung ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Zurufe: Neun! — Trittin [Grüne]: Wir sind elf, und alle sind da! — Weitere Zurufe.)

Die notwendige Unterstützung ist gegeben. — Wir kommen daher zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 166. Wer diesen Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 166 annehmen will, stimmt mit Ja. Wer ablehnen will, stimmt mit Nein. Wer sich der Stimme enthalten will, stimmt mit Enthaltung.

Wir beginnen nunmehr mit der namentlichen Abstimmung. Ich bitte, so laut abzustimmen, daß es vom Sitzungsvorstand gut zu verstehen ist. Im Stenographischen Bericht wird vermerkt, wie jeder Abgeordnete gestimmt hat. Ich bitte den Schriftführer, mit der Namensverlesung zu beginnen.

Schriftführer Teysen:

Eine Vorbemerkung: Ich werde bei den männlichen Kollegen die Geschlechtsbezeichnung „Herr“ weglassen. Ich werde sie aber als Männer und Herren ansehen. Bei den Damen werde ich ausdrücklich, auch aus Respekt, das Wort „Frau“ davorsetzen.

(Zurufe: Gleichberechtigung! — Diskriminierung! — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Warnecke:

Mit Hilfe dieser Technik ist eine Abstimmung nur dann mit Erfolg durchzuführen, wenn wir die entsprechende Ruhe im Saal haben.

(Schriftführer Teysen verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:)

Adam	Nein
Dr. Ahrens	Nein
Dr. Albrecht	Nein
Aller	Nein
Frau Alm-Merk	Nein
Auditor	Nein
Frau Auerbach	Nein
Augustin	Nein
Backhaus	Nein
Bartels	Nein
Bartling	Nein

Namensaufruf

Biel	Nein	Kempmann	Ja
Dr. Blanke	Nein	Kirschner	Nein
Boekhoff	Nein	Klare	Nein
Bosse	Nein	Knemeyer	Nein
Brauns	Nein	Frau Knoblich	Nein
Frau Breuel	Nein	Köneke	Nein
Briese	Nein	Kohlenbach	Nein
Brunkhorst	Nein	Kopischke	Nein
Bruns (Emden)	Nein	Krapp	Nein
Bruns (Reinhausen)	-	Küpker	Nein
Dr. Cassens	Nein	Kuhlmann	Nein
Dehn	Nein	Frau Langendorf	Ja
Deike	Nein	Lehnert	Nein
Frau Deppe	Ja	Lellek	Nein
Dieckhoff	Nein	Frau Lemmermann	Nein
Döring	Nein	Lindhorst	Nein
Döscher	Nein	Lüttge	Nein
Dorka	Nein	Luiken	Nein
Frau Dr. Dückert	Ja	Maatmann	Nein
Engels	Nein	Dr. Martens	Nein
Eveslage	Nein	Menges	Nein
Feldmann	Nein	Meyer	Nein
Fischer (Göttingen)	Nein	Mientus	Nein
Fischer (Buxtehude)	Nein	Milde	Nein
Fuchshuber	Nein	Mönninghoff	Ja
Funke	Nein	Mühe	Nein
Gansäuer	Nein	Müller	Nein
Gellersen	Nein	Neese	Nein
Dr. Glaser	Nein	Oestmann	Nein
Glogowski	Nein	Oschatz	Nein
Frau Goede	Nein	Ottens	Nein
Graeber	Nein	Patzschke	Nein
Graetsch	Nein	Frau Pistorius	Nein
Grill	Nein	Plaue	Nein
Groth	Nein	Raasch	Nein
Frau Hammelstein	Nein	Radloff	Nein
Frau Hammerbacher-Richter	Ja	Ravens	Nein
Dr. Hansen	Ja	Reckmann	Nein
Haselbacher	Nein	Rehkopf	Nein
Hasselmann	Nein	Reinemann	Nein
Heineking	Nein	Remmers	Nein
Herbst	Nein	Dr. Remmers	Nein
Frau Heyer	Nein	Rettig	Nein
Hildebrandt	Nein	Dr. Riege	Nein
Hinrichs	Nein	Rippich	Nein
Hirche	Nein	Dr. Ritz	Nein
Hoffmann	Nein	Ronsöhr	Nein
Dr. Holtfort	Nein	Saacke	Nein
Horrmann	Nein	Sandkämper	Nein
Dr. Hruska	Nein	Schack	Nein
Isernhagen	Nein	Frau Schliepack	Nein
Jahn	Nein	Schlotmann	Nein
Jansen	Nein	Schmalstieg	Nein
Jürgens	Nein	Schneider (Salzgitter)	Nein
Jüttner	Nein	Frau Schneider (Berenbostel)	Nein
Kaiser	Nein	Dr. Schneller	Nein

Schnipkoweit	Nein
Schörshusen	Ja
Frau Dr. Schole	Ja
Frau Schreiner	Ja
Schröder	Nein
Schultze	-
Schuricht	Nein
Schurreit	Nein
Schwarz	Nein
Sehrt	Nein
Senff	Nein
Sikora	Nein
Stock	Nein
Frau Stoll	Nein
Swieter	Nein
Frau Tewes	Nein
Teyssen	Nein
Theilen	Nein
Thümler	Nein
Toborg	Nein
Trittin	Ja
Vajen	Nein
Waike	Nein
Wallraff	Nein
Freiherr von Wangenheim	Nein
Warnecke	Nein
Dr. Weber	Nein
Weiß	Nein
Wernstedt	Nein
Frau Wettig-Danielmeier	Nein
Wiesensee	Nein
Zempel	Nein

Meine Damen und Herren, ich frage, ob sich jemand im Saal befindet, der nicht aufgerufen worden ist oder der noch nicht abgestimmt hat. — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich schlage vor, daß wir die Sitzung nicht unterbrechen. Das Ergebnis der Auszählung wird in Kürze vorliegen.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Insgesamt wurden 153 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 142 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 166 abgelehnt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die

Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers und der Elbmündung — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/135

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 20 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu fünf Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu zweieinhalb Minuten.

Dieser Gesetzentwurf wird namens der Landesregierung vom Herrn Justizminister eingebracht. Ich erteile ihm das Wort.

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Zustimmungsgesetz, das ich hier einzubringen habe, hat ein Gutes. Sie können ganz einfach mit Nein oder Ja entscheiden. Ich hoffe, daß wir uns darauf verständigen, daß Sie alle mit Ja stimmen. Schließlich handelt es sich um ein Gesetz, das nur die Ausübung der Gerichtshoheit im Küstengewässer und in der Elbmündung durch die Amtsgerichte Cuxhaven und Wilhelmshaven regelt. Dabei ist das Vertragsgebiet durch Vermessungspunkte — das ist ein interessanter Punkt bei der Lektüre — näher festgelegt.

Leicht lesbar ist das Gesetz sicherlich nicht, aber es ist notwendig. Entsprechend der föderalistischen Struktur unseres Bundesgebietes gibt es kein unmittelbares Bundesgebiet; das gesamte Bundesgebiet setzt sich zunächst einmal lückenlos aus Gebieten der Bundesländer zusammen. Um den Erweiterungen der Küstengewässer und der Notwendigkeit gerichtlicher Regelungen und Zuständigkeiten für diese Erweiterungen Rechnung zu tragen, ist ein Staatsvertrag abgeschlossen worden, dem Sie durch dieses Gesetz zustimmen sollen. Dies ist im Grunde eine gesetzliche Notwendigkeit. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Minister der Justiz für die Einbringung dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung.

Ich eröffne die Beratung. — Eine Beratung wird nicht gewünscht. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen und zur Mitberatung an den Ausschuß für Häfen und Schifffahrt zu überweisen.

Vizepräsident Warnecke

Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um ein um ein Handzeichen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 8 der heutigen Tagesordnung:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen über die Zuständigkeit für die Zulassung zur Prüfung als vereidigter Buchprüfer nach § 131 Absatz 3 und als Wirtschaftsprüfer nach § 131c Absatz 5 der Wirtschaftsprüferordnung — Gesetzentwurf der Landesregierung — Drs 11/171

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 20 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu 5 Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu zweieinhalb Minuten.

Dieser Gesetzentwurf wird namens der Landesregierung eingebracht durch den Herrn Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

(Zuruf: Und für Buchprüfung!)

Ich erteile ihm das Wort.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Abkommen soll die Zuständigkeit für die Zulassung zum Examen als vereidigter Buchprüfer und zum Übergangsexamen als Wirtschaftsprüfer von Niedersachsen — ebenso übrigens von Bremen und Schleswig-Holstein — auf die Freie und Hansestadt Hamburg übertragen werden. Da es sich hierbei um eine Übertragung niedersächsischer Hoheitsbefugnisse auf ein anderes Land handelt, bedarf das Abkommen der Ratifizierung durch den Landtag.

Die Wirtschaftsressorts der an dem Abkommen beteiligten Länder Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sind übereingekommen, die Zulassungsverfahren für die durch Artikel 6 des Bilanzrichtlinien-Gesetzes vom 19. Dezember 1985, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt I, S. 2355, wieder eingeführte Prüfung als vereidigter Buchprüfer und für die Übergangsprüfung als Wirtschaftsprüfer von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft in Hamburg durchführen zu lassen, weil diese Behörde bereits die Aufgabe der Zulassung zum

herkömmlichen Wirtschaftsprüferexamen für die vier norddeutschen Länder wahrnimmt.

(Zuruf von der SPD: Das steht doch alles drin!)

Die Geschäftsstelle in Hamburg besteht seit 1963.

(Zuruf von der SPD: Das steht auch drin!)

Sie verfügt über einschlägige Verwaltungserfahrung in der Bearbeitung von Zulassungsanträgen und führt für alle vier Länder die Geschäfte des gemeinsamen Prüfungsausschusses. Dieser Ausschuss nimmt außer den Prüfungen als Wirtschaftsprüfer jetzt auch die neuen Prüfungen als vereidigter Buchprüfer ab. Es ist daher sachgemessen, wenn für die Zulassung zum Prüfungsverfahren die gleiche Behörde zuständig ist. Durch die Zusammenfassung der Zulassungsaufgaben läßt sich gegenüber einer dezentralen Regelung mit vier einzelnen Zulassungsstellen sogar der Verwaltungsaufwand nicht unerheblich verringern.

(Zuruf.)

Zulassungsanträge zu den neuen Prüfungen können seit dem 1. Juli 1986 gestellt werden. Damit die Zulassungsverfahren für Bewerber aus den anderen Vertragsländern von der Zulassungsstelle in Hamburg rechtzeitig durchgeführt werden können, ist das Abkommen schon im Mai bzw. im Juni 1986 unterzeichnet worden. Das Abkommen wurde demzufolge von den drei anderen norddeutschen Ländern bereits ratifiziert.

Im Hinblick darauf, daß während einer Übergangsfrist von drei bis vier Jahren Steuerberatern und Rechtsanwälten bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen der Zugang zum Beruf des vereidigten Bundesprüfers erleichtert wird, ist während dieser Zeit mit einer erhöhten Zahl von Zulassungsanträgen zu rechnen. Es ist davon auszugehen, daß mehr als die Hälfte aller Bewerber für die Prüfung zum vereidigten Buchprüfer aus Niedersachsen kommen.

Deshalb war es ein besonderes Anliegen der jetzigen Landesregierung, den Versuch zu unternehmen, die Prüfungen für die niedersächsischen Bewerber unter dem Dach des gemeinsamen Prüfungsausschusses in Hannover vornehmen zu lassen. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß diese Bemühungen in zusätzlichen Gesprächen mit den anderen norddeutschen Ländern zu Beginn dieser Legislaturperiode zu einem Erfolg geführt haben. Zur Prüfung zugelassene Bewerber aus Niedersachsen werden ab 1987 Gelegenheit erhalten, ihre Prüfung als vereidigter Buchprüfer

in Hannover abzulegen. Damit kann sowohl einem Wunsch der Betroffenen als auch der Absicht der Landesregierung Rechnung getragen werden, in Zukunft bei Abmachungen mit anderen Bundesländern niedersächsische Interessen auf wohlverstandene Weise stärker durchzusetzen.

Ich bitte um eine rasche Beratung und die Zustimmung des Hohen Hauses zu dem vorgelegten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr für die Einbringung des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Ich eröffne die Beratung. — Beratung wird nicht gewünscht. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat schlägt vor, diesen Entwurf an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur federführenden Beratung und Berichterstattung und an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur Mitberatung zu überweisen.

(Zuruf von den Grünen: Und an den Ausschuß für Gleichberechtigung; da fehlt nämlich noch etwas!)

Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Es ist die erforderliche Stimmzahl dafür vorhanden.

Meine Damen und Herren, nach diesem arbeitsreichen Tag möchte ich Sie noch einmal an die vom Herrn Landtagspräsidenten ausgesprochene Einladung zur Einweihung des Cafés an der Marktkirche erinnern, zu der wir uns gegen 19 Uhr treffen wollen. Es bedarf dazu noch eines Hinweises. Ich bitte Sie, heute abend ausnahmsweise nur über das erste Geschöß des Erweiterungsbaus in das Café zu kommen. Der Weg über den Verbindungsgang ist ausgeschildert.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, schließe die heutige Sitzung und berufe den Landtag für morgen früh 9 Uhr erneut ein.

Schluß der Sitzung: 18.53 Uhr.